

# WIE WIRT- SCHAF- TEN?

**WEGE AUS DER  
MEHRFACHKRISE  
AUF GESELLSCHAFTLICHER EBENE  
UND IM UNTERNEHMEN**

**EIN KRITISCHES GLOSSAR  
ZUR VERANSTALTUNGSREIHE 2015**



grüne wirtschaft.at

## WIE WIRTSCHAFTEN?

---

### WEGE AUS DER MEHRFACHKRISE AUF GESELLSCHAFTLICHER EBENE UND IM UNTERNEHMEN. EINE VERANSTALTUNGSREIHE DER GRÜNEN WIRTSCHAFT SALZBURG IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER ROBERT-JUNGK-BIBLIOTHEK FÜR ZUKUNFTSFRAGEN

*Die Gesellschaft steckt in einer Zwickmühle. Dem Wachstum abzuschwören bedeutet, einen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenbruch zu riskieren. Hemmungsloses Streben nach Wachstum bedeutet, die Ökosysteme zu gefährden, von denen langfristig unser Überleben abhängt. (...). Was wir jetzt brauchen, ist eine klarere Vision, eine mutigere Politik und eine strapazierfähigere Strategie, um es mit dem Wachstumsdilemma aufzunehmen.*

*Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, S. 188*

Ob Hunger, Klimawandel, Auseinanderdriften von Arm und Reich, öffentliche Verschuldung, prekäre Arbeitsverhältnisse oder der Schwund des Vertrauens in die politische Gestaltungsmacht – aktuell häufen sich die Krisenphänomene und kulminieren in einer „multiplen Krise“ des Weltsystems. Die Zustandsdiagnosen reichen von der Welt-Risikogesellschaft über die Grenzen des Wachstums (Peak Everything) und einem Pumpkapitalismus, der nur mehr auf der Basis gigantischer öffentlicher Verschuldung funktioniert, bis hin zum gesellschaftlichen Burnout, in der Stress zur bestimmenden Signatur der Zeit wird. Zukunftsvisionen sprechen von der Post-Karbon-Gesellschaft, einer ressourcenarmen Kreislaufwirtschaft, einer neuen Wir-Gesellschaft oder einer neuen Gemeinwohl-Orientierung.

#### → Was hat dies mit Wirtschaft zu tun?

Wirtschaft ist, so die wertneutrale Definition des Duden-Wörterbuchs, die Summe der Einrichtungen zur Deckung des menschlichen Bedarfs an Gütern und Dienstleistungen. Wie Wirtschaft organisiert wird, ist nicht naturgegeben, sondern von Menschen gemacht und damit veränderbar. Wieweit erfüllt das gegenwärtig dominierende Wirtschaftssystem das Ziel, menschliche Bedürfnisse zu befriedigen? Wo liegen seine Stärken, wo seine Schwächen und Instabilitäten? Oder ist angesichts der benannten Krisenphänomene nicht nur von Politik-, sondern auch von generellem Wirtschaftsversagen zu sprechen? Welche Ansätze gibt es, Auswege aus den Krisen zu finden? Wo liegen deren Stärken und Schwächen?

Ziel der 3-teiligen Veranstaltungsreihe war es zum einen, Orientierungswissen anzubieten, das kritische Bewusstsein für aktuelle Entwicklungen und ihre Zusammenhänge zu schärfen. Es geht aber auch darum aufzuzeigen, wie man in einem weiteren Schritt nachhaltiges Denken im Unternehmen praktisch „operationalisieren“ kann. Die erste Veranstaltung widmete sich zunächst dem „großen Ganzen“. Es wurde kursorisch die Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten 200 Jahren aufgerollt und gezeigt, welche positiven und negativen Auswirkungen mit der Ausbreitung der kapitalistischen Marktwirtschaft einhergingen. Sie hat uns Wohlstand und viele Annehmlichkeiten gebracht, die in früheren Zeiten undenkbar schienen. Sie hat den Ausbau sozialer Sicherungssysteme ermöglicht und damit zur Stabilisierung der Demokratie beigetragen. Unsere Art des Wirtschaftens hat aber ihren Preis: Die Vermögenkonzentration hat enorm zugenommen. Weltweit gibt es etwa 63.000 Personen, deren Vermögen 100 Millionen Dollar übersteigt. Deren Privatvermögen addieren sich auf 40 Billionen Dollar, was dem jährlichen Bruttoinlandsprodukt aller

Staaten der Welt entspricht! Jeden Tag werden weltweit 50.000 Hektar Tropenwald vernichtet. Auch in Österreich werden jeden Tag 22 Hektar – das entspricht einer Fläche von etwa 30 Fußballfeldern – wertvoller Boden zubetoniert. Jeden Tag nimmt das verfügbare Ackerland weltweit um 20.000 Hektar ab. Jeden Tag werden weltweit 200.000 Tonnen Fische gefangen. Jeden Tag werden weltweit über 95 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre geblasen, im Jahr sind es an die 35 Milliarden Tonnen. Die Internationale Energieagentur (IEA) rechnet in ihrem „World Energy Outlook 2015“ mit einem Anstieg des Weltenergieverbrauchs um mindestens ein weiteres Drittel bis 2040. Ein großer Teil davon wird mit fossilen Energieträgern gedeckt werden. Diese Befunde zeigen: Wir Menschen betreiben massiven Raubbau an unserer Lebensgrundlage und haben es noch nicht geschafft, einen nachhaltigen Entwicklungspfad einzuschlagen.

Die zweite Veranstaltung beschäftigte sich vor diesem Hintergrund mit Zukunftsansätzen auf Unternehmensebene. Es wurden die Vor- und Nachteile von CSR-Aktivitäten und einer „Green Economy“ abgewogen und Forschungsergebnisse zu wachstumsneutralen Unternehmen präsentiert. Ein Fokus lag außerdem auf der betrieblichen Nachhaltigkeitsberichterstattung. Ab 2017 gibt es in der EU eine Berichtspflicht für Unternehmen, die mehr als 500 MitarbeiterInnen haben und im öffentlichen Interesse sind. Für alle anderen Unternehmen – sofern sie nicht Zulieferer von berichtspflichtigen Unternehmen sind – gilt noch das Prinzip der Freiwilligkeit. Wir haben verschiedene Optionen der Nachhaltigkeitsberichterstattung vorgestellt, vom Deutschen Nachhaltigkeitskodex bis hin zur Gemeinwohlbilanz.

Bei der dritten Veranstaltung ging es um Zukunftsansätze im Praxistest: Bei einem Podiumsgespräch erklärten UnternehmerInnen, welche Rolle für sie Wachstum spielt und welche Herausforderungen, Chancen und Grenzen sie für eine nachhaltigkeitsorientierte Unternehmensführung sehen.

Bei allen drei Veranstaltungen haben die TeilnehmerInnen – meist selbst UnternehmerInnen – für eine rege Diskussion gesorgt und damit die Auseinandersetzung mit dem Thema dieser Veranstaltungsreihe vertieft und bereichert.

Eben dies ist auch Sinn des vorliegenden Glossars: Darin finden sich wichtige Begriffe im Zusammenhang mit dem Thema der Veranstaltungsreihe, die jeweils mit Literaturtipps und Web-Links unterlegt sind. Das Glossar ist nach folgenden Rubriken geordnet: Wirtschaft & Arbeit, Geld, Konsum, Ressourcen und Neuansätze. Die einzelnen Begriffe sind im Register am Ende des Glossars nochmals alphabetisch geordnet und mit Seitenzahl versehen. Dieses kleine „kritische Lexikon“ soll zum Nachschlagen und Nachdenken anregen und im Sinne von Robert Jungk mithelfen, „Zukunftslernen“ zu ermöglichen.

**Mag. Hans Holzinger**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg

**Kurt Egger**, Unternehmer & Mitglied der Landesleitung der Grünen Wirtschaft Salzburg

**Dr. Michael Girking**, Organisation & Kommunikation Grüne Wirtschaft Salzburg

---

Impressum:

Grüne Wirtschaft Salzburg, Glockengasse 6, 5020 Salzburg.

Tel.: 0043.664. 8317427 | office-sbg@gruenewirtschaft.at | www.gruenewirtschaft.at

Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Strubergasse 18, 5020 Salzburg.

Tel. 0043.662.873206 | jungk-bibliothek@salzburg.at | www.jungk-bibliothek.at

Salzburg, 1. Auflage 2015



**Josef Scheinast**  
Landessprecher der  
Grünen Wirtschaft

**»MORGEN NOCH SCHNELL DIE WELT RETTEN. MORGEN, NICHT HEUTE NOCH, ZUSÄTZLICH ZU ALLEM, WAS MAN SONST ZU TUN HAT SCHNELL, NICHT LANGSAM, WEIL WIR HABEN JA NICHT VIEL ZEIT DIE WELT, WEIL EUROPA ODER ÖSTERREICH JA NICHT GENUG SIND RETTEN, DAMIT SIE NICHT KAPUTT GEHT. «**

Die Welt wird von vielen Krisen gebeutelt.

Die Klimakrise, wegen der immer mehr Menschen ihre Existenzgrundlage verlieren. Die Meere steigen, das besiedelbare Land wird weniger, Ernteerträge schwinden wegen Dürre und Bodenerosion. Die Rohstoffkrise, die unser bisheriges verschwenderisches Wirtschaften ans Ende bringt. Die Müllkrise, die Wasser und Land verseucht und unbewohnbar macht. Die Sinnkrise, die die einen in den Fanatismus und die Anderen in sinnfreien Konsum treibt. Die Wirtschaftskrise, klarerweise die schlimmste von allen, die selbst die Härtesten von uns am ewigen Wachstum zweifeln lässt.

Die Grüne Wirtschaft beschäftigt sich seit Beginn mit dem anderen Wirtschaften, mit einem Paradigmenwechsel, mit der Postwachstumsökonomie, mit dem Ende von Verschwendung, Verseuchung und Verdummung. Wir denken darüber nach, wie eine Gesellschaft, und mit ihr eine Wirtschaft aussehen könnte, die statt Wachstum die Lebensqualität zum Ziel hat.

Diese kleine Veranstaltungsreihe stellt einen weiteren Schritt auf diesem Weg dar. Möge die Übung gelingen!

**Josef Scheinast**  
Landessprecher der Grünen Wirtschaft

# 06

## WIRTSCHAFT & ARBEIT

---

MARKTWIRTSCHAFT » KAPITALISMUS » UNTERNEHMENSFORMEN  
NEOLIBERALISMUS » WIRTSCHAFTSWACHSTUM » MEHRFACHKRISE  
BESCHÄFTIGUNG » ARBEITSLOSIGKEIT » SELBSTSTÄNDIGE &  
EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN » WISSENSGESELLSCHAFT

## GELD

---

# 22

VERMÖGEN » VERSCHULDUNG » VERTEILUNGSPOLITIK  
STEUERN & STEUEROASEN

## KONSUM

---

# 28

KONSUMKAPITALISMUS » KONSUMFALLEN  
KONSUMENTINNEN-DEMOKRATIE » FAIR-TRADE: UMSATZ IN ÖSTERREICH  
BIO-MARKT IN ÖSTERREICH: ZAHLEN & FAKTEN

## RESSOURCEN

---

# 34

NACHHALTIGKEIT » RESSOURCEN-PRODUKTIVITÄT » DEMATERIALIERUNG  
REBOUND-EFFEKTE » OBSOLESZENZ » ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK  
ÖKOLOGISCHER RUCKSACK » WELTERSCHÖPFUNGSTAG  
PEAK OIL & PEAK EVERYTHING

## NEUANSÄTZE

---

# 41

BLUE ECONOMY » CRADLE TO CRADLE » GREEN ECONOMY » KRITIK AN DER GREEN  
ECONOMY » KLIMABÜNDNIS-BETRIEBE » CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY  
ISO 26000 » DEUTSCHER NACHHALTIGKEITSKODEX » GLOBAL REPORTING  
INITIATIVE » CSR-TOOLS VON RESPACT » SOCIAL ENTERPRENEURSHIP » NEUE  
WOHLSTANDSMESSUNG » POSTWACHSTUMSÖKONOMIE » SUFFIZIENZ » RESILIENZ  
GEMEINWOHL-ÖKONOMIE & GEMEINWOHLBILANZ » SOLIDARISCHE ÖKONOMIE  
CROWDFINANCING » GRUNDEINKOMMEN » REGIONALWIRTSCHAFT » RESILIENZ  
ZWEITWÄHRUNGEN

# WIRTSCHAFT & ARBEIT

---

**MARKTWIRTSCHAFT » KAPITALISMUS » UNTERNEHMENSFORMEN  
NEOLIBERALISMUS » WIRTSCHAFTSWACHSTUM » MEHRFACH-  
KRISE BESCHÄFTIGUNG » ARBEITSLOSIGKEIT » SELBSTSTÄNDIGE &  
EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN » WISSENSGESELLSCHAFT**

## MARKTWIRTSCHAFT

Bezeichnet ein Wirtschaftssystem, bei dem sich Angebot und Nachfrage im freien Spiel der Marktkräfte entfalten. Unternehmen produzieren nur das, was von Menschen nachgefragt wird. Steigt die Nachfrage nach einem Produkt, kann der Preis dafür erhöht werden, sinkt die Nachfrage, muss dieser gesenkt oder auf Alternativprodukte umgesattelt werden. Was der Ökonom Adam Smith, der gemeinhin als Begründer der freien Marktwirtschaftslehre angesehen wird, zu seiner Zeit als „unsichtbare Hand“ des freien Marktes bezeichnete, war der Versuch zu zeigen, dass das aufstrebende englische Bürgertum keinen absolutistisch regierenden König mit seinen Eingriffen in die Wirtschaft benötigte, um eine positive wirtschaftliche Entwicklung sicherzustellen. Mit dem Konzept einer freien Marktwirtschaft sollte das dirigistische System des Merkantilismus überwunden werden (Rogall 2013: 74).

In der Realität stellt sich die Marktwirtschaft in vielen Belangen als nicht mehr „frei“ dar. Große Konzerne haben Marktvorteile gegenüber kleineren, weil sie über höhere Werbebudgets, bessere Kreditrahmen und mehr politische Macht verfügen (→ Konsumentendemokratie). Die Gefahr kleinerer Unternehmen von größeren gefressen zu werden, bringt diese in Zwangslagen. Überdies sind der Marktwirtschaft durch die Ausdehnung der Güterketten in der globalen Wirtschaft (Lieferkettenkapitalismus) immer mehr die Marktplätze abhandengekommen (Negt 2001). Die Entstehungsbedingungen der Güter sind intransparent und können nur mehr bedingt nachvollzogen werden. Teilweise diktieren Oligopole etwa in der Lebensmittelversorgung den Zulieferern und KonsumentInnen die Marktbedingungen. Und sofern soziale und ökologische Standards zwischen unterschiedlichen Ländern bzw. Regionen stark differieren, herrschen ungleiche Wettbewerbs- und Marktbedingungen (Radermacher u. a. 2011).

Hinterfragt wird auch das Konstrukt vom „gerechten Preis“: „Ist es in Wirklichkeit nicht so, dass Brot für die Hungernden einen ganz anderen Wert hat als für die Satten? Dennoch kostet es für beide gleich viel.“ (Bennholdt-Thomsen 2010: 52) Der Ökonom Holger Rogall unterscheidet für die BRD vier wirtschaftspolitische Phasen seit dem Ende des 2. Weltkriegs: eine Soziale Marktwirtschaft mit Ordnungsrahmen in den Nachkriegsjahren bis Mitte der 1960er-Jahre, gefolgt von einem Keynesianischen Wohlfahrtsstaat von Mitte der 1960er- bis Ende der 1970er-Jahre, der auf deficit spending basierte. Diesem sei der Schlanke Wettbewerbsstaat von Ende der 1970er- bis Mitte 2000er-Jahre gefolgt. Ab den 2000er-Jahren gäbe es aufgrund sich mehrender Krisen Anzeichen für den Übergang in eine Nachhaltige Marktwirtschaft, die auch ökosoziale Marktwirtschaft genannt wird (Rogall 2013: 73).

Ob die Politik die hier geforderte bzw. erhoffte Lenkungsfunction tatsächlich wahrnehmen wird oder ob den Staaten aufgrund ihrer immensen → Verschuldung

weitgehend die Hände gebunden sind, bleibt noch abzuwarten. Wolfgang Streeck (2013) spricht vom Übergang des Steuerstaates in den Schuldenstaat, dem nun der Konsolidierungsstaat folge, der – so seine Befürchtung – unter dem Druck der internationalen Finanzmärkte die Demokratien in größere Krisen stürzen könnte.

Modelle wie →Solidarwirtschaft oder →Gemeinwohlökonomie unterscheiden sich von der ökosozialen Marktwirtschaft insofern, als sie neben anderen politischen Rahmenseetzungen (etwa Ökosteuern, höhere Vermögensbesteuerung) erweiterte Ansprüche an die Unternehmen auch im Sinne von Wirtschaftsdemokratie stellen.

#### Literatur & Links:

*Bennholdt-Thomsen, Veronika* (2010): Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht. München  
*Negt, Oskar* (2001): Arbeit und menschliche Würde. Göttingen  
*Radermacher, Franz Josef; Riegler, Josef; Weiger, Hubert*: Ökosoziale Marktwirtschaft. Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems. München  
*Rogall, Holger* (2009): Grundlagen einer nachhaltigen Wirtschaftslehre. Marburg  
*Streeck, Wolfgang* (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/M.

## KAPITALISMUS

Bezeichnet die Wirtschaftsform des geplanten und gezielten Einsatzes von Kapital für Wirtschaftszwecke mit dem Ziel der Generierung von Gewinnen. Datiert wird die Entstehung des Kapitalismus mit dem Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert. Das Geld- und Schuldsystem reicht historisch weit zurück bis in die Zeit der Babyloni-er. Doch Geld diente als reines Tauschmittel und – was noch entscheidender gewesen ist – Reichtum ist bis herauf in die Neuzeit lediglich angehäuft worden, etwa von den Rentiers der Feudalgesellschaft. Erst im Zeitalter der industriellen Revolution, die Ende des 18. Jahrhunderts in Großbritannien, dem Land mit dem damals am weitesten emanzipierten Bürgertum, ihren Ausgang genommen hat, sei Geld, so die Analyse von Ulrike Herrmann (2013), in die Entwicklung neuer Technologien und Maschinen investiert worden. Herrmann sieht den entscheidenden Entwicklungsschub für diese ungeheure Entfaltung der Produktivkräfte nicht in der Entdeckung der fossilen Energieträger (zumindest die Kohle hätten auch frühere Kulturen bereits gekannt), sondern in dem Umstand, dass Vermögen zu investivem Kapital transformiert wurde (Herrmann 2013). In der Feudalgesellschaft gab es kein Streben nach Gewinn im heutigen Sinn: „Die Mächtigen interessierte es mehr, sich durch Plünderungen anderer Feudalherren oder Völker zu bereichern, durch Intrigen, die sie der Gunst des Königs näher brachten, durch Kriege und Duelle“, so Yanis Varoufakis. Der Gewinn habe in den Feudalherren nicht einmal als Begriff existiert. Erst die Entstehung der Marktgesellschaften und das Prinzip des Kapitalismus, Gewinne durch Kredite zu lukrieren, habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, „dass sich Schulden, Gewinn und Reichtum untrennbar verbinden konnten.“ (Varoufakis 2015: 48)

Andere Autoren setzen die Entstehung des Kapitalismus etwas früher an. Die Notwendigkeit der Fremdfinanzierung großer Projekte wie die Ausstattung von Söldnerheeren der innereuropäischen Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts sowie von Expeditionen im Zuge der Kolonialisierung außereuropäischer Kontinente habe zur Entstehung von Banken und Börsen und damit zur kapitalistischen Akkumulationslogik geführt. Die Bank of England wurde demnach gegründet, um die Kriege des englischen Königs Heinrich IV gegen Kontinentalmächte zu finanzieren. Die Gründung der Amsterdamer

Börse Anfang des 17. Jahrhunderts folgte jener der Ostindischen Kompanie, eines der ersten Großunternehmen, das im Zuge der Kolonialisierungsbestrebungen gegründet wurde. Und Wallersteins Söldnerheere, die im Dreißigjährigen Krieg unterschiedlichen Herrschern zu Diensten standen, sollen ebenfalls über erste Banken finanziert worden sein (Scheidler 2015, Pfluger 2015, Groll 2009).

Der Historiker Ferdinand Braudel unterscheidet bewusst Marktwirtschaft und Kapitalismus. Während erstere Gebrauchsgüter herstelle, die über Märkte vertrieben werden, gehe es im Kapitalismus um einen ständigen Verwertungsprozess aus Gewinninteresse: „Das Kapital ist eine greifbare Realität, es umfasst die leicht identifizierbare Masse der finanziellen Ressourcen, die ständig eingesetzt werden; ein Kapitalist ist ein Mann, der die Verwertung des Kapitals in dem ununterbrochenen Produktionsprozess, zu dem jede Gesellschaft verurteilt ist, dirigiert oder zu dirigieren versucht; und der Kapitalismus ist, grob gesprochen, eine Art und Weise, in der – meist aus wenig altruistischen Gründen – dieser ständige Verwertungsprozess vorangetrieben wird.“ (Braudel 1986: 48)

Die These vom Wachstumszwang im Kapitalismus führte zu der Annahme, dass dieser auf permanente Expansion angewiesen sei – zum einen um neue billige Rohstoffe zu erschließen, zum anderen um neue Absatzmärkte zu generieren. Die Welt-System-Theorie spricht von historisch aufeinander folgenden Expansionswellen sowie der Aufteilung der Welt in Zentren und Peripherien (Wallerstein 1989, Kurz 1999).

Anders als die gängige öffentliche Wahrnehmung vermuten lässt, werden Kapitalismus und Staat in historischen Studien als einander bedingende Systeme beschrieben (Herrmann 2013). Von manchen wird auch das Militär als drittes relevantes System hinzugefügt, welchem die Aufgabe zukam (zukommt), Rohstoffquellen und neue Absatzmärkte abzusichern (Scheidler 2015). „Ohne die Staatsgewalt wären Privatgewinn und Marktwirtschaft gar nicht möglich.“ (Varoufakis 2015: 76).

Die Absatzkrisen des Kapitalismus in seiner Frühphase werden mit den beiden Weltkriegen in Verbindung gebracht, die Nachfrage durch eine gigantische Rüstungsgüterproduktion sowie die Errichtung von Kriegsinfrastrukturen (z. B. Autobahnen) schufen, was zwar der Bevölkerung Arbeit, aber durch den Krieg auch unermessliches Leid brachte. Nach dem 2. Weltkrieg wurden die Kriegsökonomien weitgehend transformiert, auch wenn im Zuge des atomaren Wettrüstens der beiden Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt weiterhin beträchtliche Rüstungsinvestitionen getätigt wurden.

Die Notwendigkeit des Wiederaufbaus sowie die allmähliche Entwicklung eines Massenwohlstandes bescherten dem Kapitalismus seine erste Prosperitätsphase, an der auch die Bevölkerung teilhatte. Der Kapitalismus wurde zum →Konsumkapitalismus und schuf sich durch die Zunahme der Kaufkraft der breiten Massen eine stabile Absatzlage. Zu Krisen kam es erst wieder in den 1970er-Jahren im Zuge der drastischen Ölpreiserhöhungen durch die OPEC, einem Zusammenschluss der erdölfördernden Staaten des Nahen Ostens, sowie der ökonomischen Überdehnung der USA im Zuge des Vietnamkriegs. Ab den 1980er-Jahren folgten dann vermehrt Finanzkrisen, die Volkswirtschaften unterschiedlicher Länder erfassten, sowie die nicht mehr zu leugnenden ökologischen Krisen (→Klimawandel, →Peak Everything).

Die Stärke des Kapitalismus liegt in seiner einzelwirtschaftlich gesehen hohen Produktivität. Das wesentliche Wirtschaftsversagen des Kapitalismus ist in seiner



Unfähigkeit, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen, zu sehen. Produziert wird für jene mit der größten Kaufkraft, nicht für jene mit dem größten Bedarf. Dazu kommt der nicht nachhaltige Verbrauch von natürlichen Ressourcen, die Zunahme von Arbeitsverdichtung, was die Lebensqualität vieler Menschen sinken lässt, sowie die Sinnentleerung durch mittels Werbung erzeugter Schein-Bedürfnisse und → Konsumfallen (Holzinger 2012: 41ff). Als viertes Problem wird die zunehmende öffentliche und private → Verschuldung genannt, die die Befriedigung von Bedürfnissen und Ansprüchen und damit auch die Nachfrage auf Pump finanziert (Dahrendorf 2009, Streeck 2013, Sedláček/Orell 2013). Kritik erfährt nicht zuletzt die Dominanz des Konkurrenzprinzips, welches wirtschaftlichen Erfolg vornehmlich auf Kosten anderer Unternehmen sowie der Belegschaften (Arbeitsverdichtung) realisiert (Felber 2008, Bauer 2007).

### Literatur & Links

- Bauer, Joachim (2007): Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren. Frankfurt/M.
- Braudel, Fernand (1986): Die Dynamik des Kapitalismus. Stuttgart
- Dahrendorf, Ralf (2009): Vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus. In: Cicero Online, 23. 7. 2009
- Felber, Christian (2008): Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus. Wien
- Groll, Franz (2009): Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft. Visionen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsordnung. Hamburg
- Herrmann, Ulrike (2013): Der Sieg des Kapitals. Wie der Reichtum in die Welt kam: Die Geschichte von Wachstum, Geld und Krisen. Frankfurt/M.
- Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg
- Kurz, Robert (1999): Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Frankfurt/M.
- Scheidler, Fabian (2015): Das Ende der Megamaschine. Geschichte einer scheiternden Zivilisation. Wien.
- Sedláček, Tomás; Orell, David (2013): Bescheidenheit. Für eine neue Ökonomie. Gespräch mit Roman Chlupatý. München
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/M.
- Wallerstein, Immanuel (1989): Der historische Kapitalismus. Hamburg.

## UNTERNEHMENSFORMEN

In den kommunistischen Planwirtschaften wurden Betriebe von Komitees oder Verwaltungen geführt, die selbst nicht Eigentümer der Betriebe waren und damit auch nur begrenzt für Fehlentscheidungen oder Misswirtschaft zur Verantwortung gezogen wurden. In den Marktwirtschaften befinden sich Betriebe in der Regel in Privatbesitz, die UnternehmenseignerInnen haften für den Unternehmenserfolg. Es gibt jedoch unterschiedliche Rechtsformen (Lexikon der Wirtschaft, o. J.).

Der Großteil der Unternehmen ist den Einzelunternehmen zuzurechnen. Sie sind im Besitz von Einzelpersonen und werden von diesen geführt. Die Finanzierung von Investitionen erfolgt über Eigenkapital und/oder Kredite. In der Dienstleistungsgesellschaft stark zugenommen haben Ein-Personen-Unternehmen (EPU), die im Bereich industrienaher Dienstleistungen, im Kommunikationssektor oder Sozialbereich tätig sind. In Österreich machen sie die Hälfte aller Unternehmen aus (WKÖ o. J.)

In Personengesellschaften übernehmen mehrere Personen Anteile an Unternehmen, die für den Unternehmenserfolg haften. Während bei Personengesellschaften mindestens ein Gesellschafter auch mit seinem gesamten privaten Vermögen für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet (Ausnahme: GmbH & Co. KG), ist die Haftung bei Kapitalgesellschaften begrenzt (z. B. auf die jeweiligen Einlagen der Gesellschafter). Wird eine natürliche Person unternehmerisch tätig, so haftet sie mit ihrem Gesamtvermögen. Es können jedoch auch Ein-Personen-GmbHs gegründet werden, in denen ein Gesellschafter alle Anteile besitzt (Wikipedia, o. J, WKÖ o. J.).

Börsennotierte Unternehmen finanzieren sich über den Verkauf von Aktien (Aktiengesellschaften). Die Kritik an börsennotierten Unternehmen richtet sich auf die Anonymisierung bzw. Entfremdung der Beziehungen zwischen Kapitalgebern und Unternehmensführungen bzw. Belegschaften, die (alleinige) Fixierung auf hohe Renditen (Shareholder Value) sowie die Tendenz der Übernahme kleinerer Unternehmen durch größere. Zudem wird der Gewinn aus den Unternehmen abgezogen, da er an die AktionärInnen ausgeschüttet wird, und steht nicht mehr bzw. nur zum Teil für Re-Investitionen zur Verfügung. Gefordert wird der Ausbau alternativer Finanzierungsformen für Unternehmen etwa nach dem Stiftungs- oder Genossenschaftsrecht (s. u.) oder durch →Crowdfunding. Manche plädieren gar für die gänzliche Abschaffung börsennotierter Unternehmen (Felber 2012).

Es gibt auch Studien mit dem Ergebnis, dass Unternehmen mit hohem Fremdfinanzierungsanteil, also niedriger Eigenkapitalquote, tendenziell instabiler sind, da sie stärker den Schwankungen der Finanzmärkte unterliegen (Geus 1997, Sukdhev 2013). Als Alternative zu börsennotierten Unternehmen werden Unternehmen nach Stiftungs- oder Genossenschaftsrecht vorgeschlagen. Bei Unternehmen nach dem Stiftungsrecht ist das Unternehmensziel im Stiftungsstatut festgelegt und unterliegt daher nicht den Renditeerwartungen von Aktionären. Bei Genossenschaften ist das Unternehmensziel im Genossenschaftsstatut festgelegt, Mitglieder erhalten nur bedingte Gewinnausschüttungen (z. B. Binswanger 2009: 150ff). Beide Unternehmensformen werden dem Begriff der →Solidarwirtschaft zugeordnet.

Pavan Sukdhev, Leiter der Green Economy-Initiative der UN-Umweltorganisation UNEP, erwarb sich insbesondere Verdienste um die Erfassung des ökonomischen Werts von Natur und Ökosystemen. Er stellt den „Corporations 1920“, die mit dem primären bzw. einzigen Ziel der Gewinnmaximierung und Ausschüttung möglichst hoher Renditen an die AktieninhaberInnen gegründet worden seien, die „Corporations 2020“ entgegen. Diese seien von vier Merkmalen gekennzeichnet: Offenlegung der externalisierten Kosten und des externalisierten Nutzens, Besteuerung des Verbrauchs von Ressourcen, verantwortungsbewusste und rechenschaftspflichtige Werbung sowie schließlich Begrenzung des Fremdkapitals. Insbesondere bei Unternehmen, die als too big to fail gelten und deren Risiken vor allem der Steuerzahler trage, müsse der Fremdkapitaleinsatz drastisch gesenkt werden (Sukdhev 2013).

Unternehmen aus der Bewegung der →Gemeinwohlökonomie orientieren sich an einem gemeinschaftlich festgelegten Kriterienkatalog, der ökologische, soziale und regionale Aspekte umfasst.

#### Literatur & Links

*Binswanger*, Hans Christoph (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Perspektiven einer nachhaltigen Wirtschaft. Hamburg

*Felber*, Christian (2012): Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien.

*Lexikon der Wirtschaft* (o. J.): Unternehmensformen.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20921/unternehmensformen>

*Sukhdev, Pavan* (2013): *Corporation 2020*. Warum wir Wirtschaft neu denken müssen. München.

*Geus, Arie de* (1998): *Jenseits der Ökonomie*. Die Verantwortung der Unternehmen. Stuttgart

*Wikipedia* (o. J.): Rechtsformen von Unternehmen. [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_von\\_Rechtsformen\\_von\\_Unternehmen\\_in\\_Deutschland](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Rechtsformen_von_Unternehmen_in_Deutschland)

*WKÖ* (o. J.): Rechtsform-Ratgeber. <http://rechtsform.wkoratgeber.at/>

*WKÖ* (o. J.): Factsheet EPU. [https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/zahlen/wko\\_epu\\_fact\\_sheet\\_2015\\_1404s.pdf](https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/zahlen/wko_epu_fact_sheet_2015_1404s.pdf)

## NEOLIBERALISMUS

Bezeichnete ursprünglich eine Denkrichtung, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum an den Produktionsmitteln, freie Preisbildung, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit anstrebt, staatliche Eingriffe in die Wirtschaft jedoch nicht ganz ablehnt, sondern auf ein Minimum beschränken will.

Die Ideen des Neoliberalismus, dessen führender Vertreter in Deutschland Walter Eucken (Ordoliberalismus) war, basieren zum großen Teil auf den negativen Erfahrungen mit dem ungezügelt Liberalismus des Laissez-faire im 19. Jahrhundert, als der Staat die Wirtschaft komplett dem freien Spiel der Marktkräfte überließ. Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind deshalb aus Sicht des Neoliberalismus dann gerechtfertigt und notwendig, wenn sie z. B. das Marktgeschehen fördern und die Bildung von Monopolen oder Kartellen verhindern, Konjunkturschwankungen ausgleichen oder dem sozialen Ausgleich dienen ([Lexikon der Wirtschaft, o. J.](#)).

In Deutschland wurden im Laufe der Zeit mit Ordoliberalismus und Soziale Marktwirtschaft andere Bezeichnungen für die Philosophie des Dritten Weges zwischen Laissez-faire-Liberalismus und Kommunismus populärer und allgemein gebräuchlich. Außerhalb Deutschlands wandten sich die Wirtschaftsliberalen wieder stärker dem Klassischen Liberalismus zu und sahen sich daher nicht (mehr) als Neoliberale. In den 1960er-Jahren geriet der Begriff Neoliberalismus daher allgemein in Vergessenheit, seitdem gibt es keinen Kreis von Wissenschaftlern mehr, der sich selbst als neoliberal bezeichnet.

In den 1970er-Jahren wurde der Ausdruck Neoliberalismus wieder aufgegriffen und erfuhr einen Bedeutungswandel. Oppositionelle Wissenschaftler in Chile benutzten ihn mit negativer Konnotation und kritisierten damit die von Ideen der sogenannten Chicagoer Schule sowie Friedrich August von Hayek beeinflussten radikalen Reformen, die auf eine Aufhebung aller Regulierungen im Bereich des Wirtschaftens sowie die Beschränkung des Staates auf den Schutz des privaten Eigentums (Sicherheitsfunktion) drängten. Von hier aus verbreitete sich die neue Wortbedeutung in die angelsächsische Welt. Heute wird der Begriff vorwiegend als kritische Fremdbezeichnung von „Marktfundamentalismus“ verwendet ([Wikipedia o. J.](#)).

### Literatur & Links:

*Lexikon der Wirtschaft* (o. J.): Neoliberalismus.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20176/neoliberalismus>

*Wikipedia* (o. J.): Neoliberalismus. <https://de.wikipedia.org/wiki/Neoliberalismus>

## WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Wirtschaftsforschungsinstitute und die von diesen beratene Politik gehen mehrheitlich noch immer davon aus, dass Ziele wie hohe Beschäftigung sowie Finanzierung von öffentlichen Leistungen nicht ohne Wirtschaftswachstum erreichbar sind. In den Wirtschaftswissenschaften wird auf den Wachstumszwang in kapitalistischen Ökonomien verwiesen, da Unternehmen nicht nur ihre Ausgaben für Löhne, Rohstoffe u.a. tätigen müssen, sondern – sofern sie fremdfinanziert sind – neben den Krediten auch deren Zinsen zu berappen haben. Da Produkte und Dienstleistungen immer vorfinanziert werden müssen und von der Erwartung ihrer Absatzmöglichkeiten abhängen, könnten Unternehmen bei schlechter Absatzerwartung (geringem bzw. fehlendem Wirtschaftswachstum) Investitionen zurückstellen, was zu Deflation (Rückgang der Preise und Nachfrage) führen würde. Hans Christoph Binswanger spricht von einer „Wachstumsspirale“ (Binswanger 2006, 2009). Der Ökonom geht jedoch davon aus, dass 1,5 bis 2 Prozent Wachstum der Weltwirtschaft pro Jahr reichen würden, um der Deflationsgefahr zu entgehen.

Auch die Schaffung bzw. der Erhalt von Arbeitsplätzen wird von Ökonomen mit der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum verbunden. Markus Marterbauer spricht von einer „Arbeitslosigkeitsschwelle“ von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum, damit die → Arbeitslosigkeit nicht steigt, und von einer „Beschäftigungsschwelle“ von 2 Prozent Wirtschaftswachstum, um neue Nettoarbeitsplätze (es entstehen mehr neue Arbeitsplätze als durch den Strukturwandel verloren gehen) zu schaffen. Den Grund sieht er in den Rationalisierungspotenzialen aufgrund von Steigerungen der Produktivität (Marterbauer 2006). Stephan Schulmeister (2015) plädiert für ein Wachstum in der EU von 3 Prozent in den nächsten Jahren, um die Arbeitslosigkeit merklich drücken zu können. In der Folge sei ein Übergang zu Wachstumsraten von 1 bis 1,5 Prozent denkbar. Die Realität zeigt jedoch, dass hohe Wachstumsraten in Volkswirtschaften hoher Produktivität nicht mehr möglich sind. Da Wachstumsraten immer vom Niveau des Vorjahres (der Vorperiode) ausgehen, müsste jedes Jahr noch mehr erwirtschaftet werden (exponentielles Wachstum). 2 Prozent Wachstum bedeuten eine Verdoppelung in 35 Jahren. Hohe Wachstumsraten in Schwellen- oder Entwicklungsländern bedeuten in Absolut-Beträgen daher weniger Zuwachs als niedrige Wachstumsraten in Volkswirtschaften mit bereits hohem Bruttoinlandsprodukt. 1 Prozent Wirtschaftswachstum in Österreich entspricht etwa 6 Prozent Wirtschaftswachstum in China oder 20 Prozent und mehr in afrikanischen Ländern (Exenberger 2011).

Die Wachstumsraten der Wohlstandsländer lagen demnach nicht unerwartet in den letzten Jahren nur mehr zwischen 1 und 2 Prozent, teilweise sogar darunter, was nicht (allein) auf die Finanzkrise zurückzuführen ist. Österreich verzeichnete in den Jahren 2011 bis 2013 lediglich Wachstumsraten von 0,8, 0,3 und 0,4 Prozent. Im 4. Quartal 2014 ist die Volkswirtschaft gar um 0,2 Prozent geschrumpft (Statistik Austria, o. J.) Für Deutschland wurde berechnet, dass sich das reale, also kaufkraftbereinigte BIP seit den 1950er-Jahren vervierfacht hat. Das BIP stieg in jedem Jahrzehnt um etwa 300 Milliarden Euro. In den 1950er-Jahren entsprach dies mehr als einer Verdoppelung, in den Neunzigern jedoch nur mehr einem Zuwachs um 20 Prozent im Durchschnitt bzw. um 2 Prozent jährlich (Ax/Hinterberger 2013: 44).

Vorgeschlagen wird daher der Übergang zu „linearem Wachstum“ (Bourcade u.a. 2006) oder gar zu einer → Postwachstumswirtschaft. Dass diese möglich ist, zeigen mittlerweile zahlreiche Publikationen (exemplarisch Miegel 2010, Seidl/Zahrndt 2010, Ax/Hinterberger 2012, Holzinger 2010b, 2012, 2015, zusammenfassend: Pirgmeier 2012).

Notwendig hierfür sind neue Arbeitszeitmodelle, neue Formen der → Wohlstandsmessung sowie der → Verteilungspolitik.

Zudem ist Wirtschaftswachstum nicht immer mit Lebensqualitätssteigerung gleichzusetzen, wie der Ansatz der Negativkosten zeigt. Höhere Lebensqualität kann sogar mit schrumpfendem Wirtschaftswachstum zusammengehen wie Christine Ax und Fritz Hinterberger an einem Beispiel verdeutlichen: „Stellen wir uns eine Volkswirtschaft vor, in der nur noch halb so viele Schränke hergestellt werden wie im Vorjahr. Dies hätte zur Folge, dass das BIP schrumpft. Wenn diese Schränke aber doppelt so lange genutzt werden können, weil die Qualität viel besser geworden ist, die Schränke multifunktionaler sind oder weil sie weiter- oder wiederverwendet werden können, wäre der Schrankwohlstand gestiegen.“ (Ax/Hinterberger 2013: 46).

Mittlerweile wird auch auf Regierungsebene zumindest über neue Formen von Wirtschaftswachstum nachgedacht, in Deutschland etwa in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ (2013), in Österreich im Projekt „Wachstum im Wandel“ (WiW o. J.). Und es gibt erste Ansätze, wie sich Unternehmen auf Postwachstum einstellen können (Reichel 2013). Eine Umfrage des Instituts für ökologisches Wirtschaften hat ergeben, dass in Deutschland immerhin ein Drittel der Unternehmen keinen Bedarf nach Expansion sehen (Gebauer u.a. 2015).

#### Literatur & Links:

- Ax, Christine; Hinterberger, Fritz (2013): Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen. München
- Binswanger, Hans Christoph (2009): Vorwärts zur Mäßigung. Hamburg
- Bourcade, Kay u. a. (2006): Normalfall exponentielles Wachstum?  
[www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall\\_exponentielles\\_Wachstum.pdf](http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall_exponentielles_Wachstum.pdf)
- Enquete-Kommission (2013): Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität.  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf>
- Exenberger, A. (2011): Wirtschafts- und sozialhistorische Reflexionen zur „Marktwirtschaft für Menschen“. In: Sedmak, et al (Ed.): Marktwirtschaft für Menschen. Wien
- Holzinger, Hans (2010b): Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg Kostenloser Download unter: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at).
- Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg
- Holzinger, Hans (2015): Wohlstand oder Wachstum? Begründungen für eine Postwachstumsperspektive. In: Elsen, Susanne u. a.: Die Kunst des Wandels. Ansätze für die ökosoziale Transformation. München, 73-104
- Gebauer, Jana; Sagebiel, Julian (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? – Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Berlin
- Marterbauer, Markus (2008): Wem gehört der Wohlstand. Wien
- Pirgmeier, Elke (2013): Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Wien.  
Download: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at)
- Reichel, A. (2013): Das Ende des Wirtschaftswachstums wie wir es kennen: Betriebswirtschaftliche Perspektiven auf die Postwachstumsökonomie, in: Ökologisches Wirtschaften 01/2013: 15-18
- Seidl & Zahrndt (2010, Hg.): Die Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg
- Schulmeister, Stephan (2015): Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht.  
[http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage\\_schulmeister/files/Schulmeister\\_ohne\\_Wachstum\\_QART\\_2.pdf](http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf)
- Statistik Austria (o. J.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche\\_gesamtrechnungen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/index.html)
- WiW (o. J.): Wachstum im Wandel. [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at)

## MEHRFACHKRISE

Bezeichnet das Zusammenfallen und Zusammenwirken ökologischer, sozialer, ökonomischer und kultureller Krisenphänomene des →Konsumkapitalismus im ausgehenden 20. und beginnenden 21. Jahrhundert. Genannt werden die Umwelt- und Klimakrise (→Peak Oil, →Klimawandel), die Finanz- und Verschuldungskrise (→Verschuldung), die Hunger- und Migrationskrise sowie die Steuerungs- und Demokratiekrise. Ulrich Beck (2007) hat hierfür früh den Begriff „Weltrisikogesellschaft“ geprägt. Gewarnt wird vor einem „postdemokratischen Zeitalter“ (Crouch 2009), in dem zwar die Institutionen der Demokratie bestehen bleiben, die großen Konzerne und die Finanzinstitutionen jedoch die Geschicke bestimmen. Andere sehen zunehmende Glaubwürdigkeitsdefizite und eine Erosion der politischen Gestaltungsmacht im Medienzeitalter, in dem Vorkommen vor Gestalten gereiht wird (Welzer/Leggewie 2010). Manche führen im Kontext der Mehrfachkrise auch Sinn- und Orientierungskrisen oder Erschöpfungskrisen (Grünwald 2013) in den Konsumgesellschaften an. Mit der „Gesellschaft der Angst“ (Bude 2015) wird das allorts lauernde Kündigungsgebot bezeichnet, das nicht nur am Arbeitsmarkt gelte, sondern mittlerweile auch im Privatleben. Und die Komplexitätskrise zeigt an, dass aufgrund von Beschleunigungsprozessen und der Zunahme der Interdependenzen unbeherrschbare Risikolagen entstehen. „Weil die Zeit nicht reicht, die Konsequenzen zu messen, die mit bestimmten Eingriffen verbunden sind, lassen sich auch die Folgekosten von menschlichen Aktivitäten kaum mehr sinnvoll abschätzen.“ (SRKG 2003: 10ff).

Im Umweltbereich geht es um Kippunkte, die bei Überschreiten von Schwellenwerten unbeherrschbare Veränderungen auslösen können. Als Beispiele gelten das mögliche Kippen des Golfstroms oder das Auftauen der Permafrostböden im Zuge des Klimawandels. Auch im Bereich der Finanzwirtschaft wird davon ausgegangen, dass die Interaktionen selbst von Finanzinsidern, geschweige denn von der Politik oder den BürgerInnen, immer durchschaut werden können. „90 Prozent der Finanzakteure haben keine Ahnung, wie die Börse funktioniert“, so Haim Bodek, ein Wistleblower der Finanzwelt (zit. n. Avanesian/Nestler 2015: 8).

In Bezug auf die Steuerungsfähigkeit angesichts der Mehrfachkrise wird zum einen eine weitere Transnationalisierung der Politik gefordert (Beck 2007, aktuell: Piketty 2014, Stiftung Entwicklung und Frieden u.a. 2015), andererseits aber auch die erneute Stärkung des Nationalstaats (Streeck 2013) bzw. der →Regionalwirtschaft (exemplarisch Latouche 2015) verlangt. Der indische Ökonom Chandran Nair (2011) fordert für Asien bedeutend mehr staatliche Regulierung und eine auf die Grundbedürfnisse hin orientierte Wirtschaftsplanung, da der gegenwärtige Weg der Globalisierung vornehmlich westlichen Konzernen und einer kleinen Konsumschicht der Schwellenländer zugutekomme. Insgesamt werden krisenfeste Marktwirtschaften im Sinne von →Resilienz gefordert.

### Literatur & Links:

Avanesian, Armen; Nestler, Gerald (Hg., 2015): Making of Finance. Berlin

Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach Sicherheit. Frankfurt; s. a <http://www.begleitschreiben.net/ulrich-beck-weltrisikogesellschaft/>

Bude, Heinz (2015): Gesellschaft der Angst. Hamburg

Crouch, Colin (2009): Postdemokratie. Frankfurt/M.

Stiftung Entwicklung und Frieden u.a. (Hg. 2015): Globale Trends 2015. Frankfurt

Grünwald, Stephan (2013): Die erschöpfte Gesellschaft. Frankfurt/M.

*Latouche, Serge* (2015): Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. München  
*Nair, Chandran* (2011): Der große Verbrauch. München.  
*Piketty, Thomas* (2014): Die Schlacht um den Euro. Interventionen. München  
*SRKG/Stiftung für die Rechte künftiger Generationen (Hg. 2003)*: Handbuch Generationengerechtigkeit. München; s. a. <http://generationengerechtigkeit.de/>  
*Streeck, Wolfgang* (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/M.  
*Welzer, Harald; Leggewie, Claus* (2010): Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie. Frankfurt/M.

## BESCHÄFTIGUNG

Umgangssprachlich bedeutet „beschäftigt sein“ sich einer Tätigkeit widmen, viel zu tun haben, von einer oder mehreren Dingen in Anspruch genommen zu sein. Im ökonomischen Sinn bedeutet „Beschäftigung“ einer Erwerbsarbeit nachgehen. Unterschieden wird zwischen Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen. Unter Erwerbspersonen werden die Erwerbstätigen zuzüglich der Arbeitslosen zusammengefasst. Die Erwerbsquote beziffert den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter.

In Österreich ist die Zahl der Erwerbstätigen von 3,4 Mio. Anfang der 1950er-Jahre auf 4,5 Mio. heute, also um über eine Million Personen angestiegen. Ein Zehntel davon, knapp 460.000, sind den Selbständigen zuzurechnen. Die Zunahme der Erwerbstätigen und damit auch der Arbeitsplätze hängt mit dem kontinuierlichen → Wirtschaftswachstum, der Zunahme der Bevölkerung, die in den letzten Jahrzehnten (fast) ausschließlich auf Zuwanderung zurückzuführen ist, sowie insbesondere mit der steigenden Erwerbsquote der Frauen zusammen, die in der jüngeren Generation nahe an jene der Männer heranreicht.

Auffallend ist jedoch, dass diese Zunahme an Arbeitsplätzen in den letzten Jahrzehnten ausschließlich auf das Anwachsen von Teilzeitstellen zurückgeht. Während die Vollzeitstellen seit den 1980er-Jahren auf knapp unter 3 Mio. zurückgegangen sind, stieg die Zahl der Teilzeitstellen von 200.000 im Jahr 1981 auf über 1,1 Mio. im Jahr 2013.

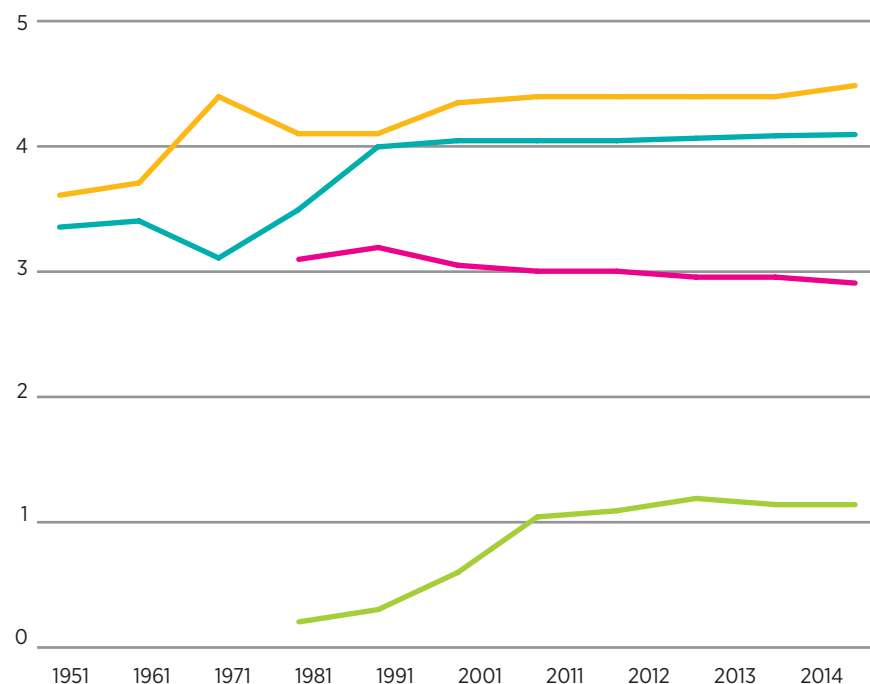
Manche gehen davon aus, dass Sozialleistungen wie Pensionsansprüche schwer aufrechterhalten werden können, wenn die Zahl der Nichterwerbstätigen deutlich über jener der Erwerbstätigen liegt. Dem wird entgegengesetzt, dass nicht die Erwerbsquote, sondern die Produktivität der Wirtschaft, die in der Regel mit höheren Löhnen und Sozialbeiträgen einhergeht, das entscheidende Kriterium für die Aufrechterhaltung des Sozialstaats ist ([Belabed/Hinterseer 2013](#)).

Frauen holen auf am Arbeitsmarkt auf, aber vor allem mit Teilzeitstellen. Markant fällt die Verschiebung aus, wenn man das Jahr 2014 ansieht. Gegenüber dem Vorjahr wurden in Österreich laut Statistik Austria 8.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, 13.000 für Frauen, jene der Männer gingen jedoch um 5.000 zurück. 33.400 Vollzeitstellen gingen verloren, während 44.400 Teilzeitstellen geschaffen wurden ([AMS o. J.](#)). Knapp die Hälfte der Frauen, nämlich 47 Prozent, jedoch nur 11 Prozent der Männer hatten 2014 Teilstellen inne. Der Trend ist eindeutig: Die Teilzeitstellen werden in Zukunft weiter zunehmen und vermehrt auch von Männern wahrgenommen werden. In skandinavischen Ländern sowie in den Niederlanden ist die Männerteil-

zeitquote bereits heute deutlich höher als in Österreich oder Deutschland. Generell geht das Erwerbsarbeitsvolumen zurück. Der alten Vollzeit wird die neue Teilzeit folgen. Der Wirtschaftswissenschaftler Karl Georg Zinn (2010) bestätigt dies an Daten aus Deutschland, wo die Zahl der Erwerbstätigkeiten mit über 40 Millionen zwar ein „bisheriges Höchstniveau“ erreicht habe, dieser Anstieg aber hauptsächlich Resultat der fortlaufenden Umwandlung von Voll- in Teilzeitbeschäftigung und der Zunahme von Minijobs sowie anderer Formen atypischer Beschäftigung war. Entscheidend für Arbeitsmarktpolitik sei daher das Arbeitsvolumen, welches von 1991 bis 2004 um 9,1 Prozent gesunken sei. In absoluten Zahlen: von 51.785 auf 47.051 Mio. Arbeitsstunden.

Vermehrte Teilzeit bzw. Kurzarbeit sieht der Experte auch als Grund dafür, dass die Arbeitslosigkeit trotz des Produktionseinbruchs angesichts der Finanzkrise 2008/2009 in Deutschland nicht wesentlich gestiegen ist. Der Strukturwandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft werde Teilzeit weiter vorantreiben, so die Überzeugung von Zinn. Er schlägt daher vor, aus dem „Laster eine Tugend“ zu machen: „Wenn ohnehin der Trend zu mehr Teilzeitarbeit anhalten wird, käme es darauf an, Teilzeitarbeit besser zu entgelten und angemessen sozial abzusichern.“ (Zinn 2010, o. S.)

#### ERWERBSTÄTIGE UND NICHTERWERBSTÄTIGE IN ÖSTERREICH 1951-2014



- Erwerbstätige
- Nichterwerbstätige
- Vollzeit
- Teilzeit

#### Literatur & Links

Belabed, Christian; Hinterseer, Tobias (2013): Zehn Mythen zur Zukunft der Arbeit. Wien  
 Zinn, Karl Georg (2010): Vollbeschäftigung durch Wachstum ist obsolet.  
[www.denk-doch-mal.de/node/362](http://www.denk-doch-mal.de/node/362)



## ARBEITSLOSIGKEIT

Bezeichnet den Zustand von Menschen, die Arbeit suchen und keine ihren Qualifikationen entsprechende finden. In der Arbeitslosenstatistik erfasst werden nur jene, die sich beim Arbeitsmarktservice (Österreich) als arbeitssuchend melden.

Unterschieden wird zwischen struktureller und konjunktureller Arbeitslosigkeit.

Erstere wird auf die mangelnde bzw. fehlende Abstimmung von nachgefragten Arbeitsplätzen und Qualifikationen der Arbeitssuchenden zurückgeführt, Zweitere auf mangelndes bzw. fehlendes → Wirtschaftswachstum.

Studien zeigen, dass Männer im Durchschnitt schwerer mit Arbeitslosigkeit umgehen können wie Frauen, da diese ihr Leben, ihre Sozialkontakte und Tätigkeiten noch stärker auf Erwerbsarbeit konzentrieren als Frauen (Holzinger 2010a: 65f). Gefordert wird ein System, das Dauerarbeitslosigkeit möglichst verhindert, zielgenaue Nach- bzw. Umqualifizierungen ermöglicht und vorübergehende Arbeitslosigkeit als Chance für Neuorientierungen begreifen lässt. Gesprochen wird von „Flexicurity“ (Kronauer/Linne, Hg. 2005), also der Verbindung von Flexibilität am Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung verbunden mit dem Anspruch an Weiter- bzw. Umqualifizierungen. Mit „menschenwürdiger Arbeitslosigkeit“ (Sedmak 2009) wird das Ziel verbunden, dass Menschen Arbeitslosigkeit als Chance für eine Neuorientierung nutzen können.

Arbeitslosenquote: Beziffert den Anteil der Arbeitslosen an den Personen im erwerbsfähigen Alter, dabei wird zwischen internationaler und nationaler Definition unterschieden. Beim ILO-Konzept, dem die internationale Definition von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit zugrunde liegt, gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normalerweise einer Beschäftigung nachgeht. Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Karenz- bzw. Kindergeld beziehen, sind bei den Erwerbstätigen inkludiert. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann. Die vom Arbeitsmarktservice veröffentlichte nationale Arbeitslosenzahl und Arbeitslosenquote basieren auf den beim Arbeitsmarktservice vorgemerkten Arbeitslosen und den beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten, d. h. Personen, die unter der Geringfügigkeit beschäftigt sind, sind in der Arbeitslosenquote nicht berücksichtigt. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition ist also höher als jene nach internationaler Definition.

Arbeitslosigkeit/Österreich: Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Österreich seit den 1950-Jahren um über 1 Million und liegt heute bei 4,5 Millionen (→ Beschäftigung). Die Zahl der Arbeitsplätze steigt weiter an. Nur im Zuge der Finanzkrise gab es 2008 und 2009 einen Rückgang an Arbeitsplätzen. Dass in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit trotz Schaffung weiterer Arbeitsplätze steigt – von 281.000 im Jahr 2010 auf knapp 400.000 im Herbst 2015 – hat zwei Gründe: die weitere Erhöhung der Frauenerwerbsquote (die sich bei den Jungen denen der Männer angleicht) sowie die Zunahme von Zuwanderern, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen (Holzinger 2010a).

Knapp 65.000 Arbeitskräfte kamen zwischen August 2014 und 2015 zusätzlich auf den Arbeitsmarkt, rund die Hälfte von ihnen fand auch einen neuen Arbeitsplatz. 35.000 fanden jedoch keinen Job, was einem Zuwachs zum Vorjahr um 8 Prozent entspricht (AMS, 1.9.2015). Im Osten war der Zuwachs deutlich stärker als im Westen.

Die Arbeitslosenquote kletterte um 0,8 Prozentpunkte auf 8,4 Prozent. Am stärksten betroffen von Arbeitslosigkeit sind Ältere (ab 50 Jahren), Personen mit gesundheitlichen Vermittlungseinschränkungen sowie MigrantInnen. Männer sind stärker betroffen als Frauen. Der Anteil von Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate arbeitslos) an allen Arbeitslosen beträgt derzeit in Österreich zwölf Prozent. Im statistischen Schnitt dauert Arbeitslosigkeit in Österreich 129 Tage (Quelle: AMS).

Arbeitslosigkeit/international: Im internationalen Vergleich hat Österreich neben Deutschland die niedrigste Arbeitslosenrate innerhalb der EU (gut 5 Prozent nach EU-Zählung). Am stärksten betroffen sind innerhalb der EU die Südländer Griechenland mit 27 Prozent und Spanien mit 25 Prozent, Italien liegt bei gut 12 und Frankreich immerhin bei 10 Prozent. Alarmierend ist die Jugendarbeitslosenquote in den Krisenländern der EU, die in Griechenland und Spanien aktuell bei fast 50 Prozent liegt. In Italien macht sie 40 Prozent aus, in Kroatien 43,5 Prozent, in Portugal über 30 Prozent. Und in osteuropäischen Ländern sowie in Belgien und Frankreich liegen die Werte immerhin zwischen 20 und 25 Prozent (Eurostat o. J.). Das bedeutet, dass jeder zweite bis jeder vierte junge Mensch im Erwerbsalter keinen Job hat. Dass die Gesellschaften dieser Länder nicht zusammenbrechen, hängt allein damit zusammen, dass die informellen Strukturen, etwa Familiennetze sowie Selbstversorgungsanteile, noch stärker ausgeprägt sind als in den voll ausgebildeten Wohlfahrtsstaaten. Noch stärker ist der Trend der Informalisierung in den Ländern des Südens, wo der informelle Sektor vielfach 70-90 Prozent aller Beschäftigten ausmacht (Angenendt u. a. 2015).

Insbesondere die steigende Jugendarbeitslosigkeit wird in Entwicklungsländern als tickende Zeitbombe gesehen, wenn die Erwartungen insbesondere der vielen jungen Männer auf Integration und Jobs nicht erfüllt werden können. Weltweit waren im Jahr 2013 schätzungsweise 73 Millionen Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos. Im Nahen und Mittleren Osten ist die Jugendarbeitslosigkeit seit den 1990er-Jahren von unter 25 auf 30 Prozent weiter gestiegen, in Nordafrika liegt diese ebenfalls bei 25 Prozent, was heißt, dass ein Viertel aller Jugendlichen keinen Job haben (Angenendt/Popp 2015).

Als Auswege aus der Arbeitslosigkeit werden Wachstumsimpulse etwa durch öffentliche Investitionen, Umqualifizierungen sowie für hochproduktive Ökonomien auch Modelle der Umverteilung von Erwerbsarbeit vorgeschlagen. Um Nettoarbeitsplatzzuwächse zu schaffen, wird von mindestens zwei Prozent Wirtschaftswachstums ausgegangen („Beschäftigungsschwelle“). Manche fordern auch die Umsetzung eines →Grundeinkommens, da anders Arbeitslosigkeit nicht mehr unterbunden und der Zugang aller zu den Grundleistungen der Gesellschaft nicht mehr gesichert werden könnte.

### Literatur & Links

AMS (o. J.) <http://www.ams.at/ueber-ams/medien/ams-oesterreich-news/ende-august-beschaeftigung-stieg-um-30000-arbeitslosigkeit-um-35000-personen>  
Angenendt, Steffen; Popp, Silvia (2015): Jugendarbeitslosigkeit als globale Herausforderung. In: Globale Trends 2015. Frankfurt, 293-298  
Eurostat (o. J.): Jugendarbeitslosigkeitsquote (15-24 Jahre) im internationalen Vergleich. [http://www.dnet.at/elis/Tabellen/arbeitsmarkt/aminter\\_ALQJugendinter\\_Monat.pdf](http://www.dnet.at/elis/Tabellen/arbeitsmarkt/aminter_ALQJugendinter_Monat.pdf)  
Holzinger, Hans (2010a): Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg  
Kostenloser Download unter: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at).

## SELBSTSTÄNDIGE & EIN-PERSONEN-UNTERNEHMEN

2014 gab es in Österreich 278.411 Ein-Personen-Unternehmen (EPU). Das waren bereits 4,3 % mehr als im Jahr 2013 (266.910 EPU). Insgesamt gibt es zurzeit knapp 500.000 aktive Wirtschaftskammer-Mitglieder. Die EPU machen damit aktuell 58 Prozent der Wirtschaftskammer-Mitglieder aus.

In Salzburg gibt es aktuell 34.000 WK-Mitglieder. Drei Viertel davon sind Einzelunternehmen, knapp 20 Prozent sind Kapitalgesellschaften, etwa 6 Prozent Personengesellschaften (WKS 2013). Mehr als die Hälfte der aktiven Wirtschaftskammer-Mitglieder in Österreich sind EPU, in Salzburg sind es mit über 17.600 ebenfalls über 50 Prozent (WK Fact-Sheet EPU 2015).

Nach Fachgruppen verteilen sich die WKS-Mitglieder 2012 wie folgt (gerundet): Gewerbe und Handwerk 17.770, Handel 14.100, Tourismus 8.900, Information & Consulting 8.020, Verkehr 3.680, Industrie 743 sowie Banken 125. Der Großteil der von der WKS vertretenen Unternehmen entfällt also auf Handwerk und Gewerbe bzw. den Handel, gefolgt von Tourismusbetrieben sowie dem expandierenden Bereich Information & Consulting (WKS 2013).

Salzburg weist einige Leitbetriebe im Produktionssektor auf, die mehrheitlich ihre Wertschöpfung aus dem Export hochwertiger Maschinen generieren. Das Rückgrat der Salzburger Wirtschaft stellen jedoch die Klein- und Mittelbetriebe (KMUs) sowie die EPU dar, die die große Mehrheit der Mitglieder der Wirtschaftskammer ausmachen. Mit Letzteren kommt eine Gruppe der Selbständigen in den Blick, die häufig stärker unter ökonomischem Druck stehen als ein großer Teil der unselbständig Beschäftigten. Das zeigen auch die Zahlen Einkommensberichts 2014 des Rechnungshofes (Rechnungshof 2014). Demnach betragen die mittleren Jahreseinkünfte (vor Steuern, nach Sozialversicherung) der ausschließlich selbstständig Erwerbstätigen 10.944 Euro, wobei Frauen nur 7.797 Euro und Männer 14.027 Euro erzielt haben. Unselbstständige Erwerbstätige (ohne Lehrlinge) erzielten 2013 ein mittleres Bruttojahreseinkommen (vor Steuern und Sozialversicherung) von 25.767 Euro. Die niedrigsten Einkommen sind hier bei den ArbeiterInnen zu finden: Im Mittel erzielten sie 2013 ein Bruttojahreseinkommen von 18.662 Euro. Angestellte wiesen ein mittleres Bruttojahreseinkommen von 29.323 Euro auf, Vertragsbedienstete bezogen 31.041 Euro. Bemerkenswert ist auch, dass das Einkommen bei ausschließlich selbstständig Erwerbstätigen mit einem Gini-Koeffizienten von 0,66 viel deutlicher auseinanderdriftet als bei unselbstständig Erwerbstätigen, deren Einkommen einen Gini-Koeffizienten von 0,44 aufweisen.

Die Grüne Wirtschaft kritisiert u.a. die zu hohen Sozialversicherungsbeiträge für Gering-VerdienerInnen unter den Selbständigen. So würden Selbständigen bei einem Jahresgewinn von 5.000 Euro netto nur so viel bleiben wie bei einem Jahresgewinn von 150.000 Euro, nämlich 52 Prozent. Gefordert wird eine Reduktion der SVA-Beiträge für Gering-VerdienerInnen, die Abschaffung des 20 Prozent Selbstbehalts bei Arztbesuchen sowie jene der Nachbemessung der SVA-Beiträge nach dem 3. Jahr (Grüne Wirtschaft).

### Literatur & Links

Wirtschaftskammer Österreich: Kammermitglieder nach Rechtsformen.

<http://wko.at/statistik/jahrbuch/mg-rf.pdf>

Wirtschaftskammer Österreich: Fact-Sheet EPU 2015. [https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/zahlen/wko\\_epu\\_fact\\_sheet\\_2015\\_1404s.pdf](https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/EPU/zahlen/wko_epu_fact_sheet_2015_1404s.pdf)

WKS (2013): Salzburg in Zahlen. Wichtige Daten zu Wirtschaft und Bevölkerung. Salzburg.

[https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Daten--Fakten--Zahlen/-Publikationen-/s/SIZ\\_2013\\_fuer\\_WEB.pdf](https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Daten--Fakten--Zahlen/-Publikationen-/s/SIZ_2013_fuer_WEB.pdf)  
*Rechnungshof (2014): Einkommensbericht 2014/1.*  
[http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/\\_jahre/2014/aktuelles/presse/kurzfassungen/bund/Kurzfassung\\_Einkommensbericht.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2014/aktuelles/presse/kurzfassungen/bund/Kurzfassung_Einkommensbericht.pdf)  
*Grüne Wirtschaft (2014): Alle Zeichen stehen auf Veränderung, Wien*

## WISSENSGESELLSCHAFT

Große Hoffnungen im Sinne qualitativen Wachstums werden in die Wissensgesellschaft gesetzt. Diese bringt zum Ausdruck, dass Wissen und Bildung in der Wirtschaftswelt immer mehr an Bedeutung gewinnen. Das wird bezogen auf die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und auf die Beschäftigungschancen von ArbeitnehmerInnen bzw. Erfolgchancen von Unternehmen. Die Gründe liegen in den permanent steigenden Erkenntnissen in der Wissenschaft und Forschung sowie den damit verbundenen sich beschleunigenden Innovationszyklen in der Wirtschaft. In immer mehr Branchen steigt der High Tech-Anteil, und damit auch jener der wissensbasierten Tätigkeiten (Burmeister/ Glockner 2009).

Statistiken belegen, dass Besserqualifizierte bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben und dass das Risiko (langzeit)arbeitslos zu werden mit der Höhe des Ausbildungsgrades sinkt. Eine Studie zu „Arbeitswelt 2030“ (Rumpf u.a. 2013) prognostiziert, dass aufgrund der steigenden Zahl höher qualifizierter Beschäftigter in der Wissensgesellschaft bzw. der wissensbasierten Ökonomie in Zukunft mit einer starken Zunahme der Weiterbildungsteilnahme zu rechnen sei.

Ausgegangen wird von einer „veränderten Rhythmisierung von Bildungszeiten“. Nicht mehr die Abfolge Ausbildung – Beruf – Ruhestand werde die Bildungszeiten bestimmen, sondern eine viel stärkere Verteilung von Bildungsaktivitäten auf alle Lebensphasen. Gründe seien die sich rascher verändernden Leistungsanforderungen in der wissensbasierten Ökonomie, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die sich kaum ohne verstärkte Weiterbildungsaktivitäten realisieren lasse, der Anstieg des durchschnittlichen Bildungs- und Qualifikationsniveaus in der Bevölkerung, der auf mittlere Sicht mit einem Anstieg der Weiterbildungsbeteiligung auch in höheren Altersgruppen einhergehe, sowie schließlich neue Bildungsaktivitäten in der nachberuflichen Phase. Voraussichtlich werde das für Bildung aufgewendete Zeitvolumen zunehmen – bei wachsenden Anteilen non-formaler Bildung und informellen Lernens (Rumpf u.a. 2013: 116ff).

Eine Wirtschaft rasanter Veränderungen erfordert dieses permanente Mit-Lernen der Menschen mit den sich ergebenden technologischen Innovationen. Und auch soziale Kompetenzen, die Fähigkeit und Bereitschaft in Teams zu arbeiten, gewinnen in der Wirtschaftswelt an Bedeutung. Doch wenn das lebenslange Lernen in einen Qualifizierungszwang ausartet, der alle zurücklässt, die sich diesem nicht unterwerfen bzw. nicht unterwerfen können, dann erzeugt die ›Bildungsgesellschaft‹ erneut Verlierer, da eben nicht alle mit den steigenden Bildungserwartungen mithalten können.

Dazu kommt ein weiterer Trend: Viele Berufsbildungsangebote werden heute unter dem Motto der permanenten Selbstoptimierung angepriesen. Der Politologe Michael Girkingler hat einschlägige Programme dieser Bildungsszene analysiert und kommt zu bedenkenswerten Schlüssen. Es seien die gesellschaftlichen Veränderungen, die dem Selbstbildungsmarkt den fruchtbaren Boden bereitet hätten, etwa der zunehmende

Hang zum Individualismus, die Ausbreitung des therapeutischen Diskurses auch auf die Arbeitswelt („Ein Coach für alle Fälle“) oder die Etablierung neuer Leitbilder wie jenes des „modernen Lebenskünstlers“ nach dem Motto „Mach dein Ding“. Die Ausbreitung neuer Zeit- und Selbstmanagementtechniken in der Beschleunigungsgesellschaft oder die Propagierung des „Selbstunternehmers“ in der neuen Arbeitswelt begünstigen diese Selbstoptimierungsstrategie (Girkinger 2012, 2015).

Einschätzung: Gleiche Bildungschancen für alle Jugendlichen sowie der Zugang zu Fortbildungen und Höher-Qualifizierungen für alle ArbeitnehmerInnen sind ein wichtiger Beitrag für Chancengerechtigkeit, aber auch für eine florierende Wirtschaft. Um dieses Ziel zu erreichen, sind auch in Österreich noch maßgebliche Anstrengungen nötig. Doch Bildung darf nicht allein der ökonomischen Verwertbarkeit untergeordnet werden. Sie hat auch den Auftrag, kritisches Denken zu fördern und Ideologien wie jene der permanenten Selbstoptimierung zu hinterfragen.

#### Literatur & Links:

*Burmeister*, Klaus; *Glockner*, Holger (2009): Handbuch Zukunft 2010. Trends, Herausforderungen, Chancen. München

*Girkinger*, Michael (2012): Einmal Glück und Erfolg, bitte! Über das Glück und seine Vermarktung in der Persönlichkeitsbildung. Eine Untersuchung zur Kultur der Selbstoptimierung. Marburg

*Girkinger*, Michael (2015): Glück und Erfolg durch Persönlichkeitsbildung? In: DIE Magazin 4/201. [www.die-bonn.de/doks/zeitschrift/persoelichkeitsentwicklung-01.pdf](http://www.die-bonn.de/doks/zeitschrift/persoelichkeitsentwicklung-01.pdf)

*Rumpf*, Jutta u. a. (Hrsg., 2013): Arbeitswelt 2030. Trends, Prognosen, Gestaltungsmöglichkeiten. Stuttgart

## GELD

---

### VERMÖGEN » VERSCHULDUNG » VERTEILUNGSPOLITIK STEUERN & STEUEROASEN

#### VERMÖGEN

Umfasst den privaten Besitz von Geld, also den Saldo von Schulden und Guthaben pro Haushalt. Gesprochen wird daher auch von Nettovermögen. Meist wird in Vermögensstatistiken auch der Besitz von Immobilien berücksichtigt. Als Staatsvermögen werden die Besitztümer der Staaten verstanden.

Der im April 2013 von der Europäischen Zentralbank (EZB 2013) präsentierte Bericht zur Vermögensverteilung in der EU (Geld und Immobilien) zeigt, dass sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den EU-Ländern die soziale Schere immer weiter auseinander geht. Die obersten fünf Prozent der Haushalte in der EU halten fast 40 Prozent des Gesamtvermögens, die ärmere Hälfte sechs Prozent. Brisant: Nur in Deutschland sind Vermögen noch ungleicher verteilt als in Österreich. Der Bericht weist Österreich als Land mit extremer Reichtumskonzentration an der Spitze und breiter Besitzlosigkeit bei der ärmeren Hälfte aus, die zusammen nicht einmal vier Prozent des gesamten Vermögens hält. Die reichsten zehn Prozent besitzen hingegen knapp die Hälfte der Vermögen, im Durchschnitt 1,64 Millionen pro Haushalt. Das zweitreichste Zehntel hält dafür „nur“ noch ca. 400.000 Euro (Wege aus der Krise, o. J.).

Nur ein sehr kleiner Teil der ÖsterreicherInnen bezieht relevante Einkommen aus Vermögen. Das weist auch eine Studie der Arbeiterkammer aus 2014 aus. Für Erwerbstätige ist es weitgehend unrealistisch, soviel Vermögen anzuhäufen, um davon leben zu können. Zwar beziehen drei Viertel aller ÖsterreicherInnen Vermögenseinkommen, aber nur die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung auch in einer relevanten Größe. Für 90 Prozent besteht dieses Vermögenseinkommen lediglich aus Zinserträgen auf Sparbücher. Nur jedeR dreizehnte bezieht Vermögenseinkommen aus Unternehmensbeteiligungen und Mieterträgen. Im reichsten 1 Prozent der Bevölkerung machen Vermögenseinkommen gar mehr als ein Drittel des gesamten Einkommens aus, sofern überhaupt noch Erwerbseinkommen bezogen – also einer Arbeit nachgegangen – wird. 99 Prozent der Bevölkerung müssen demgegenüber für ihr Einkommen arbeiten gehen (Wege aus der Krise, o. J.).

Von manchen wird die Notwendigkeit hoher Vermögen für eine Volkswirtschaft hervorgehoben, weil nur so ein „nationales Sparangebot“ geschaffen werde, was von internationalen Finanzmärkten etwas unabhängiger mache (Müller 2014: 183). Ein großer Teil der Wirtschafts-ExpertInnen, auch der Wirtschaftspublizist Henrik Müller, hält das Auseinandergehen der Schere zwischen Vermögenden und mittleren sowie unteren EinkommensbezieherInnen jedoch für gesellschaftlich und volkswirtschaftlich schädlich. Die Dynamik der → Verschuldung führe in eine Negativspirale, die immer mehr Vermögenswerte dem Wirtschaftskreislauf entziehe. Vorgeschlagen werden höhere Vermögens- bzw. Vermögenszuwachssteuern bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung von unteren EinkommensbezieherInnen (exemplarisch Schulmeister 2010, Marterbauer 2011, Felber 2012). Maximilian Kasy, Department of Economics, Harvard University, hat mit seinem Team einen

Online-Rechner installiert, über den man/frau eruieren kann, ob man zu den Reichen gehört (**Bin ich reich, o. J.**).

### Literatur & Links

*Bin ich reich (o. J.):* <http://www.binichreich.at/index.html>

*EZB (2013).* EU-Vermögensbericht 2013. <http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbsp2en.pdf>

*Felber, Christian (2012):* Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien

*Marterbauer, Markus (2011):* Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wie.

*Müller, Hendrik (2014):* Wirtschaftsirrtümer. 50 Denkfehler die uns Kopf und Kragen kosten. Frankfurt

*Schulmeister, Stephan (2010):* Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Wien

*Wege aus der Krise (o. J.):* EZB veröffentlicht Vermögensbericht:

<http://www.wege-aus-der-krise.at/news/newsmeldung/datum/2013/04/11/ezb-veroeffentlicht-vermoegensbericht-bankrotterklaerung-fuer-neoliberale-eu-krisenpolitik.html>

*Wege aus der Krise (o. J.):* Einkommen aus Vermögen hochkonzentriert:

<http://www.wege-aus-der-krise.at/news/newsmeldung/datum/2014/01/15/einkommen-aus-vermoegen-hoch-konzentriert-nur-1-prozent-beziehen-mehr-als-die-haelfte-der-rest-muss.html>

## VERSCHULDUNG

Das Prinzip der Verschuldung gibt es nicht erst seit Entstehung des Kapitalismus, sondern war bereits in früheren Wirtschaftsepochen und Kulturen zu finden. Auch früher haben Schuldbeziehungen in Abhängigkeiten der Schuldner von den Gläubigern geführt (**Graeber 2012**). Bekannt sind etwa das Zinsverbot im frühen Christentum und im Islam sowie die Tradition des Jubeljahres, welches bei den Frühchristen alle sieben Jahre zum Erlass aller Schulden geführt hat. Historisch neu ist das gigantische Ausmaß der Verschuldung im Spätkapitalismus.

Haushalte, Unternehmen oder Staaten verschulden sich, um Investitionen tätigen zu können, für die das Eigenkapital nicht reicht. Schulden sind dabei nicht per se problematisch, wichtig ist jedoch, wofür sich verschuldet wird. Unterschieden wird zwischen Schulden für Zukunftsinvestitionen und solchen für Konsumzwecke (**Bofinger 2009**). Erstere sind unbedenklich bzw. notwendig, wenn sie klug angelegt sind (z. B. der Kredit für eine Eigentumswohnung, der nach Abzahlung mietfreies Wohnen ermöglicht). Und jede Investition, die Erträge über der Höhe der Kreditschulden bringt, amortisiert sich. Bei Konsumschulden ist dies anders: Der über Kredit gekaufte Sportwagen wirft keine Erträge ab, im Gegenteil, er verursacht neben hohen Treibstoffkosten auch die Kosten für die zu berappenden Kreditzinsen.

Die Unterscheidung von Verschuldung für Konsum- und Zukunftsinvestitionen gilt selbstverständlich auch für Staaten. Muss ein Staat sich verschulden, um Gehälter, Pensionen oder Zinsen zu zahlen, sind hier keine bzw. nur bedingt, etwa über aus den ausbezahlten Gehältern oder Pensionen generierte Nachfrage-Rückflüsse zu erwarten. Investitionen in Bildung, Forschung, Zukunftsinfrastrukturen werfen jedoch, so wird argumentiert, in Zukunft Rendite ab, bezogen auf den Staat in Form höherer Steuereinnahmen.

Die weltweite Verschuldung hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch erhöht: Sie stieg von 87 Billionen US-Dollar im Jahr 2000 auf 199 Billionen US-Dollar im Jahr 2014. Je mehr als ein Viertel davon entfielen auf den Staat mit 58 Billionen und die Unternehmen mit 56 Billionen, gefolgt vom Finanzsektor mit 45 Billionen und den Privathaushalten mit 40 Billionen (**DIE ZEIT 27. 8. 2015**).

Das Problem der Schulden liegt in den Zinsen, die für geliehenes Geld zu zahlen sind. Der Schuldendienst führt leicht in die Schuldenfalle. Wären alle bei allen verschuldet, würde sich das Problem des Zinsdienstes neutralisieren. Die Realität ist jedoch eine andere. Den Schuldnern auf der einen Seite stehen die Gläubiger auf der anderen Seite gegenüber. Und diese werden aufgrund der Zinseinnahmen immer vermögender, sofern ihre Schuldner zahlungsfähig bleiben (Dietz 2013).

Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Streeck (2013) vertritt die These, dass die Krise des Kapitalismus nur durch private und öffentliche Verschuldung aufgeschoben wurde. Er spricht von „gekaufter Zeit“. Ralf Dahrendorf (2009) hat das Dilemma der Schulden mit dem Begriff „Pumpkapitalismus“ auf den Punkt gebracht. Die Finanzkrise 2008 wurde ja durch Immobilienkredite ausgelöst, die von immer mehr Schuldner nicht mehr zurückgezahlt werden konnten, was die Banken in Zahlungsschwierigkeiten brachte.

Insbesondere der „Verschuldungsstaat“ (Streeck 2013) komme in die Bredouille, weil er immer stärker von den Finanzmärkten abhängt und am Schuldendienst zerbrechen könnte. Der nun folgende „Konsolidierungsstaat“ wird auf dem Rücken der Einkommensschwächeren und auf Kosten öffentlicher Leistungen ausgetragen. Streeck warnt davor, dass uns die großen Krisen erst bevorstünden.

Zahlreiche ÖkonomInnen gehen mittlerweile davon aus, dass eine „Schuldenbremse“ nur mit einer gleichzeitigen „Vermögensbremse“ machbar sei (Schulmeister 2010, Marterbauer 2012, Dietz 2013, Kremer 2013, Gahrman 2013). Wir haben daher eher ein „Guthabenproblem“ als ein „Schuldenproblem“ (Kitzmüller 2015).

Yanis Varoufakis (2015) beschreibt Schulden als Voraussetzung im kapitalistischen Wirtschaftsprozess („Schulden sind die primären Ressourcen der Marktgesellschaften“, 79), wobei er jedoch die Rolle der Banken kritisiert. Diese würden zwecks Gewinnsteigerung immer mehr Kredite vergeben, die Vermögenden, also die Gläubiger der Banken, wären jedoch nicht bereit, entsprechende Steuern zu zahlen. Der Staat sei daher gezwungen, Defizite zu machen und damit systematisch seine Schulden zu erhöhen: „Die Starken, vor allem die Banker, haben damit die Chance, noch stärker zu werden, indem sie dem Staat (gegen Zinsen) genau das Geld leihen, das sie ihm in Form von Steuern nicht geben wollen.“ (Varoufakis 2015: 77)

Von den vier Möglichkeiten, Staatsschulden abzubauen – Schuldenschnitte, hohe Inflation, rigide Sparpolitik oder höhere Vermögensbesteuerung – sei die letzte, so auch der Wirtschaftspublizist Christian Felber (2014), die schonendste, auch für die Vermögenden. Die → Verteilungspolitik der nächsten Jahre wird zeigen, wie weit dies gelingen kann.

### Literatur & Links

Bofinger, Peter (2009): Ist der Markt noch zu retten? Berlin

Dahrendorf, Ralf (2009): Vom Sparkapitalismus zum Pumpkapitalismus.

In: Cicero Online, 23. 7. 2009

Dietz, Raimund (2013): Geld und Schuld. Eine ökonomische Theorie der Gesellschaft. Marburg s. a. „Geld - die neue Herausforderung an die Sozialwissenschaften“. Vortrag auf Einladung des Club of Vienna. <https://www.youtube.com/watch?v=dsXPfAhQKpc>

Felber, Christian (2012): Geld - die neuen Spielregeln. Wien

Gahrman, Arno (2013): Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen. Berlin



*Graeber, David (2012):* Schulden. Die ersten 5000 Jahre. Stuttgart  
*Kitzmüller, Erich (2015):* Nur eine Schuldenkrise? In: *ksö-Nachrichten 2015/07*  
*Kremer, Jürgen (2013):* Grundlagen der Ökonomie. Geldsysteme, Zinsen, Wachstum und die Polarisierung der Gesellschaft. Marburg (2. überarb. u. erw. Aufl.)  
*Marterbauer, Markus (2011):* Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien  
*Schulmeister, Stephan (2010):* Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Wien  
*Streeck, Wolfgang (2013):* Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt/M.  
*Varoufakis, Yanis (2015):* Time for Change. Wie ich meiner Tochter Wirtschaft erkläre. München

## VERTEILUNGSPOLITIK

Bezeichnet die gesellschaftliche Aushandlung und Umsetzung der Verteilung des in einer Volkswirtschaft erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Dies erfolgt zum einen in Lohnverhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften, zum anderen durch Steuerpolitik der Regierungen. Nationale und internationale Studien belegen, dass die Einkommens- und Vermögensspreizungen in den letzten Jahrzehnten stark zugenommen haben (**Österreich: Wege aus der Krise, o. J., Marterbauer 2011; international z. B. Piketty 2013**).

Zahlreiche ExpertInnen fordern daher eine ausgewogenere Einkommens- und Vermögensverteilung durch ein Abgabensystem, das es weniger attraktiv macht, hohe Einkommen bzw. Vermögen zu lukrieren (**exemplarisch Layard 2005, Marterbauer 2011, Gahrman 2013**). Verwiesen wird dabei auf die immer weniger tragbare öffentliche → Verschuldung ebenso wie auf empirische Befunde zur Lebensqualität, die in Gesellschaften mit geringeren Einkommens- und Vermögensspreizungen höher ist (**Wilkinson/Pikett 2009**). Als Vorbild für eine radikal andere Steuerpolitik zur Ankurbelung einer stagnierenden (Welt)-Wirtschaft wird dabei auch auf den „New Deal“ von US-Präsident Roosevelt in den 1930-Jahren verwiesen, der Vermögens- und Gewinnsteuern von 80 Prozent eingeführt hatte (**Schulmeister 2010**).

Hervorgehoben wird, dass (bereits jetzt) nur durch die umverteilende Wirkung des Staates das Auseinanderdriften von Vermögenden und Nicht-Vermögenden abgeschwächt wird. Gesprochen wird von „Sekundäreinkommen“. Und dass Umverteilung der einzige Weg sei, lokale Konsumnachfrage anzustoßen, da jene mit geringeren Einkommen dieses zur Gänze für Konsumzwecke des Alltagsbedarfs ausgeben. Vermögendere legen das Geld an, um es weiter zu vermehren, oder geben dieses eher für Luxuskonsum, z. B. Fernreisen, aus (**Marterbauer 2011, Flassbeck 2010**).

Umverteilung hat dabei nichts mit „Wegnehmen“ zu tun, sondern mit fairer Verteilung. Auch wenn die Frage, was gerecht ist, nie eindeutig zu beantworten ist, so gibt es Richtwerte. Einkommensspreizungen von 1 : 100 (jene mit dem höchsten Einkommen haben hundert Mal so viel wie jene mit dem niedrigsten Einkommen) oder mehr werden i. d. Regel von der Mehrheit der Menschen als nicht mehr leistungsgerecht empfunden (**Felber 2012, Holzinger 2012**). Aufgabe der Gesellschaft ist es daher, eine offene Debatte über eine als von der Mehrheit als fair empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung zu führen und entsprechende Maßnahmen von der Politik einzufordern.

### Literatur & Links

*Felber, Christian (2012):* Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien

*Flassbeck, Heiner (2010): Die Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Berlin*  
*Gahrman, Arno (2013): Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen. Berlin*  
*Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg*  
*Layard, Richard (2005) Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt*  
*Marterbauer, Markus (2011): Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Wien*  
*Piketty, Thomas (2013). Das Kapital im 21. Jahrhundert. München*  
*Schulmeister, Stephan (2010): Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Wien*  
*Wege aus der Krise (o. J.): <http://www.wege-aus-der-krise.at/news/newsmeldung/datum/2013/04/11/ezb-veroeffentlicht-vermoegensbericht-bankrotterklaerung-fuer-neoliberaler-eu-krisenpolitik.html>*  
*Wilkinson, W., Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechtere Gesellschaften für alle besser sind. Berlin*

## STEUERN & STEUEROASEN

Steuern dienen dazu, den Finanzbedarf des Staates zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu decken. Steuern haben aber auch Lenkungsfunktion, um gesellschaftlich gewünschte Entwicklungen zu fördern und nicht gewünschte zurückzudrängen. Beispiele für Letzteres wären Tabaksteuern, Vermögenssteuern oder Ökosteuern. Das Recht des Staates, Steuern zu erheben, wird als Steuerhoheit bezeichnet. Im Unterschied zu Gebühren und Beiträgen hat der Steuerpflichtige keinen Anspruch auf eine bestimmte besondere Gegenleistung des Staates; anders z. B. bei der Arbeitslosenversicherung: Wer Arbeitslosengeld empfangen will, muss vorher Beiträge entrichtet haben ([Lexikon der Wirtschaft, o. J.](#)).

Die Art und Höhe von Steuern sind ein zentrales Thema der politischen Auseinandersetzung. Steuergerechtigkeit gilt als ein wichtiges Fundament einer funktionierenden Demokratie. Untersuchungen zur Zufriedenheitsforschung zeigen, dass in Ländern mit einer positiven Steuerkultur und progressiveren Steuersätzen die Menschen zufriedener sind. Das Vertrauen in den Staat und die Politik sind größer als in Ländern mit negativer Steuerkultur ([Tichy 2011](#)).

Die Lenkungswirkung bezieht sich auch auf arbeits- und wirtschaftspolitische Agenden. Eine hohe Steuerbelastung des Faktors Arbeit kann dazu führen, dass notwendige Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich nur ungenügend erbracht werden können, weil etwa soziale Tätigkeiten anders als Produktionsprozesse keine Rationalisierungspotenziale aufweisen. Steuern wirken aber auch und besonders hinsichtlich der Verteilung des Wirtschaftsprodukts, da sie über staatliche, aus Steuern finanzierte Transferleistungen eine gewisse Umverteilung hinzu den weniger Verdienenden ermöglichen (Sekundäreinkommen). Und Steuern sollen der Vermögens- und Einkommensspreizung entgegenwirken, es sozusagen weniger attraktiv machen, hohe Einkommen generieren zu wollen (→ Verteilungspolitik).

Ein großes Problem aus demokratiepolitischer Sicht stellen Steuerhinterziehung und Steuerumgehung dar. Die Kosten der Steuerflüchtlinge übersteigen jene der sogenannten Wirtschaftsflüchtlinge um ein Vielfaches. Daher wird von wissenschaftlicher wie zivilgesellschaftlicher Seite seit vielen Jahren die Unterbindung von Steueroasen sowie von steuerschonender Gewinnausweisung gefordert ([attac o. J.](#)).

Eine aktuelle Studie geht davon aus, dass Ende 2013 12 Prozent des Finanzvermögens europäischer Haushalte in Steueroasen veranlagt waren, etwa die Hälfte davon in Schweizer Banken, was einer Summe von 1.000 Milliarden Euro entspricht (Zucman 2014). Neben Steueroasen stellen Schlupflöcher für transnationale Konzerne im Kontext der Gruppenbesteuerung ein großes Problem dar. Dem österreichischen Staat sind durch Steuererleichterungen im Rahmen der Gruppenbesteuerung allein in den Jahren 2008 bis 2010 jährlich rund 450 Millionen Euro entgangen, so ein Rechnungshofbericht (Wirtschaftsblatt 2013).

### Literatur & Links

*Attac* (o. J.): Steuertricks der Konzerne stoppen. <http://www.attac.at/kampagnen/steuertricks-stoppen.html>

*Lexikon der Wirtschaft* (o. J.): Steuern.

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20745/steuern>

*Tichy, Gunter* (2011): Zentrale Ergebnisse zur Forschung über Lebenszufriedenheit. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*. [http://wug.akwien.at/WUG\\_Archiv/2011\\_37\\_3/2011\\_37\\_3\\_0435.pdf](http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf)

*Wirtschaftsblatt* (2013): Rechnungshof kritisiert Gruppenbesteuerung. 18. 7. 2015

<http://wirtschaftsblatt.at/home/nachrichten/oesterreich/1432018/Rechnungshof-kritisiert-Gruppenbesteuerung>

*Zucmann, Gabriel* (2014): *Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird.* Frankfurt/M.

# KONSUM

---

## KONSUMKAPITALISMUS » KONSUMFALLEN » KONSUMENTINNEN-DEMOKRATIE » FAIR-TRADE: UMSATZ IN ÖSTERREICH BIO-MARKT IN ÖSTERREICH: ZAHLEN & FAKTEN

### KONSUMKAPITALISMUS

Bezeichnet die Expansion der kapitalistischen Produktionsweise durch Herstellung von Massenkaufkraft. Massenkonsum basierend auf Masseneinkommen generiert Absatzmärkte und damit Gewinne. Einer der ersten, der dies erkannte, war der Autoproduzent Henry Ford. Seine Überlegung: Nur wenn er seinen Arbeitern entsprechende Löhne zahle, könnten sich diese die von ihnen produzierten Fahrzeuge auch leisten. Man spricht bei diesem Regime daher auch von „Fordismus“. Die steigende Produktivität hat zur Mehrung des Güterwohlstands, aber auch zum Ausbau der Sozialstaaten geführt. Durch den Massenwohlstand wurden die Demokratien gefestigt und der soziale Friede ermöglicht (Ax/Hinterberger 2013, Holzinger 2012).

Um die Nachfrage nach Gütern über die Grundbedürfnisse hinaus anzukurbeln, gewann früh der Einsatz von Werbung, der weit über Produktinformation hinausgeht, an Bedeutung. Und da in der gegenwärtigen Phase des Konsumkapitalismus in den Wohlstandsländern materielle Sättigungstendenzen zu verzeichnen sind, wird die Konsumsphäre auf immaterielle Güter ausgedehnt. Gesprochen wird daher von „Erlebniskapitalismus“ (Firlei 2013, Ottomeyer 2014).

#### Literatur & Links

Ax, Christine; Hinterberger, Fritz (2013): Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen. München

Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg

Firlei, Klaus (2013): Alle Macht dem Text. Zukunftswissenschaft als Anleitung für globale Verfassungskonstruktionen. In: Firlei, Klaus; Spielmann, Walter (Hg.): Projekt Zukunft. Salzburg, 188 – 238

Ottomeyer, Klaus (2014): Chaos mit System. Werte-Geschwätz und Wertekonflikte im Kapitalismus. Klagenfurt

### KONSUMFALLEN

Versuchen zu erklären, warum die Zufriedenheit der Menschen trotz steigenden materiellen Wohlstandes ab einem gewissen Niveau nicht weiter zunimmt. Erhebungen zeigen, dass Lebenszufriedenheit sehr wohl mit dem materiellen Wohlstandsniveau zusammenhängt. Doch ab einer gewissen Einkommenshöhe entkoppeln sich Einkommen und Lebenszufriedenheit. Menschen können zwar noch mehr verdienen, werden deswegen aber nicht mehr glücklicher. Wie hoch diese Einkommenschwelle ist, bleibt umstritten und hängt natürlich auch vom Wohlstandsniveau des befragten Landes ab (Layard 2006). Belegt ist aber, dass etwa in den USA die Zahl derer, die sich als „sehr glücklich“ einschätzen, in den letzten 50 Jahren konstant bei 30 Prozent lag, während sich das BIP real verdreifacht hatte. In Japan wurde dasselbe Phänomen wahrgenommen trotz Versechsfachung des BIP (Binswanger 2006).

Begründet wird dieses Auseinanderdriften von materiellem Wohlstandszuwachs und Lebenszufriedenheit mit den sogenannten Konsumfallen, die der Ökonom **Mathias Binswanger (2008)** beschreibt: Die Anspruchsfalle bedeutet, dass wir umso mehr dazu haben wollen, je mehr wir bereits haben; die Statusfalle besagt, dass wir haben wollen, was andere auch haben; die Zeitsparfalle zeigt an, dass nicht alle Dinge, die wir anschaffen, Zeit sparen. Im Gegenteil: Neue Güter erfordern Zeit, da sie ja gebraucht werden wollen. Die Multioptionsfalle schließlich schlägt zu, da die Wahlmöglichkeit zwischen einer Überfülle an Produkten zu permanentem Entscheidungsstress führt.

### Literatur & Links

*Binswanger, Mathias (2006): Geld allein macht immer noch nicht glücklich.*

<http://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/view/454/454>

*Binswanger, Mathias (2008): Die Tretmühlen des Glücks. Freiburg*

## KONSUMENTINNEN-DEMOKRATIE

Das Konzept der KonsumentInnen-Demokratie geht auf den Soziologen Ulrich Beck (2005) zurück. In der „Weltrisikogesellschaft“, so ein von ihm geprägter Begriff, nehmen nicht nur die grenzüberschreitenden Umweltprobleme zu, sondern auch die Möglichkeiten der Konzerne, Sozial- und Umweltauflagen durch Produktionsverlagerungen zu entgehen. Die Globalisierung habe die Gewerkschaften ebenso geschwächt wie die Wohlfahrtsstaaten. Der „Entzugsmacht“ der Konzerne müsse nun die „Entzugsmacht“ der KonsumentInnen entgegengestellt werden, war Beck überzeugt.

Konsumboykotte, öffentliche Kampagnen, in denen unlautere Praktiken von multinationalen Konzernen und ihren Zulieferern angeprangert werden (Prinzip „Blame and shame“) sowie die bewusste Entscheidung für fair produzierte Produkte (→Fairtrade) gelten als Instrumente der KonsumentInnen-Demokratie. Kritische NGOs wie Clean Cloth oder Clean IT, gewerkschaftliche Kampagnen wie „Weltumspannend arbeiten“ sowie Organisationen wie „Fairtrade“ arbeiten in diesem Sinne.

Zugleich hat sich aber auch eine Haltung breit gemacht, die allein auf „besseren Konsum“ aus ist. Nach dem Motto „Shopping for a better world“, wie ein Buchtitel verspricht. Das ist nicht ganz falsch, problematisch aber dann, wenn die politischen Aspekte der KonsumentInnen-Demokratie außer Acht gelassen werden, von denen Ulrich Beck ausgegangen ist.

Und Konzerne haben den Gedanken der Nachhaltigkeit ebenfalls aufgegriffen. Viele Unternehmen tun wirklich etwas, häufig geht es jedoch allein um geschickte PR, die vor unlauteren Praktiken, die weiterhin fortgeführt werden, ablenken sollen. Es wird die neue bewusstere KonsumentInnen-Gruppe mit einem „fairen“ oder „nachhaltigen“ Nischenprodukt bedient, ohne die Produktion generell auf Nachhaltigkeit umzustellen. Dass „CSR“, also →Corporate Social Responsibility nicht, wie ursprünglich in der EU geplant, von verbindlichen, demokratisch ausgehandelten Regeln und Verpflichtungen ausgeht, sondern nur von freiwilligen Vereinbarungen, zeugt von dieser Strategie der Beruhigung verunsicherter KonsumentInnen.

Häufig werden nur symbolische Handlungen im Sinne von Greenwashing gesetzt. Wenn ein Flughafen sich seiner ökologischen Ausrichtung rühmt, weil die Passa-

giere nun mit Elektrofahrzeugen zu den Flugzeugen gebracht werden, zeigt dies, wie verkürzt ökologische Fragestellungen werden. Unternehmen und KonsumentInnen beruhigen ihr Gewissen und picken sich aus dem dargebotenen Öko-Menü heraus, was am leichtesten von der Hand geht (Hartmann 2009). Das sogenannte „Marmelade-Mallorca-Phänomen“ bringt dies auf den Punkt: Ein Urlauberpaar beschwert sich beim Hotelpersonal, weil es zum Frühstück Marmelade in Plastikbehältern serviert bekommt, was die Umwelt verschmutze. Dass der Flug nach Mallorca bedeutend umweltschädigender ist als die Plastikverpackung für die Marmelade, wird dabei nicht gesehen.

Armin Grunwald (2012), Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung in Berlin, spricht gar „Vom Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann.“ Der Experte nennt als Hürden das Mobilisierungsproblem („Nur als Massenphänomen kann nachhaltiger Konsum den Erwartungen entsprechen.“ ebd. 65), die Überforderung der Konsumenten, die bei Konsumententscheidungen etwa unter Zeitdruck stünden, der Mangel an Systemwissen („Um Wasser zu sparen, wäre es beispielsweise sinnvoller, weniger Fleisch zu essen als weniger zu duschen.“ ebd. 72) sowie das Trittbrettfahrer-Dilemma – wer weniger Auto fährt, macht anderen Platz noch mehr Auto zu fahren.

Als Hauptproblem sieht Grunwald jedoch den „Trend zur Selbstberuhigung“: „Je stärker die Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Klimaprobleme sichtbar werden, umso mehr wird über nachhaltigen Konsum geredet.“ (ebd. 87) Es gehe aber darum, den Kurs des „Tankers“ namens Menschheit oder Weltgesellschaft zu ändern: „Der Kurs betrifft das Ganze, und das ist immer eine öffentliche Angelegenheit mit all den Anforderungen an Dialog, Transparenz und Legitimation, die keine Sache des privaten Konsums ist.“ (ebd. 89)

Da der Kurs uns alle gleichermaßen betreffe, seien wir nicht als KonsumentInnen, sondern als BürgerInnen gefragt. Das Engagement auf öffentlichen Plattformen, in Dialogen, in Medien sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen mache dabei ebenso Sinn wie das Drängen auf neue Gesetze (das deutsche EEG nennt Grunwald dabei als Vorbild). Letztlich sei eine Art TÜV der Nachhaltigkeit für alle neuen Gesetzesvorhaben nötig, die Nachhaltigkeitsprüfung sei in die Gesetzesfolgenabschätzung zu integrieren.

Resümee: Bewusst konsumieren und neue Konsumprioritäten zu setzen macht Sinn (Busse 2006). Die Abstimmung an der Supermarktkasse kann jene in den Parlamenten jedoch nicht ersetzen. Insbesondere sind die gesamten Folgen unserer Konsumhandlungen in den Blick zu nehmen, um der Gewissensberuhigung durch einzelne „Öko-Schritte“ zu entgehen. Letztlich geht es um die Anfreundung mit einem Lebensstil der Suffizienz sowie die Überwindung des Ökonomismus, der alle Lebensbedürfnisse mit dem Konsum von Gütern zu befriedigen sucht.

### Literatur & Links

Beck, Ulrich (2005): Was zur Wahl steht. Frankfurt/M.

Busse, Tanja (2006): Die Einkaufsrevolution. Konsumenten entdecken ihre Macht. München

Grunwald, Armin (2012): Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. München

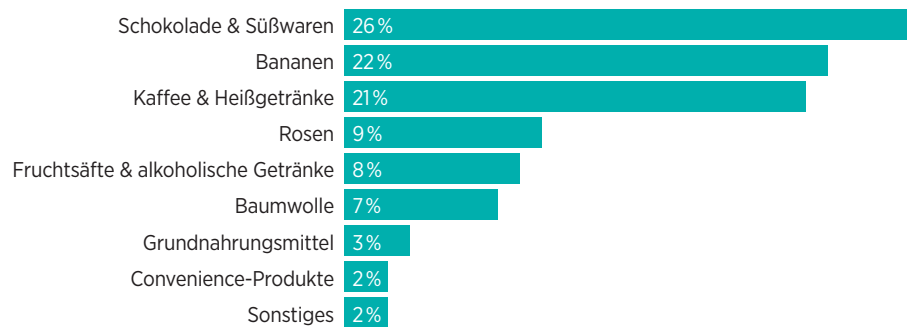
Hartmann, Kathrin (2009): Das Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt. München

## FAIR-TRADE: UMSATZ IN ÖSTERREICH

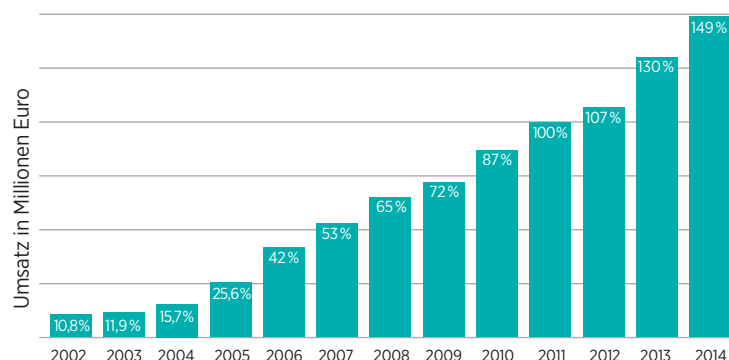
Der größte Importeur fair gehandelter Produkte in Österreich ist die EZA mit Sitz in Weng/Salzburg. Das Unternehmen hat über 70 MitarbeiterInnen. Von 160 Partnerorganisationen in den Ländern des Südens, vor allem Genossenschaften, werden Produkte bezogen. Der Absatz fair gehandelter Produkte ist in den letzten Jahren gestiegen: Im ersten Halbjahr 2014 legte der Fairtrade-Umsatz um elf Prozent auf 69,9 Millionen Euro zu. Im Jahr 2013 hatten die Erlöse um mehr als ein Fünftel zugelegt. 92 Prozent der Österreicher kennen das Siegel „Fairtrade“.

2014 waren es Kaffee (plus 18 Prozent), Süßigkeiten (plus 25 Prozent) und Baumwollprodukte (plus 55 Prozent), die besonders stark gewachsen sind. Blumen, Bananen und Fruchtsäfte blieben auf dem Vorjahresniveau. Umsatzmäßig waren fair gehandelte Früchte die größte Produktgruppe in Österreich, gefolgt von Kaffee/Tee, Blumen, alkoholfreien Getränken und Naschereien. Fairtrade-Österreich-Geschäftsführer Hartwig Kirner sieht das Potenzial bei Kaffee und Süßwaren „noch lange nicht ausgeschöpft“. Hierzulande sind 970 Artikel mit dem Fairtrade-Siegel ausgezeichnet, es gibt 106 Partnerfirmen. Fairtrade Österreich ist ein Verein, der selbst keinen Handel betreibt, sondern das Gütesiegel für zertifizierte Produkte in Österreich vergibt. Der Verein hat 25 Mitgliederorganisationen und mehrere staatliche, kirchliche und private Sponsoren, Hauptfinanzierungsquelle sind die Lizenzgebühren für die Nutzung des Fairtrade-Logos.

### UMSATZVERTEILUNG VON FAIR TRADE-PRODUKTEN IN ÖSTERREICH NACH WARENGRUPPEN IM JAHR 2014



### GESAMTUMSÄTZE VON FAIRTRADE-PRODUKTEN IN ÖSTERREICH IN DEN JAHREN 2002 BIS 2014 (IN MILLIONEN EURO)



#### Links:

ORF: Fairtrade-Umsatz legt zweistellig zu. <http://help.orf.at/stories/1745478/>

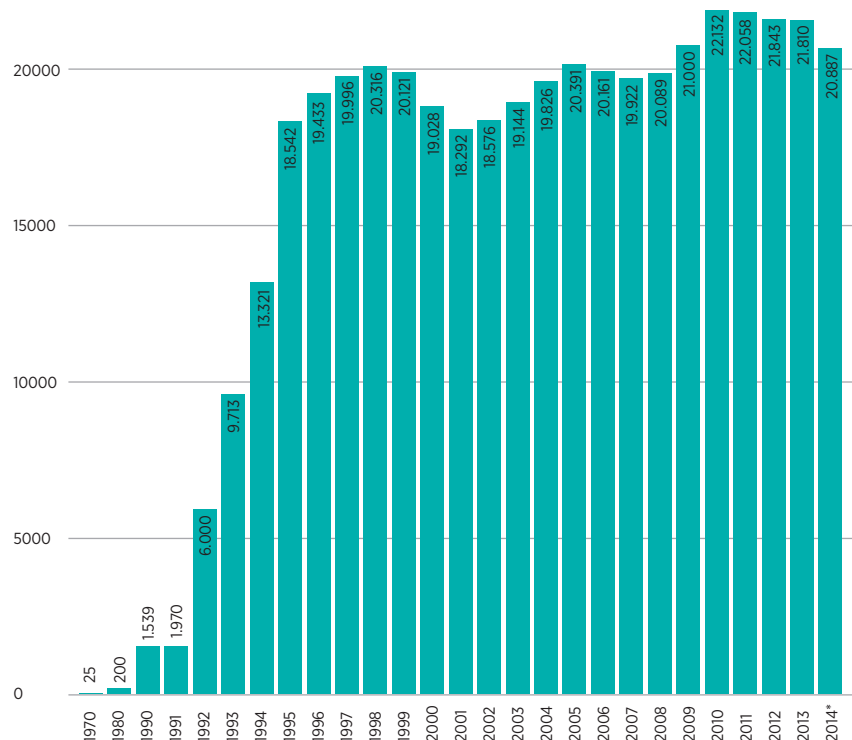
Statista. Das Statistik Portal. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/435407/umfrage/umsatzverteilung-von-fair-trade-produkten-in-oesterreich-nach-warengruppen/>  
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/435432/umfrage/umsatz-mit-fairtrade-produkten-in-oesterreich/>

## BIO-MARKT IN ÖSTERREICH: ZAHLEN & FAKTEN

Der Bio-Trend hält an. Für das Jahr 2012 verzeichnet die aktuelle Ausgabe der FiBL-IFOAM Studie „The World of Organic Agriculture 2014“ mehr Umsatz, mehr Biobäuerinnen und Biobauern sowie mehr biologisch bewirtschaftete Flächen. Demnach kultivierten 2012 1,9 Millionen Biobäuerinnen und Biobauern in 164 Ländern 37,5 Millionen Hektar Biofläche. Der weltweite Umsatz biologischer Lebensmittel betrug 63,8 Milliarden US-Dollar. Fast ein Drittel der globalen Biolandwirtschaftsfläche liegt in Ozeanien, gefolgt von Europa und Lateinamerika. Nach wie vor ist Australien das Land mit der größten Biofläche, gefolgt von Argentinien und den USA. Die Länder mit dem höchsten Bioanteil an der gesamten Landwirtschaftsfläche sind die Falklandinseln mit 36,3 Prozent, gefolgt von Liechtenstein (29,6 Prozent) und Österreich (19,7 Prozent).

Was den Umsatz mit Bioprodukten betrifft, waren die USA mit 22,6 Milliarden Euro und einem Marktwachstum von 10 Prozent der größte Markt, gefolgt von Deutschland und Frankreich. Die Länder mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch waren die Schweiz und Dänemark. In Europa sind in den vergangenen Jahren sowohl der Biomarkt als auch die Bioflächen signifikant gewachsen. Gemäß der Erhebung leben ungefähr 80 Prozent der weltweiten BioproduzentInnen in Entwicklungs- bzw. Schwellenländern wie Indien, Uganda, Mexiko und Tansania.

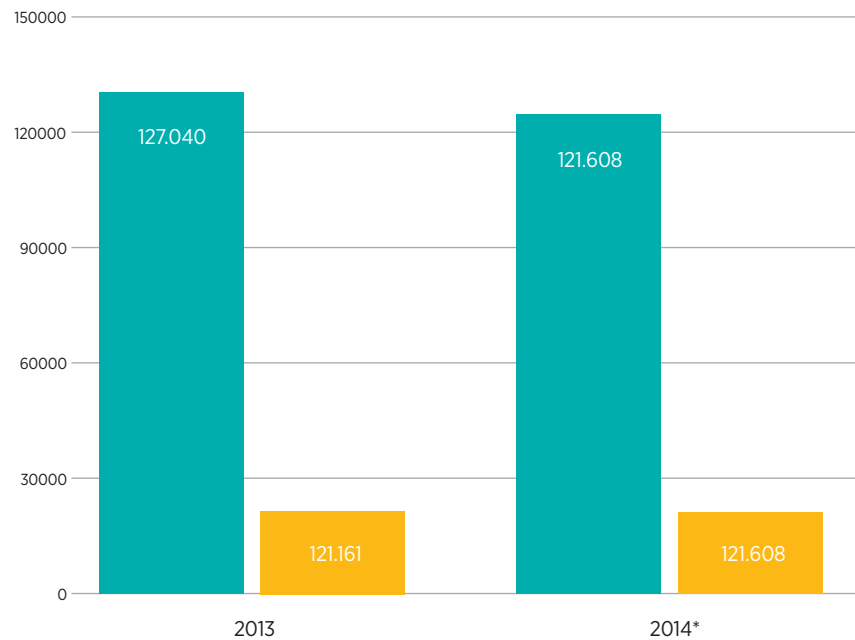
### ENTWICKLUNG DER BIO-BETRIEBE IN ÖSTERREICH 1970-2014



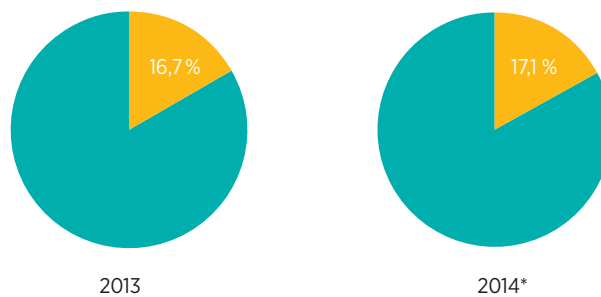
Entwicklung der Bio-Betriebe in Österreich 1970-2014. Es handelt sich um Daten laut Meldungen an die Landeshauptleute, im Rahmen der Bio-Vermarktungsregelungen. \*Die Zahlen für 2014 sind vorläufig. (Quelle: BMLFUW 2014, Arge Biolandbau Archiv)



## BIOBETRIEBE IM VERGLEICH ZU LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBEN INSGESAMT



## ANTEIL DER BIO-BETRIEBE AN DEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBEN



→ [alle landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich](#)

→ [Bio-Betriebe in Österreich](#)

Bio-Betriebe im Vergleich zu landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt und Anteil der Bio-Betriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben in Prozenten in Österreich 2013 & 2014. Es handelt sich um Daten, die im Rahmen der Agrarförderungen erhoben werden (INVEKOS Daten), inklusive Betrieben, die nur Almfläschen bewirtschaften. "Die Zahlen für 2014 sind vorläufig. (Quelle: BMLFUW 2014)

### Links:

*Bio net*: Aktuelle Bio-Zahlen. [http://www.bio-net.at/startseite/news-item.html?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=125&cHash=a1b7045730e9928c0ae09445082e6b1d](http://www.bio-net.at/startseite/news-item.html?tx_ttnews[tt_news]=125&cHash=a1b7045730e9928c0ae09445082e6b1d)

*Statista*. Das Statistik Portal. <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/441272/umfrage/anzahl-der-landwirtschaftlichen-bio-betriebe-in-oesterreich/>

<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/441317/umfrage/anteil-der-bio-betriebe-an-den-landwirtschaftlichen-betrieben-in-oesterreich/>

## RESSOURCEN

---

**NACHHALTIGKEIT » RESSOURCEN-PRODUKTIVITÄT  
DEMATERIALIERUNG » REBOUND-EFFEKTE » OBSOLESCENZ  
ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK » ÖKOLOGISCHER RUCKSACK  
WELTERSCHÖPFUNGSTAG » PEAK OIL & PEAK EVERYTHING**

### NACHHALTIGKEIT / NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Der 1972 erschienene Bericht an den Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ hat den Industriegesellschaften erstmals die begrenzten Naturressourcen vor Augen geführt. Fünfzehn Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“ wurde dann der Begriff „Sustainable Development“, also Nachhaltige Entwicklung, geprägt. Er taucht erstmals im Bericht „Our Common Future“ der Brundtland-Kommission von 1987 – benannt nach der Leiterin der internationalen ExpertInnengruppe, der norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland – auf; seine internationale Karriere tritt der Begriff der Nachhaltigkeit dann bei der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro, der sogenannten „Rio“-Konferenz, an. Bei dieser Konferenz wurde von allen Staaten der Erde eine „Agenda 21“ verabschiedet, die die gemeinsamen Aufgaben der Weltgemeinschaft im 21. Jahrhundert festlegt (Lexikon der Nachhaltigkeit, o. J.).

Der Öko-Diskurs der Wachstumsgrenzen sowie der Gerechtigkeitsdiskurs der nachhaltigen Entwicklung wurden zusammengeführt. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit werden als Einheit gesehen, ein Prinzip das bei der Folgekonferenz 2002 in Johannesburg bestärkt wurde und auch für „Rio+20“ 2012 gilt. Der Brundtland-Report definierte nachhaltige Entwicklung erstmals als „Entwicklung, welche die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Wichtig ist auch der Nachsatz: „Dementsprechend müssen auch die Ziele wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung im Hinblick auf Dauerhaftigkeit definiert werden.“ (Lexikon der Nachhaltigkeit, o. J.)

Nachhaltigkeit ist somit zum einen ein rationales ökologisches bzw. ökonomisches Prinzip: 1) Verbrauch nachwachsender Ressourcen maximal bis zu deren Erneuerungsrate; 2) sparsamer Umgang mit erschöpfbaren Ressourcen und rechtzeitige Entwicklung von Substituten vor Annäherung an die Erschöpfungsgrenze; 3) Belastung der Ökosphäre als „Müllhalde“ (Emissionsraum) nur bis zur Selbstregenerationsgrenze der jeweiligen Ökosysteme (bei Wissensunschärfen hat das Vorsorgeprinzip zu gelten). Manche fügen hinzu: 4) Achtung aller tierischen Lebewesen als Mitgeschöpfe und Erhalt der Natur in ihrer Vielfalt und Schönheit (Eigenwert der Tiere und Natur). Letzteres ist eine berechnete ethische Festlegung, die über den Anthropozentrismus hinausweist (Holzinger 2012: 41ff, Hutter u. a. 2012: 24ff).

Teilweise wird die inflationäre oder gar missbräuchliche Verwendung des Begriffs der Nachhaltigkeit kritisiert, z. B. kann die nachhaltige Sanierung eines Unternehmens die Freisetzung von Arbeitskräften verschleiern. Flughäfen erhalten Nachhaltigkeitszertifikate, weil die Bauten wärmedämmend und die Flotten der Bodenfahrzeuge auf Elektromobilität umgerüstet wurden. Dass das Fliegen selbst am meisten zum Aufheizen der Atmosphäre beiträgt, bleibt dabei außen vor.

Doch Nachhaltigkeit ist zu einem wichtigen Terminus in den Diskursen über eine zukunftsfähige Weltentwicklung geworden. Es ist daher wichtig, den Begriff kritisch zu besetzen. Gemeint sind in diesem Sinne die Wahl von Wirtschafts- und Lebensweisen und eine Gestaltung der Weltbeziehungen derart, dass alle ErdenbürgerInnen zumindest ihre Grundbedürfnisse befriedigen und ein Leben in Würde führen können. Angesprochen sind damit auch Verteilungs- und Chancengerechtigkeit innerhalb der nationalen Gesellschaften und weltweit. Nachhaltigkeit zielt daher auch auf sozial dauerhafte (Welt)-Wirtschaftsstrukturen (Holzinger 2012: 41ff)

#### Literatur:

Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg

Hutter, Claus-Peter u.a.: Grundkurs Nachhaltigkeit. Eine Einführung für Einsteiger und Fortgeschrittene. München

Lexikon der Nachhaltigkeit (o. J.): Nachhaltigkeit. [www.nachhaltigkeit.info/](http://www.nachhaltigkeit.info/)

## RESSOURCENPRODUKTIVITÄT

Bezeichnet den Wirtschaftoutput pro eingesetzter Menge an natürlichen Ressourcen. Erfasst wird der Energie- und Rohstoffverbrauch bezogen auf die Wirtschaftsleistung. Bezüglich Rohstoffen wird auch von Materialintensität gesprochen. Die Ressourcenproduktivität ist in den letzten Jahrzehnten durchaus gestiegen, doch bedeutend stärker gestiegen ist die Produktivität der Wirtschaft. Die Materialintensität der Weltwirtschaft ist von 1980–2002 zwar um 25 Prozent gesunken; das Welt-BSP ist im selben Zeitraum aber um 83 Prozent gewachsen. Bis 2020 wird mit einer 50 Prozent Steigerung des globalen Ressourcenverbrauchs gegenüber dem Jahr 2000 gerechnet (Jäger 2006: 131). Die Gründe liegen in der Ausweitung der globalen Konsumentenklasse sowie in der weiteren Steigerung der Konsumansprüche, was zu →Reboundeffekten führt. Dies gilt auch für Österreich, wie die Studie „Ressourcennutzung in Österreich“ (BMLFUW 2015) zeigt.

#### Literatur:

Jäger, Jill (2006): Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit. Frankfurt/M.

BMLFUW 2015: Ressourcennutzung in Österreich. Wien

## DEMATERIALISIERUNG

Unter Dematerialisierung wird die radikale Reduzierung des Materialverbrauchs weltweit auf ein Maß verstanden, das zukunftsfähig ist, das also mit großer Wahrscheinlichkeit die Ökosphäre nicht langfristig schädigt, und das in einem Zeitraum von einigen Jahrzehnten. Gefordert werden Reduzierungen des Materialverbrauchs um den Faktor Fünf (Weizsäcker u.a. 2009) bis zum Faktor Zehn (Schmidt-Bleek 2006). In dem Projekt „Faktor X“ werden Dematerialisierungs-Notwendigkeiten und entsprechende Ansätze dargestellt (Faktor X, o. J.).

Bislang ist die Dematerialisierung des Wirtschaftens nur in Ansätzen gelungen. Effizienzsteigerungen bei einzelnen Produktionsprozessen sowie in Bezug auf den Ressourcenverbrauch pro Einheit Wertschöpfung stehen unverhältnismäßig große Wachstumssteigerungen gegenüber, die die Effizienzgewinne wieder zu Nichte machen (→Reboundeffekte).

### Literatur & Links:

*Faktor X* (o. J.): [www.faktor-x.info/](http://www.faktor-x.info/)

*Schmidt-Bleek*, Friedrich (2006): "Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen". Frankfurt.

*Weizsäcker u.a.* (2009): *Factor Five* (mit Charlie Hargroves und M. Smith). London: Earthscan

## REBOUNDEFFEKTE

Beschreiben das Phänomen, dass Effizienzsteigerungen sowie ressourcensparende Produkte und Dienstleistungen durch Mehrkonsum in anderen Bereichen oder Zusatzleistungen wieder aufgesogen werden. Als Beispiele gelten effizientere, treibstoffsparendere Fahrzeugmotoren, deren Einsparung durch mehr Fahrkilometer sowie durch aufwändige neue Autoaccessoires aufgewogen werden, oder durch Wärmedämmung eingesparte Heizkosten, die nun in weitere Fernflüge investiert werden können (**Santorius 2012**).

### Literatur:

*Santorius*, Tilman (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. <http://www.santarius.de/wp-content/uploads/2012/03/Der-Rebound-Effekt-2012.pdf>

## OBSOLESZENZ, GEPLANTE

Der Begriff stammt aus dem Lateinischen und ist mit „Abnutzung, Altwerden“ zu übersetzen. Geplante Obsoleszenz beschreibt das Phänomen, dass Hersteller Produkte bewusst auf eine beschränkte Gebrauchsdauer hin konzipieren, um rascher Neugeräte absetzen zu können. Beispiele wären Waschmaschinen oder Autos mit störanfälligen Innenteilen, Drucker mit begrenzter Druckkapazität oder PCs, an denen keine neue Software installiert werden kann. In Deutschland wurden einschlägige Studien erstellt (**Schridde 2014, Kreiß 2014**), die Homepage „Murks, nein danke“ (o. J.) stellt Beispiele vor und bittet um Erfahrungsberichte von KonsumentInnen. Überdies soll ein „Murkseum“ eingerichtet werden, in dem Produkte mit geplantem Verschleiß ausgestellt werden.

Nachzuweisen ist geplante Obsoleszenz schwer. Die Unternehmen sprechen von „optimaler Lebensdauer“ und verweisen auf das Kosten-/Preisverhältnis von Produkten. Die genannten Studien haben jedoch zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit sowie des Konsumentenschutzes beigetragen. Auswege wären verlängerte gesetzliche Garantiefrieten, Gütesiegel für reparaturfähige Produkte sowie der Übergang vom Besitzen zu Leasingmodellen.

Eine Sonderform des frühzeitigen Verschleißes stellt die kulturelle O. dar. Darunter wird die Strategie von Unternehmen verstanden, Produkte rasch als veraltet darzustellen, um die jeweils neuen Modelle an den Mann/die Frau zu bringen.

### Literatur & Links:

*Kreiß*, Christian (2014): Geplanter Verschleiß. Wie die Industrie uns zu immer mehr und immer schnellerem Konsum antreibt - und wie wir uns dagegen wehren können. Wien

*Murks, nein danke* (o. J.): [www.murks-nein-danke.de/murksmelden](http://www.murks-nein-danke.de/murksmelden)

*Schridde*, Stefan (2014): *Murks. Nein danke. Was wir tun können, damit die Dinge besser werden.* München

## ÖKOLOGISCHER FUSSABDRUCK

Um den Verbrauch natürlicher Ressourcen erfassen zu können, wurden unterschiedliche Indikatorensysteme entwickelt. Neben dem →ökologischen Rucksack hat dabei der ökologische Fußabdruck die größte Breitenwirksamkeit erzielt. Er wurde bereits 1994 von den Wissenschaftlern William Rees und Mathis Wackernagel entwickelt und richtet den Fokus auf den Verbrauch natürlicher, nachwachsender Rohstoffe. Vom Global Footprint Network werden die bioproduktiven, also fruchtbaren Flächen (Biokapazität) der Erde erhoben. Diesen wird der Verbrauch (Fußabdruck) nach Ländern, Kontinenten und für die Welt insgesamt gegengerechnet.

Der ökologische Fußabdruck setzt sich aus dem Flächenverbrauch für Ernährung, Wohnen, Mobilität und Konsum inkl. öffentlicher Leistungen zusammen. Dem realen Flächenverbrauch wird als virtuelle Fläche der sogenannte Klima- oder CO<sub>2</sub>-Fußabdruck hinzu addiert. Berechnet wird dieser aus jener Fläche an Wald, die nötig wäre, um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch unser Wirtschaften und Leben wieder zu binden (ca. 2400 Quadratmeter Wald pro Tonne CO<sub>2</sub>). Der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck macht in den Wohlstandsländern mittlerweile zwei Drittel des Ökologischen Fußabdrucks aus. So erklärt sich, dass der →World Overshoot Day, jener Tag des Jahres, an dem die nachwachsenden Ressourcen aufgebraucht sind, mittlerweile im August liegt und wir aber dennoch weiterleben.

Nicht erfasst werden vom Ökologischen Fußabdruck der Verbrauch abiotischer Ressourcen wie Erze, die Ausbringung gefährlicher Substanzen oder die Risiken der Atomenergie. Nicht weil diese Aspekte den Erfindern nicht bewusst gewesen sind, sondern weil sie ein wissenschaftlich konsistentes Messverfahren einhalten wollen, das sich ausschließlich auf die erneuerbaren Ressourcen und die dafür verfügbaren Flächen einschließlich des Klimawandels bezieht (Holzinger 2012: 82).

Wackernagel selbst sieht im Ökologischen Fußabdruck vor allem ein Kommunikationsinstrument, das nicht moralisiert, sondern mit Fakten argumentiert und zeigen soll: „Es lohnt, sich auf eine ressourcenlimitierte Welt vorzubereiten.“ (Wackernagel 2010: 66).

Der Ökologische Fußabdruck für Österreich wird von der „Plattform Footprint“ erhoben. Diese hat auf der Basis wissenschaftlicher Recherchen (Austrian Footprint Calculator) einen Fußabdruck-Rechner entwickelt, mit dem jedeR seinen/ihren persönlichen Öko-Fußabdruck eruieren kann (Plattform Footprint o. J.)

Die internationalen Daten werden alle zwei Jahre in dem vom Global Footprint-Network gemeinsam mit dem WWF herausgegebenen „Living Planet Report“ (zuletzt 2014) erfasst, der über den globalen Öko-Fußabdruck sowie jenen der einzelnen Länder Auskunft gibt. Zudem wird der nicht weniger brisante „Wasserfußabdruck“ aller Länder ausgewiesen. Erhoben wird nicht nur der Wasserverbrauch im Inland, sondern auch der „virtuelle Wasserverbrauch“, der für importierte Güter, z. B. Baumwolltextilien anfällt. Dieser virtuelle Wasserfußabdruck macht in Wohlstandsländern mittlerweile zwei Drittel des Wasserverbrauchs aus (WWF 2014).

Die Qualität der Böden, die Verfügbarkeit von Wasserreserven sowie der Zustand der Meere gelten als jene Bereiche, die für die Welternährung die größte Bedeutung haben. Leider ist es um diese Umweltmedien nicht am besten bestellt, die Degradation nimmt zu, was dazu führt, dass die Fruchtbarkeit des Planeten, also dessen „Bioka-

pazität“ abnimmt, während die Bevölkerung weiter wächst (Heinrich-Böll-Stiftung 2015, Hutter u.a.: 122ff, Latif 2014, Marlow 2014).

### Literatur & Links

*Global Foot Print Network*: [www.footprintnetwork.org/de/](http://www.footprintnetwork.org/de/)

*Heinrich-Böll-Stiftung* (2015) Bodenatlas. Berlin

*Holzinger, Hans* (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg

*Hutter, Claus-Peter u. a.* (2012): Grundkurs Nachhaltigkeit. Für Einsteiger und Fortgeschrittene. München

*Latif, Mojib* (2014): Das Ende der Ozeane. Warum wir ohne die Meere nicht überleben werden. Freiburg

*Marlow, Maude* (2014): Blaue Zukunft. Das Recht auf Wasser und wie wir es schützen können. München

*Plattform Foot Print*: [www.footprint.at/](http://www.footprint.at/)

*WWF* (2014): Living Planet Report. [www.wwf.at/de/living-planet-report-2014/](http://www.wwf.at/de/living-planet-report-2014/)

*Wackernagel, Mathis; Beyers, Bert* (2011): Der Ecological Footprint. Die Welt neu vermessen. Hamburg

## ÖKOLOGISCHER RUCKSACK

In „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ werden Stoffflüsse und Energieverbrauch von Volkswirtschaften erfasst (Meyer 2010, Hinterberger 2009). Für die Erfassung des Materialverbrauchs, die insbesondere für Unternehmen im produzierenden Sektor aufschlussreich sind, wurde der Ökologische Rucksack entwickelt. Ausgedrückt wird damit der gesamte Materialverbrauch, der in Produkten steckt und von Unternehmen oder Volkswirtschaften inklusive der Emissionen verursacht wird.

Der Begriff „ökologischer Rucksack“ wurde im Jahr 1994 von Friedrich Schmidt-Bleek (2009) entwickelt, um sein MIPS-Konzept (Material-Input pro Einheit Service) zu erläutern. MIPS liegt der Gedanke zu Grunde, dass hinter Gütern in der Regel Dienstleistungen stehen. Daher muss der „Rucksack“ für diese Dienstleistungen berechnet werden. Die Dienstleistung des Autos liegt im Service Mobilität. Berechnet wird nun, wie viel Materialinput für eine bestimmte Menge Fahrkilometer benötigt wird (hochgerechnet von der Gesamtfahrleistung des Autos). Als Materialverbrauch gilt aber nicht nur die Tonne Eigengewicht des Autos, sondern der gesamte Input für die Produktion, etwa für die Gewinnung der Metalle, sowie für den Gebrauch des Autos, den Treibstoff und die beim Fahren verursachten Emissionen. Selbst das Wasser für das Waschen des Fahrzeugs wird eingerechnet. MIPS ermöglicht so den Vergleich der Materialintensität unterschiedlicher Weisen, Bedürfnisse zu befriedigen, etwa den Service Mobilität bei PKW und Straßenbahn, Zug oder Flugzeug (Schmidt-Bleek 2006). Nach Schmidt-Bleek schleppt jedes Kilogramm Industrieprodukte bei uns im Durchschnitt etwa 30 Kilogramm Natur mit. Ein Auto, das selbst 1 Tonne wiegt, soll einen Öko-Rucksack von bis zu 20 Tonnen aufweisen. Das bedeutet, dass heute weniger als zehn Prozent der in der Natur bewegten Materialien letztlich in nutzbringende Industrieprodukte verwandelt werden. Als Lösung fordert Schmidt-Bleek eine Dematerialisierung der Wirtschaft um den Faktor 10 (Lexikon der Nachhaltigkeit, o. J.,).

Der Ökologische Rucksack verweist auf die Materialintensität unserer Konsumgesellschaften. Anders als der →Ökologische Fußabdruck erfasst er auch nichterneuerbare Ressourcen, deren Begrenztheit mit dem Begriff →Peak Everything ausgedrückt

wird. Eine Schwäche der Berechnung liegt in dem Umstand, dass alle Materialien gleich unabhängig von ihrer Wertigkeit zusammengezählt werden. Abraum wird etwa gleichgewichtet wie das daraus gewonnene Erz oder die hochgiftigen Stoffe, die bei der Rohstoffschlürfung entstehen. Hierfür sind Bestands- und Stoffstromanalysen für einzelne Rohstoffe nötig.

#### Literatur & Links:

*Lexikon der Nachhaltigkeit*: Ökologischer Rucksack. [https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/schmidt\\_bleek\\_mips\\_konzept\\_971.htm](https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/schmidt_bleek_mips_konzept_971.htm)

Meyer, Bernd (2010): Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden? Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Frankfurt

Hinterberger, Fritz (2009): Ökologischer Rucksack - globale Ressourcenflüsse und Österreich. In: Altner u.a.: Jahrbuch Ökologie 2009. Stuttgart

Schmidt-Bleek, Friedrich (2006): Nutzen wir die Erde richtig? Die Leistungen der Natur und die Arbeit des Menschen. Frankfurt/M.

## WELTERSCHÖPFUNGSTAG

Der World Earth Overshoot Day („Welterschöpfungstag“) ist in einer jährlichen Kampagne der Organisation Global Footprint Network ein bestimmter Tag des Jahres, an dem die menschliche Nachfrage an natürlichen Ressourcen die Kapazität der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen übersteigt. Das jeweilige Datum des Jahres wird berechnet, indem man den globalen →ökologischen Fußabdruck (die menschliche Nachfrage an natürlichen Ressourcen innerhalb dieses Jahres) zur gesamten globalen Biokapazität (die Anzahl global generierter natürlicher Ressourcen innerhalb dieses Jahres) in ein rechnerisches Verhältnis setzt. Das Ziel der entsprechenden Kampagne ist es, die Grenzen der natürlichen Ressourcen ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Der Welterschöpfungstag fiel 2015 auf den 13. August. Somit lebt die Menschheit ab dem 13. August bis zum Jahresende 2015 über ihre Verhältnisse – sozusagen auf Pump. Im Moment beansprucht die Menschheit bereits so viele Ressourcen, dass es 1,6 Erden bedürfte, um diese nachhaltig bereit zu stellen. Bei bestehenden Trends wird die ökologische Schuld um 2030 bereits einen ganzen zusätzlichen Planeten ausmachen.

#### Links:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Earth\\_Overshoot\\_Day](https://de.wikipedia.org/wiki/Earth_Overshoot_Day)

<http://www.footprint.at/index.php?id=overshoot2015>

## PEAK OIL / PEAK EVERYTHING

Unter dem Begriff Peak Oil (Ölfördermaximum, Oil Depletion Point) versteht man den Zeitpunkt, ab dem die Ölförderung ihr Maximum erreicht hat. Beschrieben wird jener Zeitpunkt, ab dem der bisherige Verbrauch die noch verfügbaren Reserven übersteigt. Er ist also nicht identisch mit dem Ende der Ölreserven. Wenn der globale Peak von Erdöl erreicht sein wird, gibt es immer noch riesige Mengen Öl im Boden – genau so viel wie seit dem Beginn der kommerziellen Gewinnung im Jahr 1859 bis zum Peak gefördert sein wird.

Der britische Geologe Colin Campbell hat im Jahr 2002 die Association for the Study of Peak Oil and Gas, kurz ASPO, gegründet. 2006 wurde in Deutschland eine eigene Sektion geschaffen. ASPO DEUTSCHLAND möchte auf die Konsequenzen des Fördermaximums von Öl und Gas aufmerksam machen, und dadurch helfen, Deutschland auf diese Herausforderung besser vorzubereiten (ASPO, o. J.).

In den USA gilt Richard Heinberg vom Post Carbon Institute als wichtiger Experte im Bereich „Peak Everything“, der seit vielen Jahren eine bedeutende Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft aufgrund sich verteuender Ressourcen prognostiziert (Heinberg 2012).

Mit Peak Everything wird beschrieben, dass nicht nur Ölvorräte, sondern alle Rohstoffe begrenzt sind und somit ein Fördermaximum aufweisen. Beides – das Überschreiten der Fördermaxima sowie das Ende von Vorräten – lassen sich nicht exakt vorhersagen, da noch immer neue Vorräte bzw. Fördertechniken (wie Schiefergas/-öl) entdeckt werden. Und wie lange die Ressourcen zur Verfügung stehen werden, hängt auch von der Unsicherheit von globalen Verbrauchsprognosen ab.

In Österreich gab es zuletzt mehrere Projekte, in denen sich ExpertInnen mit den begrenzten Rohstoffvorräten auseinandergesetzt haben. Das vom Österreichischen Klima- und Energiefonds geförderte Forschungsprojekt „Save our Surface“ untersuchte Voraussetzungen und Folgen vermehrter Biomasse-Nutzung im Zuge des Schwindens nichterneuerbarer Ressourcen (Umweltbüro Klagenfurt/SOS, o. J.). Eines der Ergebnisse verweist auf die Verknappung des global verfügbaren Kunstdüngers, der zu einer Umstellung auf naturangepasste Anbaumethoden zwingen könnte. Bei der Tagung „Re-Source 2014“ des Österreichischen Umweltbundesamtes sowie bei der 2012 an der Leobener Montanuniversität durchgeführten „European Mineral Resources Conference“ wurde u.a. auf neue Formen der Rohstoffhaltung etwa durch Urban Mining Bezug genommen (Weber/Stiftner, Hg. 2013). Einen Überblick über Stoffströme und Materialverbrauch gibt die Studie „Ressourcennutzung in Österreich“ (BMLFUW 2015).

Wie umstritten das „Peak“-Konzept bei den Rohstoffkonzernen ist, zeigt exemplarisch die Aussage des OPEC Generalsekretärs Abdalla Salem El-Badri bei der Tagung an der Leobener Montanuniversität: „Alle Energieformen verzeichnen steigende Verbrauchszahlen, wobei die fossilen Brennstoffe, die derzeit 87 Prozent des weltweiten Energieangebots ausmachen, 2035 immer noch 82 Prozent ausmachen werden. Während einige immer noch das globale Fördermaximum beschwören, entdeckt die Branche täglich neue Vorkommen.“ (Abdalla Salem El-Badri 2013: 24)

#### Literatur & Links:

ASPO (o. J.): Association for the Study of Peak Oil. <http://aspo-deutschland.blogspot.co.at/>

BMLFUW 2015: Ressourcennutzung in Österreich. Wien

El-Badri, Abdalla Salem (2013): Die künftige Entwicklung der Ölmärkte: Was sie bringt und was sie bedeutet. In: Weber u.a.: Rohstoffe sind Zukunft. Wien, 21-30

Heinberg, Richard (2012): Jenseits des Scheitelpunkts. Aufbruch in das Jahrhundert der Ressourcenerschöpfung. Leipzig

Umweltbüro Klagenfurt (o. J.): Projekt Save our Surface. [www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/](http://www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/)

Weber/Stiftner, Hg. (2013): Weber, Leopold u.a.: Rohstoffe sind Zukunft. Bd. 1 und 2. Wien



## NEUANSÄTZE

---

**BLUE ECONOMY » CRADLE TO CRADLE » GREEN ECONOMY » KRITIK AN DER GREEN ECONOMY » KLIMABÜNDNIS-BETRIEBE » CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY » ISO 26000 » DEUTSCHER NACHHALTIGKEITSKODEX » GLOBAL REPORTING INITIATIVE » CSR-TOOLS VON RESPACT » SOCIAL ENTERPRENEURSHIP » NEUE WOHLSTANDSMESSUNG » POSTWACHSTUMSÖKONOMIE » SUFFIZIENZ » RESILIENZ GEMEINWOHL-ÖKONOMIE & GEMEINWOHLBILANZ » SOLIDARISCHE ÖKONOMIE » CROWDFINANCING » GRUNDEINKOMMEN » REGIONALWIRTSCHAFT » RESILIENZ » ZWEITWÄHRUNGEN**

### BLUE ECONOMY

Gegründet und vertreten u.a. von dem Club of Rome-Mitglied und Unternehmer **Gunter Pauli (2010)**. Blau hat dabei symbolische Bedeutung und bezieht sich auf die Farbe des Ozeans, des Himmels und der Erde, wenn sie vom Weltall aus betrachtet werden. Gesucht und vorgestellt werden Lösungen für Produkte bzw. Dienstleistungen, die der Natur angepasst bzw. von dieser abgeschaut sind. Gesprochen wird von „systemisch kaskadierenden Geschäftsmodellen“. Die Überzeugung dahinter: „Die Natur bietet Raum für Unternehmen und Menschen, die mehr aus weniger herstellen.“ (**Blue Economy, o. J.**) Auf der Homepage werden solche innovativen Lösungen gesammelt und verbreitet. So wird etwa die Rückgewinnung von Metallen aus Elektronikgeräten mittels Mikroben oder die Installation von Windrädern auf Häusern oder Strommasten vorgeschlagen. Als bekanntes Beispiel gilt der Vorschlag, Kaffeesud nicht wegzuworfen, sondern als Nährstoff für die Züchtung von Pilzkulturen zu verwenden. Nach der Ernte der Pilze würde das an Aminosäuren reiche Restprodukt als Futterquelle für Hühner dienen – eine klassische Kaskadennutzung. Zudem sollen aus der Natur abgeschaute physikalische Prozesse genutzt werden. So haben sich beispielsweise Forscher von Zebras und der Bauweise von Termitenhügeln abgeschaut, wie Gebäude mit Hilfe von Druck- und Temperaturdifferenzen natürlich belüftet und dadurch Betriebskosten gesenkt werden können (**Pirgmeier 2012: 23f**). Die ursprüngliche Idee war die 100 besten von der Natur inspirierten Technologien in den Bereichen Wasser, Energie, Bauwesen und Ernährung zu sammeln. Diese wurden in einem Buch veröffentlicht. Nun werden weitere Ideen aufbereitet. Die Blue Economy Alliance stellt das Wissen zu diesen Innovationen als Open Source auf einer elektronischen Plattform zur Verfügung und unterstützt deren Umsetzung in Geschäftsmodelle.

Der Ansatz ist spannend, da systemische Lösungen angestrebt und ErfinderInnen aus aller Welt eingeladen werden, ihre „Blue Ideas“ zu übermitteln. Die Nagelprobe wird freilich die Marktfähigkeit der Ideen sein, denn nur so werden sich diese durchsetzen.

#### Literatur & Links

*Blue Economy Alliance:* [www.blueeconomy.de](http://www.blueeconomy.de)

*Pauli, Gunter (2010):* The Blue Economy. Summary for UNEP.

[http://www.unep.org/pdf/OP\\_Feb/EN/OP-2010-02-EN-ARTICLE7.pdf](http://www.unep.org/pdf/OP_Feb/EN/OP-2010-02-EN-ARTICLE7.pdf)

*Pirgmeier, Elke (2013):* Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Wien.

Download: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at)

## CRADLE TO CRADLE/C2C

Wurde 2002 von Michael Braungart, einem deutschen Chemiker, und William McDonough entwickelt (Braungart / McDonough 2013). Es bedeutet in Abhebung von Öko-Bilanzen, die Produkte oder Dienstleistungen „von der Wiege bis zur Bahre“ erfassen, so viel wie „von der Wiege bis zur Wiege“. Vorbild ist der Kreislauf in der Natur, in der es keine Müllproduktion gibt.

Die Kreislaufwirtschaft von C2C basiert auf drei Erkenntnissen, die sich aus der Beobachtung der Natur ableiten. Der Mensch sei das einzige Lebewesen, das Abfall erzeugt. Im biologischen Kreislauf ist Abfall gleich Nährstoff. Bei C2C-Produkten werden Materialien daher so gewählt, dass sie biologisch oder technisch wiederverwendbar sind. Zweitens basiert C2C auf Sonnenenergie als zentraler Energiequelle. Drittens wird auf Diversität als Basis für erhöhte Resilienz geachtet.

Die von Braungart gegründete Environmental Protection Encouragement Agency (EPEA, o. J.) zertifiziert Unternehmen, die Produkte nach dem C2C-Prinzip produzieren. Gesprochen wird nicht von Recycling, sondern von „Upcycling“. In Österreich ist etwa das Medienhaus Gugler zertifiziert. Das Unternehmen Erdal mit Sitz in Hallein bei Salzburg, Teil der international agierenden Werner & Mertz Gruppe, wurde 2015 C2C-zertifiziert.

Einschätzung: Die Idee ist bestechend, doch leider weit entfernt von der gegenwärtigen Realität des Produzierens. Neben den noch immer zu billigen Rohstoffen, die Wiederverwertung nur begrenzt ökonomisch als rentabel erscheinen lassen, liegt der Haken vor allem in der ungemeinen Vielzahl von Misch-Werkstoffen und Verbindungen, die eine erneute Wiederverwertung bei Erhalt der Qualität der Rohstoffe unmöglich machen. Die Autoren belegen dies selbst am Beispiel eines Kunststoffgriffes eines Möbelstücks, der an die 40 Substanzen enthält.

Die Kritik an C2C richtet sich auch an dem propagierten Prinzip des „Intelligent verschwenden“. Mit ihren Seitenhieben auf den „Ökologismus“, der Einschränkung und Verbote predige und kein positives Zukunftsbild vermittele, sind die Autoren Wasser auf den Mühlen all jener, die sich gegen höhere Umweltstandards und eine Verteuerung der Ressourcen wehren (beides geht nur auf politischem Weg). Und in dem sie uns versprechen, dass wir unseren materiellen Konsum keineswegs einschränken müssen (es gehe ja um intelligente Verschwendung), finden sie breiten Anklang in Wirtschaftskreisen, die nichts mehr fürchten als die Schmälerung ihrer Gewinne.

Cradle to Cradle ist vom Ansatz her richtig, doch kapitalistisches Wirtschaften folgt den Gesetzen des Profits – das Konzept dient daher, so ist zu befürchten, vor allem als Feigenblatt und Aufrechterhaltung der Illusion, dass wir unser Wachstumsmodell einfach fortschreiben können. C2C-Lösungen können in Nischen Alternativen anbieten. Wichtig wird aber auch sein, Produkte wieder reparierfähig zu designen (Anreize wären Rücknahmegebühren für Altgeräte oder ein Siegel für Reparaturfreundlichkeit) und bedeutend weniger zu produzieren und konsumieren (→ Suffizienz, → Postwachstumswirtschaft). Konsequenterweise müsste das C2C-Prinzip verpflichtend für alle Produktionsprozesse vorgeschrieben werden, was eine Zero-Waste-Economy bedeuten würde – ein Unterfangen, das freilich am Widerstand der Industrie scheitert, da ein großer Teil der heutigen Produkte vom Markt genommen werden müsste.

### Literatur & Links

Braungart, Michael, McDonough, William (2013): Intelligente Verschwendung. The Upcycle. Auf

dem Weg in eine neue Überflussgesellschaft. München  
EPEA (o. J.): <http://epea-hamburg.org/de>

## GREEN ECONOMY/GREEN JOBS

Bezeichnet jene Sektoren der Wirtschaft, die an der Lösung von Umweltherausforderungen arbeiten und damit Umsätze, Arbeitsplätze und Gewinne generieren. Der Begriff stammt aus dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP 2011). Eine genaue Definition und Abgrenzung existiert nicht. Dazu gezählt wird etwa die Erzeugung erneuerbarer Energieträger, aber auch die Entwicklung neuer Umwelttechnologien. In der EU-Strategie „Agenda 2000“ ist die Rede von Millionen zusätzlichen Green Jobs, die durch entsprechende wirtschafts- und beschäftigungspolitische Maßnahmen geschaffen werden sollen. Im österreichischen Masterplan ist von 100.000 zusätzlichen Jobs in der Umweltwirtschaft bis 2020 die Rede (Forum Umweltbildung 2013).

Zu den Verfechtern der Green Economy zählt etwa Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, der in „Intelligent wachsen“ (Fücks 2013) zahlreiche Beispiele für grünes Wachstum etwa in den Bereichen Landwirtschaft, Energieerzeugung oder Green Cities anführt. Für Österreich hat das WIFO in einer Studie hochgerechnet, dass durch die geplanten Investitionen in den Klima- und Energiemodellregionen (KEM) ab 2020 eine Verdoppelung der Wertschöpfungszuwächse erreichen ließen. Die Investments würden in den KEM-Regionen circa 16.000 zusätzliche Arbeitsplätze im konservativen Szenario und sogar bis zu 40.000 Beschäftigte im ambitionierten (deutlich höhere Investitionen) bringen, ein außertourlicher Zuwachs von 0,4 bis 0,9 Prozent (WIFO 2015). Stephan Schulmeister (2015) fordert in seinem „New Deal“ für Europa ebenfalls massive Investitionen in die thermische Sanierung von Gebäuden.

Bekannte politische Vertreter einer Green Economy sind z. B. die Vereinten Nationen (UNEP 2014, 2015), die OECD oder die EU. 2014 veröffentlichten die Vereinten Nationen den Expertenbericht „Better Growth, better Climate“. Die Botschaft: Der technologische Wandel schafft Möglichkeiten, um die Wirtschaft zu beleben und den Klimawandel zugleich einzudämmen: „The next 15 years will be critical, as the global economy undergoes a deep structural transformation that will determine the future of the world’s climate system. It will not be ‚business as usual‘. The global economy will grow by more than half, a billion more people will come to live in cities, and rapid technological advance will continue to change businesses and lives. Low-carbon and climate-resilient growth is possible. The capital for the necessary investments is available, and the potential for innovation is vast. What is needed is strong political leadership and credible, consistent policies.“

Auf umweltverträgliches Wachstum setzt auch die OECD, weil „irgendwann das Stadium erreicht ist, ab dem der Verbrauch von Naturkapital negative Auswirkungen auf das Gesamtwachstum hat“. 2011 wurde eine Strategie, mit der Wachstum und Umweltbelastung entkoppelt werden könne, unter dem Titel „Auf dem Weg zu einem umweltverträglichen Wachstum“ (OECD 2011) veröffentlicht. Oberstes Ziel sei die Schaffung eines Rahmens von Anreizen und Institutionen, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen, indem sie:

- das Ressourcenmanagement verbessern und die Produktivität steigern;
- eine Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit im Interesse größtmöglicher langfristiger Vorteile für die Gesellschaft fördern;

- zur Entwicklung neuer Methoden zur Erfüllung dieser beiden Ziele führen – d.h. zu Innovation.

Zu den wesentlichen Maßnahmen, um (Märkte für) umweltfreundliche Innovationen zu fördern, zählt die OECD Umweltsteuern (auch zur steuerlichen Entlastung von Arbeits- und Unternehmenseinkommen), Vorschriften, Technologieförderungen, Selbstverpflichtungen oder auch marktbasierende Maßnahmen, wobei sie „nicht in allen Situationen“ als „optimale Lösung“ bezeichnet werden.

Grünes Wachstum strebt auch die Europäische Kommission an. Sie hat 2014 mit zahlreichen Vorschlägen aufgezeigt, wie Europa die Transformation zu einer grünen, energie- und ressourceneffizienten Wirtschaft schaffen kann. Neben höheren Recyclingzielen und dem Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft gehören dazu auch eine Initiative zur „grünen Beschäftigung“, die Förderung des grünen Unternehmertums für kleine und mittlere Unternehmen in der EU und Vorschläge für mehr Ressourceneffizienz im Gebäudesektor. „Der Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft“, heißt es in einer Mitteilung der Kommission, „ist das Herzstück der Agenda für Ressourceneffizienz, die mit der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum aufgestellt wurde.“ (Europäische Kommission 2014a)

„Europa 2020“ ist die auf zehn Jahre angelegte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union aus dem Jahr 2010. Als Nachfolgestrategie der Lissabon-Strategie gibt sie die Eckpunkte der wirtschaftspolitischen Agenda für die Jahre 2010 bis 2020 vor. Es geht dabei, so die Kommission, nicht nur um die Überwindung der aktuellen Wirtschaftskrise, sondern auch darum, „Mängel unseres Wachstumsmodells zu beheben und die Grundlagen für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu schaffen.“ Bis 2020 will die EU fünf Kernziele erreichen, die sich auf die Bereiche Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima/Energie, Bildung, soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung beziehen (Europäische Kommission 2014b). Der Punkt Klima/Energie umfasst folgende Ziele:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent (oder sogar um 30 Prozent, sofern die Voraussetzungen hierfür gegeben sind) gegenüber 1990;
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent;
- Steigerung der Energieeffizienz um 20 Prozent.

### Literatur & Links

*Europäische Kommission (2014a):* Kommission weist Weg für grünes Wachstum und Ressourceneffizienz. [http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr\\_releases/12517\\_de.htm](http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12517_de.htm)

*Europäische Kommission (2014b):* Europa 2020. [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/index_de.htm)

*Forum Umweltbildung (2013):* Nachhaltiges Wirtschaften im (Übungs-)Unterricht. Wien.

*Fücks, Ralf (2013):* Intelligent wachsen. Die grüne Revolution. München

*Herrmann, Ulrike (2015):* Der schwierige Übergang. Der Kapitalismus ist zerstörerisch, und für den <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/zukunft-nachhaltiges-wachstum-ist-eine-illusion-77279.html>

*OECD (2011):* Auf dem Weg zu einem umweltverträglichen Wachstum. <http://www.oecd.org/greengrowth/48634136.pdf>

*Schulmeister, Stephan (2015):* Kapitalismus ohne Wachstum geht nicht. [http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage\\_schulmeister/files/Schulmeister\\_ohne\\_Wachstum\\_QART\\_2.pdf](http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/fileadmin/homepage_schulmeister/files/Schulmeister_ohne_Wachstum_QART_2.pdf)

*UNEP (o. J.):* Green Economy. <http://www.unep.org/greeneconomy/>

*UNEP (2014):* Better Growth Better Climate. <http://2014.newclimateeconomy.report/>

*WIFO (2015):* Klima- und Energiemodellregionen Effekte im Energiesystem und in der (regiona-

len) Wirtschaft. Claudia Kettner (Projektleitung). [http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=58383&mime\\_type=application/pdf](http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58383&mime_type=application/pdf)

## KRITIK AN DER GREEN ECONOMY

Ein zentraler Kritikpunkt lautet, dass die Diskussion über ein nachhaltiges Wachstum die Notwendigkeit eines radikalen Wandels beiseiteschiebt zugunsten eines komfortables Weiter-So.

Der Ökonom Tim Jackson rechnet vor: „Wie aber sähe eine Welt aus, in der geschätzte neun Milliarden Menschen den gleichen materiellen Wohlstand erreichen wie in den OECD-Ländern? Dazu müsste die Wirtschaft im Jahr 2050 fünfzehnmal so groß sein wie heute (und fünfundsechzigmal so groß wie 1950), am Ende des Jahrhunderts aber vierzigmal so groß wie heute (und zweihundertmal so groß wie 1950). Wie um alles in der Welt soll so eine Wirtschaft aussehen?“ (Jackson 2011, 34f.)

Ulrike Herrmann (2015) bezeichnet es nur als eine Hoffnung, dass sich Wachstum und Rohstoffverbrauch entkoppeln lassen, indem die Effizienz gesteigert wird. Zwar hat es diesbezüglich in den letzten Jahrzehnten erhebliche Fortschritte gegeben – der Energieverbrauch pro Wareneinheit ist halbiert worden –, die Umweltbelastung wurde aber aufgrund der →Reboundeffekte (Bumerangeffekte) nicht entlastet. Ein Beispiel: 1974 wog ein VW Golf noch 750 kg. Ein aktuelles, effizienteres Modell hingegen wiegt 1,5 Tonnen. D.h., es ist bisher nur zu einer relativen, nicht aber zu einer absoluten Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch gekommen. Der Ökonom Niko Paech (2014) ist überzeugt, dass sich daran auch nichts ändert, wenn in ein „qualitatives Wachstum“ investiert wird: „Selbst wenn ich nur Krankenschwestern, Lehrer, Altenpfleger einstelle, klingt das erst mal nach rein qualitativem Wachstum. Aber was machen die Krankenschwestern, Lehrer, Altenpfleger dann mit ihrem Geld? Sie kaufen Autos, reisen in die Karibik, wollen das neue iPhone.“ (n. Brauck u.a. 2014) Für Herrmann sind daher alle Konzepte eines nachhaltigen Wachstums „Mogelpackungen, weil es in Wahrheit kein Wachstum mehr gäbe, sondern mehr Nachhaltigkeit. Die richtige Bezeichnung wäre also ‚wachsende Nachhaltigkeit‘.“ (Herrmann 2015)

Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, bezeichnet nachhaltiges Wachstum als „Illusion“: „Nehmen wir die Energiewende. Wir könnten zwar rein technisch die Wirtschaft innerhalb von 30 Jahren komplett auf regenerative Energien umstellen. Das verlangt jedoch zunächst erhebliche Investitionen an Material und Energie – und danach säßen wir in der gleichen Falle wie zuvor, solange wir auch mit grüner Energie immer neues Wachstum produzieren müssten. Wie der Ökonom Niko Paech sagt: Das Geld, das wir mit grünem Wachstum verdienen, müssten wir zu Gartenerde kompostieren, damit es kein neues Unheil anrichtet. Wachstum, gleich welcher Farbe, bedeutet erhöhten Ressourcenverbrauch. Grünes Wachstum ist ein Widerspruch in sich.“ (Klingholz 2014b)

### Literatur & Links

Brauck, Markus u.a. (2014): „Überfluss am Überdruß“, Der Spiegel 14/2014. <http://magazin.spiegel.de/EpubDelivery/spiegel/pdf/126267968>

Herrmann, Ulrike (2015): Der schwierige Übergang. Der Kapitalismus ist zerstörerisch, und für den Ausstieg gibt es keinerlei Plan. In: Le Monde diplomatique: Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr. Berlin, S. 104-107

Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München

Klingholz, Reiner (2014a): Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung. Frankfurt

Klingholz, Reiner (2014b): „Nachhaltiges Wachstum ist eine Illusion“, GEO 3/2014. <http://www.geo.de/GEO/natur/oekologie/zukunft-nachhaltiges-wachstum-ist-eine-illusion-77279.html>

## KLIMABÜNDNIS-BETRIEBE

Das Klimabündnis ist eine globale Partnerschaft zum Schutz des Klimas und verbindet mittlerweile über 1.600 Gemeinden in 24 Ländern Europas mit indigenen Völkern in Südamerika. Die gemeinsamen Ziele sind die Verringerung der Treibhausgas-Emissionen und der Erhalt des Amazonas-Regenwaldes.

In Österreich ist das Klimabündnis das größte Klimaschutz-Netzwerk. Es ist kontinuierlich gewachsen und umfasst Klimabündnis-Gemeinden, Klimabündnis-Betriebe, Klimabündnis-Schulen & -Kindergärten sowie alle 9 Bundesländer.

Unter dem Motto „Klima schützen, Kosten sparen“ bietet das Klimabündnis ein Programm für Betriebe, die Verantwortung im Klimaschutz übernehmen und gleichzeitig Kosten sparen wollen. Bis zu 50 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen einer Gemeinde stehen in direktem Zusammenhang mit Betrieben. Klimaschutz auf lokaler Ebene ist daher dann besonders erfolgreich, wenn auch Betriebe eingebunden werden. Genau aus diesem Grund startete das Klimabündnis Österreich das Programm „Betriebe im Klimabündnis“. Seit 1996 gibt es neben Klimabündnis-Gemeinden auch Klimabündnis-Betriebe.

### → Wer kann Klimabündnis-Betrieb werden?

Jeder Betrieb / jede Organisation kann Klimabündnis-Betrieb werden, unabhängig von Branche und Größe. Von der Bäckerei über das Gastgewerbe bis zu Industriebetrieben, Handelsgeschäften, Vereinen und Pfarren.

### → Was macht man als Klimabündnis-Betrieb?

**Klima-Check:** Nach einem Infogespräch folgt die Datenerhebung. Ein/e Betriebsbehalter/in führt einen Klima-Check des Betriebsstandortes durch. Analysiert werden die Bereiche Energie, Mobilität, Motivation der MitarbeiterInnen sowie Klimagerechtigkeit. Ergebnis des Klima-Checks ist eine CO<sub>2</sub>- und Energiebilanz. Das Klimabündnis berät auch über mögliche Förderungen.

Gemeinsam werden ein Maßnahmenkatalog und ein individuelles Klimaschutz-Ziel festgelegt. Danach erfolgt die Aufnahme als Klimabündnis-Betrieb.

**Klima-Paket:** Die im Maßnahmenkatalog vereinbarten Aufgaben werden kontinuierlich umgesetzt.

### → Wie lange ist man Klimabündnis-Betrieb?

Nach 3 bzw. 5 Jahren erfolgt eine Evaluierung. Das Programm „Betriebe im Klimabündnis“ läuft ab der Aufnahme 8 Jahre. Danach kann sich der Klimabündnis-Betrieb einem weiteren Klima-Check unterziehen und sich zu neuen Klimabündnis-Zielen verpflichten.

### Link:

Klimabündnis Österreich. <http://www.klimabuendnis.at/>

## CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY/CORPORATE CITIZENSHIP

Laut Europäischer Kommission bedeutet CSR „die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft“. Es geht um Beiträge von Unternehmen zu einer nachhaltigen Entwicklung, die mehr als nur die bloße Umsetzung ihrer rechtlichen Verpflichtungen gegenüber Gesellschaft und Umwelt bedeuten. Soziale und ökologische Verantwortung müsse ins Kerngeschäft der Unternehmen integriert und fixer Bestandteil der Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse werden (Forum Umweltbildung 2013: 10). Das Austrian Business Council for Sustainable Development (o. J.) informiert über CSR-Aktivitäten in Österreich.

An der Genese des CSR-Konzepts wird kritisiert, dass die ursprünglich seitens der EU-Kommission angedachte Entwicklung konkreter Kriterien in Kooperation mit der Zivilgesellschaft letztlich durch europaweite Unternehmensverbände gekippt und als freiwillige Selbstverpflichtung von Unternehmen verabschiedet wurde (Ungericht u. a. 2008).

An der Praxis von CSR wird kritisiert, dass diese in großen Unternehmen oft allein den PR- und Marketingabteilungen zugeordnet wird, die vor allem ein positives Firmenimage kreieren sollen. Zudem könne jedes Unternehmen unabhängig davon, was es produziert, CSR betreiben. So können auch Hersteller von fossilen Energieträgern, Waffen oder Pestiziden CSR-Berichte erstellen (Forum Umweltbildung 2013: 14). Ein „Netzwerk Soziale Verantwortung“ (2012) hat sich zum Ziel gesetzt, kritisch über CSR zu berichten und auf den Missbrauch des Begriffs in Österreich hinzuweisen.

Einschätzung: Es ist wichtig, dass Unternehmen Anreize für eine sozial und ökologisch nachhaltige Ausrichtung bekommen und es ist auch legitim, dass gesetzte Maßnahmen öffentlich kommuniziert werden. Der Gefahr des Greenwashing kann jedoch – wie im Bereich der beschworenen → KonsumentInnen-Demokratie – durch verbindliche Standards für alle Unternehmen entgegnet werden, etwa nach dem Top-Runner-Prinzip: Die besten am Markt befindlichen Lösungen werden nach einer bestimmten Zeit zum verbindlichen neuen Standard für alle.

In Verwendung ist auch der Begriff der „Corporate Citizenship“, der das soziale und bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen bezeichnet. Am bekanntesten in diesem Bereich sind Sponsoringaktivitäten von Unternehmen, möglich sind aber auch weitere Formen des Engagements, etwa die Freistellung von MitarbeiterInnen für caritative Aktivitäten (Mühlböck 2012). Gearbeitet wird zudem an Lösungen für eine „integrierte Bilanzierung“ von Unternehmen, in der neben ökonomischen Parametern eben auch soziale Aspekte einfließen sollen. Mit dem „Social Return on Investment“ (SROI) wird die Berechnung der gesellschaftlichen Wertschöpfung sozialer Unternehmen und Einrichtungen verstanden (Sprinkhart Hg, 2015, vgl. a. → Gemeinwohlökonomie).

### Literatur & Links

Ashoka (o. J.): <http://ashoka-cee.org/austria/>

Mühlböck, Marisa (2012): Wirtschaftspolitik und Corporate Citizenship in Österreich. Wien

Spiegel, Peter (2015): WeQ – More than IQ. Abschied von der Ich-Kultur. München

Netzwerk Soziale Verantwortung (2012): Corporate Social Responsibility. Schein oder Nichtschein - das ist hier die Frage. [http://www.netzwerksozialeverantwortung.at/media/CSR-Brochure2012\\_screen\\_final.pdf](http://www.netzwerksozialeverantwortung.at/media/CSR-Brochure2012_screen_final.pdf)

Sprinkhart, Karl Peter (Hrsg., 2015): Nachhaltigkeit messbar machen. Integrierte Bilanzierung für Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Verwaltung. Passau

*Ungericht, Bernhard, Raith, Dirk; Korenjak, Thomas (2008): Corporate Social Responsibility oder gesellschaftliche Unternehmensverantwortung? Wien*

## ISO 26000

ISO 26000 ist ein internationaler Leitfaden zu verantwortungsvoller Unternehmensführung. Der Leitfaden wurde im November 2010 veröffentlicht. Er zeigt Unternehmen, wie sie ihre Strukturen und Prozesse an Nachhaltigkeitsprinzipien ausrichten können. Die Norm dient den Anwendern als Orientierung für die Integration von Nachhaltigkeit und Verantwortungsübernahme in ihren Strukturen, Prozessen und Strategien. Die ISO 26000 ist freiwillig, enthält keine fest definierten Anforderungen und ist nicht zertifizierbar.

Das Fundament der Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung bilden gemäß der ISO 26000 die sieben Grundsätze:

- Rechenschaftspflicht
- Transparenz
- Ethisches Verhalten
- Achtung der Interessen von Anspruchsgruppen
- Achtung der Rechtsstaatlichkeit
- Achtung internationaler Verhaltensstandards
- Achtung der Menschenrechte

Darauf aufbauend wurden sieben Kernthemen formuliert, welche in Unternehmen behandelt werden sollen.

- Menschenrechte
- Arbeitsbedingungen
- Anständige Handlungsweisen von Organisationen
- Konsumentenfragen
- Umwelt
- Regionale Einbindung und Entwicklung des Umfelds
- Organisation und Organisationsführung

In einem Pilotprojekt wurde der Leitfaden in Österreich bisher von 8 Unternehmen angewendet und hat wenig praktische Relevanz (Auskunft Christine Jasch, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung).

### Link:

*RespACT (o. J.): ISO 26000. Internationaler Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung von Organisationen. <https://www.respect.at/site/angebote/toolsinstrumente/internationaleleitsaetze/texte/article/5838.html>*

## DEUTSCHER NACHHALTIGKEITSKODEX (DNK)

Der DNK ist ein branchenübergreifender Transparenzstandard für die Berichterstattung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen und kann von Unternehmen und Organisationen jeder Größe und Rechtsform genutzt werden. Er wurde 2011 vom Rat für Nachhaltige Entwicklung in einem Stakeholder-Prozess entwickelt und seitdem mehrfach überarbeitet. Um den DNK-Kodex zu erfüllen, erstellen AnwenderInnen eine Entsprechenserklärung zu den zwanzig DNK-Kriterien und den ergän-



zenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die aus →GRI und EFFAS ausgewählt wurden.

Der DNK macht Nachhaltigkeitsleistungen sichtbar, mit einer höheren Verbindlichkeit transparent und besser vergleichbar. Er verbreitert damit die Basis für die Bewertung von Nachhaltigkeit und beschreibt Mindestanforderungen für Unternehmen, was unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu berichten ist. Anwender erfüllen mit dem DNK bereits jetzt die 2014 verabschiedete EU-Berichtspflicht zu nichtfinanziellen und die Diversität betreffenden Informationen. Mit dem DNK ergänzen sie ihre Berichterstattung nach national und international verbindlichen Rechnungslegungsstandards. Besondere Bedeutung hat der DNK für Finanzanalysten und Investoren: sie können damit Informationen zu ökologischen, sozialen und Governance-Aspekten (ESG) in Unternehmensanalysen einbeziehen. Der DNK kann als Bewertungsgrundlage im Portfoliomanagement, bei Unternehmensanleihen, in der Kreditvergabe und bei Anlegerinformationen hinzugezogen werden. Für konventionelle Investoren und Analysten eignet sich der DNK als standardisiertes Instrument für einen schnellen und schlanken Überblick über die Nachhaltigkeitsinformationen zu bewertender Unternehmen. Kapitalflüsse können so in zukunftsfähige Geschäftsmodelle und Unternehmen gelenkt werden.

Der DNK bezieht sich auf folgende 20 Kriterien, die er jeweils mit Leistungsindikatoren verbindet:

→ **Strategie:**

1. Strategische Analyse und Maßnahmen
2. Wesentlichkeit
3. Ziele
4. Tiefe der Wertschöpfungskette

→ **Prozessmanagement**

5. Verantwortung
6. Regeln und Prozesse
7. Kontrolle
8. Anreizsysteme
9. Beteiligung von Anspruchsgruppen
10. Innovations- und Produktmanagement

→ **Umwelt**

11. Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen
12. Ressourcenmanagement
13. Klimarelevante Emissionen

→ **Gesellschaft**

14. Arbeitnehmerrechte
15. Chancengerechtigkeit
16. Qualifizierung
17. Menschenrechte
18. Gemeinwesen
19. Politische Einflussnahme
20. Gesetzes- und richtlinienkonformes Verhalten

**Link:**

Deutscher Nachhaltigkeitskodex. <http://www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de/de/dnk.html>

## GLOBAL REPORTING INITIATIVE

Die Global Reporting Initiative (GRI) entwickelt in einem partizipativen Verfahren Richtlinien für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten von Großunternehmen, kleineren und mittleren Unternehmen, Regierungen und NGOs, die sich mittlerweile als internationaler Standard etabliert haben. Die Global Reporting Initiative versteht sich als ein kontinuierlicher internationaler Dialog, der eine Vielzahl von Anspruchsgruppen einbezieht. Die Grundlage einer Berichterstattung nach GRI ist Transparenz, ihr Ziel ist die standardisierte, vergleichbare Darstellung der ökonomischen, ökologischen und sozialen respektive gesellschaftlichen Leistungen (Performance) des jeweiligen Berichtenden für unterschiedlichste Anspruchsgruppen (Stakeholder).

Gegründet wurde die GRI 1997 von Ceres (früher: Coalition of Environmentally Responsible Economies, aktuell: Investors and Environmentalists for Sustainable Prosperity) in Partnerschaft mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP). 1999 lag der erste Entwurf der GRI-Richtlinie für Nachhaltigkeitsberichterstattung vor. In einer Erprobungsphase wurde er in 21 Unternehmen (1999–2000) getestet und von zahlreichen weiteren Unternehmen und nicht unternehmensgebundenen Experten kommentiert und fortgeschrieben. Der daraus entstandene Indikatorensatz aus dem Jahr 2002 wird in einem Stakeholder-Dialog kontinuierlich weiterentwickelt. Er wird jährlich von etwa 10.000 Unternehmen angewendet (Auskunft Christine Jasch, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung).

Im Mai 2013 hat die Global Reporting Initiative die 4. Generation ihres Standards (G4) zur Nachhaltigkeitsberichterstattung eingeführt. Die neue Maßgabe lautet: „Weniger ist mehr“. Unternehmen sollen die Berichte abspecken und sich auf die für ihre Wertschöpfungskette wesentlichen Informationen konzentrieren: zu Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsbedingungen, Menschenrechte, Gesellschaft und Produktverantwortung.

#### Links:

*Global Reporting Initiative.* [https://de.wikipedia.org/wiki/Global\\_Reporting\\_Initiative](https://de.wikipedia.org/wiki/Global_Reporting_Initiative)

*Global Reporting Initiative.* [https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/gri\\_global\\_reporting\\_initiative\\_960.htm](https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/gri_global_reporting_initiative_960.htm)

*G4-Richtlinien.* <http://www.zukunftswerk.org/blog/ab-jetzt-gibt-es-die-gri-g4-richtlinien-auf-deutsch>

## CSR-TOOLS VON RESPACT

RespACT - austrian business council for sustainable development ist eine Unternehmensplattform für Corporate Social Responsibility (CSR) und Nachhaltige Entwicklung in Österreich. Der Verein entstand im Oktober 2007 aus der Zusammenführung der beiden Organisationen Austrian Business Council for Sustainable Development (ABCSD) und respACT austria.

### CSR Ratgeber: In sieben Schritten zu einer CSR-Strategie

Der CSR-Ratgeber zeigt Unternehmen, in welchen Bereichen ihr Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung trägt und welches Nutzenpotential darin liegt. Die Umsetzung von einem CSR-Management wird konkret in sieben Arbeitsschritten dargestellt. Die sieben Schritte im Überblick:

**1. Bestandsaufnahme und Zukunftsvision – Was macht Ihr Kerngeschäft aus und was wollen Sie für Ihr Unternehmen erreichen?**

In einem ersten Schritt beleuchten Sie das Kerngeschäft hinsichtlich der fünf CSR-Bereiche und ergänzen dies mit Ihren Zukunftsvisionen.

**2. Dokumentation - Welche Informationen haben Sie über Ihr Unternehmen?**

Tragen Sie Ihre Unternehmenszahlen zusammen und ergänzen Sie diese um Neue mit CSR-Relevanz (wie z.B. Weiterbildungstage).

**3. Ihre Anspruchsgruppen - Wen beeinflussen Sie mit Ihrem unternehmerischen Handeln und wie ist Ihr Kontakt zu diesen Gruppen?**

Um sein eigenes Unternehmen möglichst stark im Wettbewerb zu positionieren, müssen Sie wissen, mit welchen Anspruchsgruppen Ihr Unternehmen zu tun hat.

**4. Risiken - Wird an Ihrem Unternehmen Kritik geübt?**

Im vierten Schritt geht es darum, sich negative Auswirkungen (wie z.B. Lärmbelästigung) bewusst zu machen, um diesen rechtzeitig entgegenwirken zu können.

5. **Maßnahmen - Was können Sie in Ihrem Unternehmen konkret tun?**  
Nun gilt es, jene Bereiche des Unternehmens, in denen Maßnahmen gesetzt werden müssen, herauszufiltern. Handlungsspielräume und deren Grenzen müssen dargestellt werden.
6. **Kommunikation über CSR - Wem erzählen Sie darüber?**  
„Tue Gutes und rede darüber“, das gilt insbesondere für eine erfolgreiche CSR-Strategie. Kommunizieren Sie Ihr Engagement sowohl intern an Ihre MitarbeiterInnen als auch extern an Ihre Anspruchsgruppen.
7. **Informationen verknüpfen - wie setzen Sie CSR in Ihrem Unternehmen um?**  
Im siebenten und letzten Schritt werden die gewonnenen Informationen verknüpft und ergeben ein Gesamtbild des sozialen und ökologischen Engagements des Unternehmens – im Einklang mit dem Kerngeschäft.

#### Link & Download:

respACT: CSR-Ratgeber. In sieben Schritten zu einer CSR-Strategie.

<https://www.respect.at/site/angebote/toolsinstrumente/csrumsetzung/article/5504.html>

## METHODENBUCH: IN 7 SCHRITTEN ZUM NACHHALTIGKEITSBERICHT

Das Methodenbuch „In 7 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht“ liefert auf 120 Seiten ein Bündel an praktischen Methoden zur Erarbeitung eines Nachhaltigkeitsberichts. Das Methodenbuch bietet Hilfestellungen und hilft bei der Einplanung von Zeitaufwand und Ressourcen für die Erstellung des Nachhaltigkeitsberichts.

#### Link & Download:

respACT: Methodenbuch In 7 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht. <https://www.respect.at/site/angebote/toolsinstrumente/nachhaltigkeitsberichters/article/2363.html>

## NEUE BROSCHÜRE ZUM THEMA IMPACT-MESSUNG

Welche Auswirkungen im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens hat ein Unternehmen auf Gesellschaft, Umwelt und Gesellschaft? Impact-Messungen standen 2014 bei respACT im Mittelpunkt. Nun steht die Broschüre „Ganzheitliche Bewertung unternehmerischer Impacts“ für alle Interessierten zur Verfügung.

#### Link & Download:

respACT: Neue Broschüre zum Thema Impact-Messung.

<https://www.respect.at/site/angebote/toolsinstrumente/csrumsetzung/article/6613.html>

## RESPACT-LEITFADEN ZUR NACHHALTIGKEITSBERICHTERSTATTUNG

Der Anfang 2014 erschienene respACT-Leitfaden „In 6 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht“ soll vor allem Klein- und Mittelunternehmen (KMU) bei der Dokumentation ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten in Form eines eigenen Nachhaltigkeitsberichts unterstützen. Grundgerüst des Leitfadens bilden die folgenden 6 Schritte, die den Weg zum Nachhaltigkeitsbericht vorgeben:

- **Schritt 1:** Definieren Sie Ihre Vision und Strategie in puncto Nachhaltigkeit
- **Schritt 2:** Klären Sie die Rahmenbedingungen für Ihren Bericht
- **Schritt 3:** Identifizieren Sie Ihre Anspruchsgruppen und die wesentlichen Themen

- **Schritt 4:** Sammeln Sie Daten und Informationen unter Berücksichtigung der wesentlichen G4-Aspekte
- **Schritt 5:** Leiten Sie konkrete Ziele und Maßnahmen für Ihr Unternehmen ab
- **Schritt 6:** Gestalten, Schreiben, Verbreiten

Der Leitfaden orientiert sich abschnittsweise an den G4-Richtlinien der Global Reporting Initiative, einem international anerkannten Berichtsrahmen. Die Anwendung dieser Richtlinien erleichtert Unternehmen den Vergleich mit anderen Nachhaltigkeitsberichten.

#### Link & Download:

respACT: Nachhaltigkeitsberichterstattung leicht gemacht. <https://www.respect.at/site/angebote/toolsinstrumente/nachhaltigkeitsberichters/article/6392.html>

## BEWERTUNGSTOOL FÜR NACHHALTIGKEITSBERICHTE

Es gibt die Möglichkeit, den Nachhaltigkeitsbericht online zu evaluieren. Das Online-Bewertungstool <http://www.nachhaltigkeitsberichte.at/bewertungstool> bietet für Unternehmen, aber auch für alle Stakeholder eine Möglichkeit, die Qualität von Nachhaltigkeitsberichten anhand von einheitlichen, vergleichbaren Kriterien zu prüfen.

#### Link:

*Bewertungsschema:* Vision, Strategie & Wesentlichkeit.

<http://www.nachhaltigkeitsberichte.at/Media/Default/doks/Bewertungsschema.pdf>

## SOCIAL ENTREPRENEURSHIP

Social Entrepreneurship bedeutet soziales Unternehmertum und bezeichnet unternehmerisches Denken und Handeln zum Wohle der Gesellschaft und zur Lösung oder Verbesserung gesellschaftlicher Missstände. Social Entrepreneurship wird sowohl von Non-Profit-Unternehmen betrieben, um durch die Gestaltungsspielräume des Unternehmertums ihre Mission besser erfüllen zu können, als auch von normalen Unternehmen, um gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Der Erfolg von Social Entrepreneurship wird nicht allein auf Basis finanzieller Profite, sondern anhand des gesellschaftlichen Nutzens bewertet. Geprägt hat den Begriff die vom ehemaligen McKinsey-Berater Bill Drayton gegründete Organisation Ashoka. Sie unterstützt seit 1980 weltweit SozialunternehmerInnen – mit einem dreijährigen Lebenshaltungsstipendium, vor allem aber mit Beratung und Kontakten. Der wohl berühmteste der insgesamt 3000 „Fellows“ ist Jimmy Wales, Gründer von Wikipedia.

#### Links & Literatur:

*Austrian Business Council for Sustainable Development (o. J.):* [https://www.respect.at/Forum/Umweltbildung\(2013\):NachhaltigesWirtschaftenim\(Übungs-\)Unterricht.WienSocialEntrepreneurship](https://www.respect.at/Forum/Umweltbildung(2013):NachhaltigesWirtschaftenim(Übungs-)Unterricht.WienSocialEntrepreneurship).

<http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/social-entrepreneurship.html>

„Weltretter unter sich. Social Entrepreneurship, 27.12.2012.

<http://www.zeit.de/2013/01/netzwerk-soziale-unternehmer>

„Die Macht der Konsumenten kann die Welt verändern“, 17.4.2014. <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article127076903/Die-Macht-der-Konsumenten-kann-die-Welt-veraendern.html>

*Korber, Monika (2015):* Innenwelten und Außenwelten von Social Entrepreneurs. Wie Träume unternehmerisch verwirklicht werden können. Wien

*Spiegel*, Peter (2011): Eine bessere Welt unternehmen. Wirtschaften im Dienst der Menschheit - Social Impact Business. Zürich

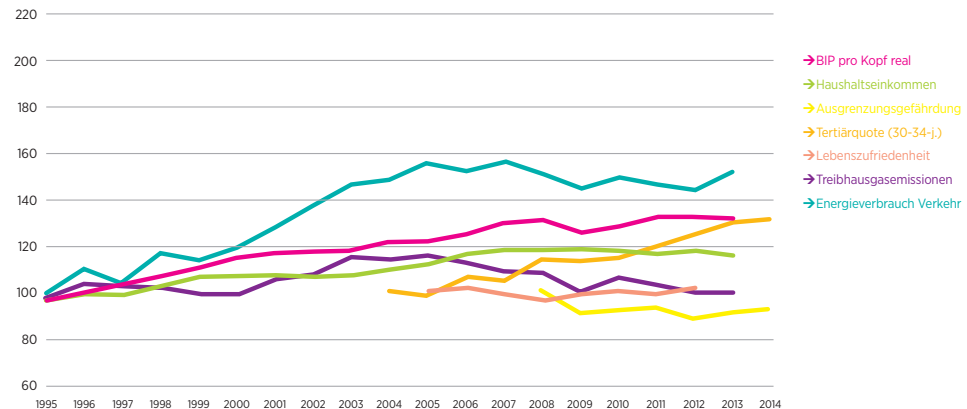
## WOHLSTANDSMESSUNG

Die Kritik am Bruttoinlandsprodukt, das nur monetär bewertete Leistungen erfasst und diese obendrein nicht differenziert (z. B. Negativkosten werden positiv bilanziert) hat dazu geführt, dass alternative bzw. ergänzende Indikatoren zur Wohlmessung entwickelt wurden. Mittlerweile existiert eine Fülle an Indikatorensystemen. Eine Übersicht versucht etwa das [Lexikon der Nachhaltigkeit](#) (o. J.). Umweltindikatoren sind dabei ein Aspekt, etwa der → Ökologische Fußabdruck, ergänzt werden diese durch soziale und kulturelle Indikatoren.

Forschungsinstitute wie die New Economic Foundation (Genuin Progress Index, Happy Planet Index, letzterer integriert das BIP, den Ökologischen Fußabdruck und die Lebenszufriedenheit) oder das Denkwerk Zukunft (Wohlmessung) haben Vorschläge für neue Messinstrumente unterbreitet. Die OECD (Better Life Index) sowie die Europäische Kommission (Satisfaction Adjusted Life Expectancy, SALY) haben ebenso Studien erstellen lassen wie einzelne Regierungen (in Frankreich die Stiglitz-Fitoussi-Kommission, in Deutschland die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“). Am bekanntesten ist wohl das „Bruttonationalglück“, das im Staat Bhutan erhoben wird. Beflügelt werden diese alternativen Systeme der Wohlmessung durch Erkenntnisse der Zufriedenheitsforschung, der gemäß das Einkommen und damit indirekt auch das BIP bei weitem nicht die einzigen Parameter für Lebenszufriedenheit darstellen, sondern Faktoren wie Vertrauen, Fairness oder soziale Beziehungen eine ebenso wichtige Rolle spielen ([Tichy 2011](#)).

Manche Indikatorensysteme haben den Anspruch, Wohlstand sehr umfassend darzustellen. [Hans Diefenbacher](#) und [Roland Zieschank \(2011\)](#) beschreiben den von ihnen vorgelegten „Nationalen Wohlfahrtsindex“, der aus über 20 Variablen besteht. Positiv einbezogen werden etwa der Wert von Haus- und Freiwilligenarbeit sowie die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Bildung, negativ zu Buche schlagen etwa Kosten von Verkehrsunfällen, Kriminalität und Drogenkonsum. Erhoben werden auch Schäden durch Luft- oder Wasserverschmutzung, Lärm, Bodenbelastung oder CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Netto-Neuerschuldung drückt ebenfalls das Wohlstandsniveau, positiv hingegen werden die Ausgaben für eine ökologische Transformation bewertet ([vgl. auch Meyer u.a. 2013](#)).

Einschätzung: Ob diese sehr komplexen Berechnungsverfahren Realisierungschancen haben, ist wohl noch offen. Womöglich sind einfachere Indikatoren leichter vermittelbar, etwa das vom „Denkwerk Zukunft“ entwickelte „Wohlmessung“, das neben dem BIP den Ökologischen Fußabdruck, die Einkommensverteilung, die Staatsverschuldung sowie die Inklusionsquote berücksichtigt. Für ein Monitoring sind freilich komplexe Indikatorensysteme sinnvoll.



**Wichtig: Die EU-Staaten sind angehalten, erweiterte Monitoringsystems auf nationaler Ebene zu implementieren. In Österreich wurde ein solches System, das Variablen zu Wirtschaft, Umwelt und Soziales ausweist, unter dem Titel „Wie geht´s Österreich“ installiert. Es wird von Statistik Austria betreut, wo die Zeitreihen einzusehen sind. Man findet u. a. Zeitreihen zum Umweltverbrauch, zum Arbeitsmarkt, zur Einkommensverteilung sowie zur Lebenszufriedenheit, die in den letzten Jahren nicht mehr gestiegen ist trotz weiter wachsendem BIP (Statistik Austria, o. J.).**

### Literatur & Links

*Denkwerk Zukunft* (o. J.): Wohlstandsquintett. <http://www.denkwerkzukunft.de/index.php/aktivitaeten/index/wohlstandsquintett>

*Diefenbacher, Hans* (2011); *Zieschank, Roland*: Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München

*Genuine Progress Index* (o. J.): [genuineprogress.net/genuine-progress-indicator](http://genuineprogress.net/genuine-progress-indicator)

*Happy Planet Index* (o. J.): [www.happyplanetindex.org/](http://www.happyplanetindex.org/)

*Meyer, Bernd* u.a. (2013): Eckpunkte eines ökologisch tragfähigen Wohlfahrtskonzepts als Grundlage für umweltpolitische Innovations- und Transformationsprozesse. Policy Paper im Rahmen des gleichnamigen Projektes für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. FFU-Report 07-2013, Forschungszentrum für Umweltpolitik, FU Berlin. [http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCSS\\_derivate\\_000000002841/ffu-report\\_7-2013\\_Roland\\_Zieschank.pdf?hosts](http://edocs.fu-berlin.de/docs/servlets/MCRFileNodeServlet/FUDOCSS_derivate_000000002841/ffu-report_7-2013_Roland_Zieschank.pdf?hosts)

*Statistik Austria* (o. J.): Wie geht´s Österreich. [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wohlstand\\_und\\_fortschritt/wie\\_gehts\\_oesterreich/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/index.html)

*Tichy, Gunter* (2011): Zentrale Ergebnisse zur Forschung über Lebenszufriedenheit. In: *Wirtschaft und Gesellschaft*. [http://wug.akwien.at/WUG\\_Archiv/2011\\_37\\_3/2011\\_37\\_3\\_0435.pdf](http://wug.akwien.at/WUG_Archiv/2011_37_3/2011_37_3_0435.pdf)

## POSTWACHSTUMSÖKONOMIE

Beschreibt den theoretischen und praktischen Übergang von Wachstumswirtschaften in Wirtschaften, die in Summe nicht mehr wachsen (Steady State Economies). Postwachstum wird für Volkswirtschaften hoher Produktivität vorgeschlagen, i. d. R. nicht für Volkswirtschaften nachholender Entwicklung. Zwei Zugänge sind dabei zu unterscheiden: Mit Postwachstum kann nach Andre Reichel zum einen ein normatives Konzept gemeint sein, das darauf abzielt, Produktion und Konsum einzuschränken, die natürliche Umwelt in ihrer Funktionsfähigkeit für alle Menschen zu erhalten und einen globalen Ausgleich zwischen Arm und Reich zu suchen. In diesem Zusammenhang werden auch neue Chancen für die Lebensqualität in einer Postwachstumsökonomie diskutiert (exemplarisch Miegel 2010, Seidl/Zahrndt 2010, Paech 2012, kritisch

wertschätzend Muraca 2014, zusammenfassend Holzinger 2010b, 2012, Pirgmeier 2013). Postwachstum kann aber auch als empirisches Phänomen verstanden werden: Die Wachstumsraten sind in den westlichen Ländern seit drei Jahrzehnten rückläufig. Viele Volkswirtschaften stagnieren oder wachsen nur mehr langsam angesichts schwacher Nachfrage, enormer Verschuldungsraten und steigender Rohstoffpreise, die zugleich zeigen, dass wir den Planeten nicht unbegrenzt ausbeuten können (Bourcade u. a. 2006, Klingholz 2014).

Postwachstumsökonomie bedeutet nicht, dass gar keine Wirtschaftsbereiche mehr wachsen. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass die ressourcenintensiven Bereiche der Konsumgüterindustrie, die Automobilität oder auch der überdimensionierte Bankensektor schrumpfen, nachhaltige Wirtschaftsbereiche wie Erneuerbare Energieerzeugung, Bio-Landwirtschaft oder soziale Dienstleistungen aber durchaus wachsen werden. Der Ausgangspunkt der Überlegungen zur Postwachstumsökonomie liegt in der Überzeugung, dass die Wachstumstreiber Konsum (Sättigungstendenzen), billige natürliche Ressourcen (→Nachhaltigkeit) sowie Produktivitätssteigerungen (Dienstleistungen lassen sich wenig rationalisieren) abhandeln können (Ax/Hinterberger 2013).

Auf die vorgebrachten Argumente für Wirtschaftswachstum – Arbeitsplatzsicherung, Aufrechterhaltung sozialer Leistungen, Finanzierung von Umweltschutz sowie Bestehen der Unternehmen im internationalen Wettbewerb – sind alternative Antworten zu finden (Holzinger 2010b, 2012). Die Eckpfeiler einer Postwachstumsökonomie liegen in der Neuverteilung der Erwerbsarbeit, einer geänderten Finanzierungsbasis der öffentlichen Aufgaben (höhere Besteuerung von →Vermögen, natürlichen Ressourcen und Wertschöpfung) sowie in der Vermeidung von Negativkosten. Nicht materielle Konsumgüter treten gegenüber materiellen Konsumgütern in den Vordergrund; Suffizienz wird zu einem Bestandteil von Lebensqualität nach dem Motto „Weniger ist oft mehr“; neue Arbeitszeitmodelle in einem Konzept der Mischarbeit ermöglichen eine andere Form der Vollbeschäftigung bei gleichzeitigem Zugewinn an freier Zeit.

Aus makroökonomischer Sicht wird von mehreren Ökonomen auf die Gefahr von Deflation verwiesen und von der Unmöglichkeit gesprochen, kapitalistisches Wirtschaften mit einem Ende des Wachstums zu verbinden, da dieses einem Wachstumszwang unterliege (→Wirtschaftswachstum). Unternehmen müssten permanent expandieren, um die Zinsen für die Kredite bedienen zu können. Zudem würden UnternehmerInnen nicht mehr investieren, wenn in der Gesamtwirtschaft eine Negativstimmung herrsche und Absatzkrisen befürchtet werden, was zu einer Kettenreaktion und der befürchteten Abwärtsspirale mit steigender Arbeitslosigkeit führen würde (exemplarisch Varoufakis 2015: 107ff).

Dem ist entgegenzuhalten, dass laut einer Umfrage in Deutschland immerhin ein Drittel der Unternehmen angibt, nicht weiter wachsen zu wollen (Gebauer/Sagebiel 2015) und dass bei einer anderen Verteilung von Arbeit und Vermögen Schrumpfungsprozesse abgepuffert werden können. Und das Wachstum wird nicht zur Gänze erliegen; Wachstumsimpulse werden in den nächsten Jahrzehnten in den Ländern des Südens durchaus gefordert sein, auch hier lassen sich Gewinne lukrieren. Die Gewinne werden in Zukunft jedoch schmaler ausfallen, was jedoch nicht zum Zusammenbruch des Systems führt, sondern vielmehr einen notwendigen Strukturwandel herbeiführt, der auch neue Unternehmensformen (→Solidarische Ökonomie, →Gemeinwohlökonomie) und neue Finanzierungsformen wie →Crowdfinancing fördern wird.

**Einschätzung: Das Wirtschaftswachstum wird sich auf einem niedrigen Niveau einpendeln, Verteilung wird gegenüber weiterem Wachstum an Bedeutung gewinnen, Unternehmen und Politik werden den neuen Wünschen der ArbeitnehmerInnen nach höherer Zeitsouveränität stattgeben. Die Postwachstumsökonomie wird kommen, ohne dass wir es merken.**

### Literatur & Links

Ax, Christine; Hinterberger, Fritz (2013): Wachstumswahn. Was uns in die Krise führt und wie wir wieder herauskommen. München

Bourcade, Kay u. a. (2006): Normalfall exponentielles Wachstum? [www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall\\_exponentielles\\_Wachstum.pdf](http://www.wachstumsstudien.de/Inhalt/Zeitschrift/Heft2/Normalfall_exponentielles_Wachstum.pdf)

Jana Gebauer, Julian Sagebiel (2015): Wie wichtig ist Wachstum für KMU? – Ergebnisse einer Befragung von kleinen und mittleren Unternehmen. Berlin

<http://www.ioew.de/presse/pressemitteilungen/befragung-groessenwachstum-fuer-mehrheit-kleiner-und-mittlerer-unternehmen-kein-ziel/>

Holzinger, Hans (2010b): Wirtschaften jenseits von Wachstum? Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at).

Holzinger, Hans (2012): Neuer Wohlstand. Leben und Wirtschaften auf einem begrenzten Planeten. Salzburg

Klingholz, Reiner (2014): Sklaven des Wachstums. Die Geschichte einer Befreiung. Frankfurt.

Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin.

Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in eine Postwachstumsökonomie. München

Pirgmeier, Elke (2013): Alternative Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte. Wien. Download: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at)

Reichel, Andre (2013): Das Ende des Wirtschaftswachstums wie wir es kennen: Betriebswirtschaftliche Perspektiven auf die Postwachstumsökonomie, in: Ökologisches Wirtschaften 01/2013: 15-18.

Reichel, Andre (2013): Strategische Handlungsoptionen für Unternehmen in der Postwachstumsökonomie, [http://www.andrereichel.de/resources/2013\\_Strat-Postwachstum.pdf](http://www.andrereichel.de/resources/2013_Strat-Postwachstum.pdf)

Seidl, Irmi & Zahrndt, Angelika (2010, Hg.): Die Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg

Varoufakis, Yanis (2015): Time for Change. Wie ich meiner Tochter die Wirtschaft erkläre. München

### SUFFIZIENZ/SUFFIZIENZPOLITIK

Suffizienz stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „genug“, „genügsam“. Die VertreterInnen der Suffizienz gehen davon aus, dass die ökologische wie die ökonomische Krise mit Öko-Effizienz (Bestehendes mit weniger Ressourcenverbrauch hinkriegen, →Green Economy) und Öko-Konsistenz (Übergang zu naturangepassten Produktionsweisen, z. B. mit Solarenergie, →Blue Economy, →Cradle to Cradle) allein nicht gelöst werden kann. Das Ziel müsse sein, uns weniger vom Naturkuchen zu nehmen, nicht nur diesen besser zu nutzen, so etwa **Wolfgang Sachs (2009)** als früherer Vertreter der Suffizienz-These, der von 4 E´s gesprochen hat: Einfachheit, Entkommerzialisierung, Entflechtung und Entschleunigung (**Sachs 1993**).

Nun wird auch Suffizienzpolitik gefordert, die Rahmenbedingungen so gestalten müsse, dass „das gute Leben einfacher“ wird. Gemeint sind Anreizsysteme sowie Infrastrukturen, die einen nachhaltigen Lebensstil fördern und belohnen (**Schneidewind/Zahrndt 2013**).



## Literatur & Links

Sachs, Wolfgang (1993): Die vier E's. In: Politische Ökologie Nr. 33, 69-72

Sachs, Wolfgang (2009): Den fossilen Öltanker durch viele Segelboote ablösen. In: Geseko von Lüpke: Zukunft entsteht aus Krise. Antworten von Joseph Stiglitz, Vandana Shiva, Wolfgang Sachs, Joanna Macy, Bernard Lietaer u. a. München

Schneidewind, Uwe; Zahrdt, Angelika (2013): Damit gutes Leben einfacher wird. Perspektiven einer Suffizienzpolitik. München

## GEMEINWOHLÖKONOMIE & GEMEINWOHLBILANZ

Der Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ o. J.) stellt ein alternatives Wirtschaftskonzept dar, das auf Werten wie Menschenwürde, Mitgefühl, Solidarität, Gerechtigkeit, ökologische Verantwortung und Demokratie aufbaut. Die Vermehrung des Finanzgewinns ist dabei nicht mehr das eigentliche Ziel des Wirtschaftens, sondern nur mehr Mittel zum Zweck. Unternehmen sind eingeladen, eine „Gemeinwohl-Bilanz“ zu erstellen, welche den Beitrag des Unternehmens zum Gemeinwohl über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus misst. Dabei können bis zu 1.000 Gemeinwohl-Punkte erreicht werden. Eine partizipativ entwickelte Gemeinwohl-Matrix dient der Visualisierung der (bislang) 17 Bilanz-Indikatoren.

Die Bilanzerstellung erfolgt auf freiwilliger Basis, Unternehmen, die sich der Prüfung stellen und ein bestimmtes Maß an Punkten erreichen, dürfen das Logo der Bewegung im Unternehmensauftritt führen. Von der Politik wird gefordert, dass GWÖ-Betriebe bei öffentlichen Aufträgen sowie steuerlich bevorzugt werden sollen, um Marktanreize im Sinne des Gemeinwohls zu geben (GWÖ o.J., Felber 2012).

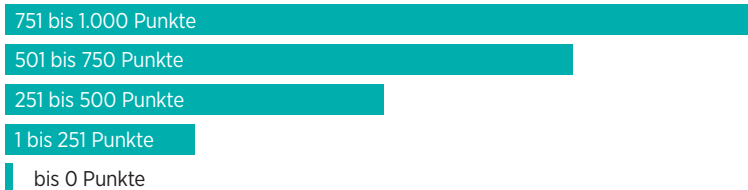
Die Gemeinwohlbilanz wird als „Herzstück“ der Gemeinwohl-Ökonomie bezeichnet und auf der GWÖ-Homepage wie folgt beschrieben: „Sie stellt den Menschen und das Gelingen der Beziehungen zwischen ihnen in den Mittelpunkt des Wirtschaftens. Sie überträgt die heute schon gültigen Beziehungs- und Verfassungswerte auf den Markt, indem sie die WirtschaftsakteurInnen dafür belohnt, dass sie sich human, wertschätzend, kooperativ, solidarisch, ökologisch und demokratisch verhalten und organisieren.“

In diesem Sinne misst die Gemeinwohlbilanz unternehmerischen Erfolg in einer neuen Bedeutung. Der Finanzgewinn ist, so die Gemeinwohl-Ökonomie, zu aussageschwach in Bezug auf die eigentlichen Ziele des Wirtschaftens: Schaffung von Nutzwerten, Bedürfnisbefriedigung, Sinnstiftung, Teilhabe aller, Mitbestimmung, Geschlechterdemokratie, ökologische Nachhaltigkeit, Lebensqualität. Der Finanzgewinn sagt nichts über die Mehrung des Gemeinwohls aus. Er kann steigen, wenn die Lieferantenpreise gedrückt werden, MitarbeiterInnen trotz Gewinn entlassen, Steuern vermieden, Frauen diskriminiert werden oder die Umwelt ausgebeutet wird. In der Gemeinwohl-Ökonomie ist der Finanzgewinn nur noch Mittel zum Zweck. Der Zweck: die Gemeinwohlmehrung.

Die Gemeinwohlmatrix ‚schneidet‘ mehrheitsfähige Grund- und Verfassungswerte – Menschenwürde, Solidarität, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie – mit den Berührungsgruppen (Stakeholdern) des Unternehmens: Beschäftigte, Zulieferer, KundInnen, GeldgeberInnen, Souverän, zukünftige Generationen, Natur. Die an den Schnittstellen formulierten 17 Gemeinwohlintikatoren sollen eine Beurteilung von unternehmerischem Verhalten bzw. dessen Beitrag zum Gemeinwohl ermöglichen. Derzeit erfolgt die methodische Erfassung mittels Gemeinwohlpunkte,

welche für proaktives Verhalten bei den 17 Indikatoren vergeben werden. Mit exakten Punkten soll nicht suggeriert werden, dass eine millimetergenaue Messung des unternehmerischen Gemeinwohlbeitrages möglich ist. Zielsetzung ist eine nachvollziehbare, plausible und konsistente Einschätzung, wo sich ein Unternehmen auf dem Weg zum Gemeinwohl befindet.

Um die Sichtbarkeit des Gemeinwohlerfolgs zu erhöhen, könnten zum Beispiel fünf oder zehn Gemeinwohlstufen mit ebenso vielen Farben kenntlich gemacht werden. Das hilft insbesondere den KonsumentInnen, denn die Gemeinwohlbilanz soll in Zukunft auf allen Produkten und Dienstleistungen aufscheinen, ähnlich dem Strichcode. An der Gemeinwohlfarbe erkennt die KonsumentIn sofort, in welcher „Liga“ das Erzeugerunternehmen spielt. In der Farbe könnte zusätzlich die Gemeinwohlzahl enthalten sein. Wer es genauer wissen will, kann mit dem Handy über den Strichcode fahren und kann sofort online die gesamte Gemeinwohlbilanz abrufen. Die Gemeinwohlbilanz ist öffentlich. Damit erfüllt die Gemeinwohl-Ökonomie ein bisher uneingelöstes Versprechen der Marktwirtschaft: das nach vollständiger und symmetrischer Information aller Marktteilnehmenden.“ (GWÖ o. J.)



### Literatur & Links

Felber, Christian (2012): Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien

GWÖ (o. J.): Gemeinwohlökonomie. Ein Wirtschaftsmodell mit Zukunft.

<https://www.ecogood.org/>

GWÖ-Newsletter (2015): Erstes grünes Licht für die GWÖ in Brüssel.

<http://us4.campaign-archive2.com/?u=c89843db321542c4b959f65b2&id=7a5766af92#Erstes>

grünes Licht für die GWÖ in Brüssel

Was ist die Gemeinwohl-Bilanz?

<https://www.ecogood.org/gemeinwohl-bilanz/was-ist-die-gemeinwohl-bilanz>

## GEMEINWOHL-MATRIX 4.1

	MENSCHENWÜRDIGKEIT	SOLIDARITÄT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	SOZIALE GERECHTIGKEIT	DEMOKRATISCHE MITBESTIMMUNG & TRANSPARENZ
<b>A) LIEFERANTINNEN</b>	<b>At: Ethisches Beschaffungsmanagement</b> Aktive Auseinandersetzung mit den Risiken zugekaufter Produkte / Dienstleistungen, Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl von Lieferantinnen und Dienstleistungsnehmerinnen				
<b>B) GELDGEBERINNEN</b>	<b>Bi: Ethisches Finanzmanagement</b> Berücksichtigung sozialer und ökologischer Aspekte bei der Auswahl der Finanzdienstleistungen; gemeinwohlorientierte Veranlagung und Finanzierung				
<b>C) MITARBEITERINNEN INKLUSIVE EIGENTÜMERINNEN</b>	<b>C1: Arbeitsplatzqualität und Gleichstellung</b> mitarbeiterorientierte Organisationskultur und -strukturen, Faire Beschäftigungs- und Entgeltpolitik, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung einschließlich Work-Life-Balance/flexible Arbeitszeiten, Gleichstellung und Diversität <b>90</b>	<b>C2: Gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit</b> Abbau von Überstunden, Verzicht auf All-inclusive-Verträge, Reduktion der Regelarbeitszeit, Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit <b>50</b>	<b>C3: Förderung ökologischer Verhaltens der MitarbeiterInnen</b> Aktive Förderung eines nachhaltigen Lebensstils der MitarbeiterInnen (Mobilität, Ernährung), Weiterbildung und Bewusstsein schaffende Maßnahmen, nachhaltige Organisationskultur <b>30</b>	<b>C4: Gerechte Verteilung des Einkommens</b> Geringe innerbetriebliche Einkommensspreizung (netto), Einhaltung von Mindesteinkommen und Höchsteinkommen <b>60</b>	<b>C5: Innerbetriebliche Demokratie und Transparenz</b> Umfassende innerbetriebliche Transparenz, Wahl der Führungskräfte durch die Mitarbeiter, konsensuale Mitbestimmung bei Grundsatz- und Rahmenentscheidungen, Übergabe Eigentum an MitarbeiterInnen. Z. B. Soziokratie <b>90</b>
<b>D) KUNDINNEN / PRODUKTE / DIENSTLEISTUNGEN / MITUNTERNEHMEN</b>	<b>D1: Ethische Kundenbeziehung</b> Ethischer Umgang mit Kundinnen, Kundinnenorientierung/ -mitbestimmung, gemeinsame Produktentwicklung, hohe Servicequalität, hohe Produkttransparenz <b>50</b>	<b>D2: Solidarität mit Mitunternehmen</b> Weitergabe von Information, Knowhow, Arbeitskräften, Aufträgen, zinsfreien Krediten; Beteiligung an kooperativem Marketing und kooperativer Krisenbewältigung <b>70</b>	<b>D3: Ökologische Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen</b> Angebot ökologisch höherwertiger Produkte/Dienstleistungen; Bewusstsein schaffende Maßnahmen; Berücksichtigung ökologischer Aspekte bei der Kundinnenwahl <b>90</b>	<b>D4: Soziale Gestaltung der Produkte und Dienstleistungen</b> Informationen/Produkten/Dienstleistungen für benachteiligte KundInnen-Gruppen. Unterstützung förderungswürdiger Marktstrukturen. <b>30</b>	<b>D5: Erhöhung der sozialen und ökologischen Branchenstandards</b> Vorbildwirkung, Entwicklung von höheren Standards mit MitbewerberInnen, Lobbying <b>30</b>
<b>E) GESELLSCHAFTLICHES UMFELD:</b> Region, Souverän, zukünftige Generationen, Zivilgesellschaft, Mitmenschen und Natur	<b>E1: Sinn und gesellschaftliche Wirkung</b> der Produkte/Dienstleistungen P/DL decken den Grundbedarf oder dienen der Entwicklung der Menschen/der Gemeinschaft/der Erde und generieren positiven Nutzen. <b>90</b>	<b>E2: Beitrag zum Gemeinwesen</b> Gegenseitige Unterstützung und Kooperation durch Finanzmittel, Dienstleistungen, Produkte, Logistik, Zeit, Know-How, Wissen, Kontakte, Einfluss <b>40</b>	<b>E3: Reduktion ökologischer Auswirkungen</b> Reduktion der Umweltauswirkungen auf ein zukunftsfähiges Niveau: Ressourcen, Energie & Klima, Emissionen, Abfälle etc. <b>70</b>	<b>E4: Gemeinwohlorientierte Gewinnverteilung</b> Sinkende/ keine Gewinnausschüttung an Externe, Ausschüttung an Mitarbeiter, Stärkung des Eigenkapitals, sozial-ökologische Investitionen <b>60</b>	<b>E5: Gesellschaftliche Transparenz und Mitbestimmung</b> Gemeinwohl- oder Nachhaltigkeitsbericht, Mitbestimmung von regionalen und zivilgesellschaftlichen Berührungsgruppen <b>30</b>
<b>NEGATIV-KRITERIEN</b>	Verletzung der ILO-Arbeitsnormen/ Menschenrechte <b>-200</b>	Feindliche Übernahme Sperrpatente Dumpingpreise <b>-100</b> <b>-200</b>	Illegitime Umweltbelastungen Verstöße gegen Umweltauflagen Geplante Obsoleszenz (kurze Lebensdauer der Produkte) <b>-100</b>	Arbeitsrechtliches Fehlverhalten seitens des Unternehmens <b>-200</b> Arbeitsplatzabbau oder Standortverlagerung bei Gewinn <b>-150</b> Umgehung der WSteuerverpflichtung <b>-200</b> Keine unangemessene Verzinsung für nicht mitarbeitende Gesellschafter <b>-200</b>	Nichtoffenlegung aller Beteiligungen und Töchter <b>-100</b> Verhinderung eines Betriebsrats <b>-150</b> Nichtoffenlegung aller Finanzflüsse an Lobbies / Eintragung in das EU-Lobbyregister <b>-200</b> Exzessive Einkommensspreizung <b>-100</b>

Diese Version gilt für alle Bilanzen, die ab dem 15. März 2013 für das zurückliegende Bilanzjahr eingereicht werden. Detaillierte Beschreibung zu den Indikatoren finden sich im Handbuch zur Gemeinwohlbilanz auf [www.gemeinwohl-oekonomie.org](https://www.gemeinwohl-oekonomie.org) und im Redaktionswiki unter <https://wiki.gwoe.net/display/Redaktion/Home>. Rückmeldungen an die jeweiligen Redakteure sind sehr erwünscht.

## SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Bewegung mit dem Ziel des Aufbaus von Wirtschaftsstrukturen, die sich von den Prinzipien der Konkurrenz und des ausschließlich über Geld organisierten Gütertauschs lösen. Die Ansätze einer solidarischen Ökonomie reichen von Erzeuger-Verbraucher-Initiativen, sogenannter Community Supported Agriculture, und den neuen Bewegungen des Urban Gardening über Energiegenossenschaften bis hin zu Produktionsbetrieben in Arbeiterhand, wie sie unter Hugo Chavez in Venezuela gefördert wurden. Aber auch die Kibbuzim-Bewegung in Israel sowie die seit den 1960er-Jahren in Japan bestehenden Konsumgenossenschaften werden zu den Vorbildern für eine Solidarische Ökonomie gezählt. Etwa 20 Prozent der japanischen Bevölkerung sind in über 600 Konsumgenossenschaften organisiert, in denen sich vor allem Frauen mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, Lebensmittel guter Qualität zu annehmbaren Preisen zu erhalten, wie einer Einführung in die Solidarische Ökonomie (Exner/Kratzwald 2012) zu entnehmen ist.

Exner und Kratzwald sind sich bewusst, dass es sich bei diesen alternativen Wirtschaftsformen um Nischen handelt, die auf Reziprozität und Selbstverwaltung basieren. Es handle sich dabei jedoch um Modelle eines Übergangs oder, wie die AutorInnen es nennen, um „Halbinseln gegen den Strom zur Gewinnung von Land“ (ebd. 92).

Große Hoffnungen werden in Genossenschaftsunternehmen gesetzt – denn laut International Cooperative Alliance (o. J.) sind weltweit rund 800 Millionen Menschen Mitglieder von Genossenschaften, die etwa 100 Millionen Arbeitsplätze umfassen. Neue Akzente erwarten Exner und Kratzwald sich schließlich auch von der Commons-Bewegung im Bereich der Informationstechnologien.

In den letzten Jahren sind zahlreiche Bücher erschienen, die Ansätze solidarischen Wirtschaftens beschreiben. Die taz-Journalistin Konny Gellenbeck hat unter dem Titel „Gewinn für alle“ einen Band über Genossenschaften herausgegeben, in dem neben Grundsatzbeiträgen vor allem aktuelle Beispiele vorgestellt werden (Gellenbeck 2012). Und ihre Kollegin Annette Jensen beschreibt in „Wir steigern das Bruttosozialglück“ zahlreiche Initiativen eines anderen Wirtschaftens aus den Bereichen Energie, Mobilität, Produktion, Landwirtschaft und Geld (Jensen 2011). Ansprechende Porträts alternativer Wirtschaftsansätze enthält auch der Band „Wirtschaft zum Glück“ der Schweizer JournalistInnen Bettina Dyttrich und Pit Wuhler (Dyttrich/Wuhler 2012).

Ein von Susanne Elsen, Professorin an der Freien Universität Bozen, herausgegebener Band über Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens bringt neben theoretischen Einführungen auch Praxisbeispiele aus dem Non-Profit-Bereich (Elsen, Hg. 2011).

In dem von Silke Helfrich mit der Heinrich-Böll-Stiftung herausgegebenen Grundlagenwerk „Commons“ werden schließlich nationale und internationale Ansätze eines Wirtschaftens jenseits von Profitmaximierung vorgestellt. Landwirtschaftliche Commons-Projekte werden dabei ebenso beschrieben wie ein anderer Umgang mit Wissen, zivilgesellschaftliche Initiativen wie die Transitionbewegung oder Baugenossenschaften. Zudem findet man grundsätzliche Beiträge etwa zu einem „gemeingütersensitiven Wettbewerbsrecht“ oder zu einer neuen „Stromallmende“. Das Buch ist übrigens auch selbst mit Commons-Lizenz ausgestattet und darf als digitale Version im Netz verbreitet und inhaltlich bearbeitet bzw. abgewandelt werden (Helfrich, Hg. 2012).

In Deutschland wie in Österreich existieren mittlerweile Netzwerke für „Solidarische Ökonomie“ (o. J.). Es werden Kongresse organisiert, die dem Austausch unter Initiativen dienen, und Beispiele sowie theoretische Ansätze vorgestellt. Das Ziel ist eine Wirtschaft, „die sich an den menschlichen, unseren Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.“ (**Netzwerk Solidarische Ökonomie, o. J.**)

Einschätzung: Die Zahl an Projekten und Initiativen nimmt in den letzten Jahren deutlich zu; noch ist nicht auszumachen, ob daraus eine breitenwirksame Bewegung eines anderen Wirtschaftens werden könnte. Als zumindest in Deutschland mittlerweile sehr erfolgreicher Ansatz gelten Energiegenossenschaften nach dem Motto „Energie in Bürgerhand“.

### Literatur & Links

*Bettina Dyttrich, Pit Wuhler* (Hg. 2012): *Wirtschaft zum Glück. Solidarisch arbeiten heute, weltweit.* Zürich

*Exner, Andreas, Katzwald, Birgit Katzwald* (2012): *Solidarische Ökonomie & Commons.* Eine Einführung. Wien

*Elsen, Susanne* (Hg. 2011) *Ökosoziale Transformation. Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens.* Neu-Ulm

*Gellenbeck, Konny* (2012). *Gewinn für alle! Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft.* Frankfurt/M.

*Helfrich, Silke* (Hg. 2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat.* Bielefeld

*Jensen, Annette* (2012): *Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben.* Freiburg

*Netzwerk Solidarische Ökonomie (o. J.):* [www.solidarische-oekonomie.de/](http://www.solidarische-oekonomie.de/)

*Netzwerk Solidarische Ökonomie (o. J.):* [www.solidarische-oekonomie.at/](http://www.solidarische-oekonomie.at/)

## CROWDFINANCING

Ein Teilaspekt alternativer Wirtschaftsansätze liegt in neuen Finanzierungsformen. Neben ethischen und ökologischen Banken sowie Investments (**Gabriel/Schlagitweit 2009, Gemeinwohlbank o. J.**) gewinnt dabei auch das Crowdfunding bzw. Crowdfunding zunehmend an Bedeutung. Bürger und Bürgerinnen unterstützen Unternehmensideen und Projekte mit finanziellen Beiträgen. Das Unternehmensrisiko wird so auf viele Schultern verteilt. Das Motto: Viele Leute – „die Crowd“ - beteiligen sich mit kleinen Beträgen an großen Ideen. Praktiziert werden Modelle, in denen die Kleininvestoren keine Rendite erwarten und solche mit Gewinnoption.

Crowdfunding war in Österreich zunächst nicht erlaubt. Die Fremdfinanzierung von Unternehmen musste ausschließlich über Banken abgewickelt werden. Nachdem das Unternehmen „Waldviertler Schuhwerkstatt“ von **Heini Staudinger**, das sich durch Kundenkredite finanziert hatte, seitens der Finanzmarktaufsicht zur Zahlung einer Strafe angehalten wurde, der Unternehmer aber diese Angelegenheit medienwirksam in die Öffentlichkeit trug, wurde Crowdfunding in Österreich nun gesetzlich erlaubt (**Alternativfinanzierungsgesetz 2015**). Auch Banken ziehen mittlerweile nach und eröffnen entsprechende Möglichkeiten (P. S. K. o. J.)

Als alternative Finanzinstrumente werden Aktien, Anleihen, Geschäftsanteile an Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, Genussrechte, stille Beteiligungen und Nachrangdarlehen bezeichnet. Mit dem neuen Gesetz, das seit 1. September 2015 in Kraft ist, gibt es für Crowdfundingprojekte bis 100.000 Euro keine Prospektpflicht.

Bis 1,5 Millionen Euro sind lediglich standardisierte Angaben nötig. Zwischen 1,5 und 5 Millionen Euro gilt nun eine „Prospektpflicht light“. Erst ab 5 Millionen ist der volle Prospekt notwendig.

Grundsätzlich bietet Crowdfunding zwei Möglichkeiten: Zum einen kann man InvestorInnen für bereitgestelltes Kapital einen fixen Zinssatz anbieten – ein sog. Nachrangdarlehen. Zum anderen gibt es die Möglichkeit, InvestorInnen einen Genuss-Schein, also eine Beteiligung am Unternehmensgewinn, anzubieten. Hier sind für den Investor sowohl das Risiko, leer auszugehen, also auch die Chance, mehr als bei Fixzinsen zu bekommen, größer. Diese Form wird häufig bei Start-ups verwendet.

Die Wirtschaftskammer Österreich beschreibt die Vor- und Nachteile dieser alternativen Finanzierungsform wie folgt: „Unternehmer holen sich beim Crowdfunding nicht nur Geld zur Verwirklichung ihrer Ideen, sondern profitieren auch durch eine aktive Crowd: Investoren können bei der Umsetzung und Verbreitung der Projekte mithelfen und liefern als erste Anwender einer neuen Lösung wertvolles Feedback. Neueste Web-Technologie ermöglicht die direkte Kommunikation und Interaktion zwischen Geldgebern und den Unternehmern. Damit erhöhen sich die Erfolgchancen bei der Umsetzung und das Risiko wird für alle Beteiligten gesenkt. Da Crowdinvestoren in der Regel kein Mitspracherecht haben, behält der Unternehmer seine volle Entscheidungsfreiheit. Auch im Falle der Abschichtung des Investments ergeben sich durch die kleinteilige Stückelung des Investments bessere Bedingungen. Als Nachteil muss vor allem aus der Sicht eines Investors betont werden, dass es sich meist um risikoreiche Projektvorhaben handelt und ein Totalverlust des Investments eingeplant werden muss.“ (WKÖ, o. J.)

International ist Crowdfunding bereits eine gängige Finanzierungsform. Laut der Universität Cambridge wurden 2014 in Europa allein über Online-Plattformen 2,957 Milliarden Euro investiert, davon knapp 2,4 Milliarden in Großbritannien. Auch in Österreich ist Crowdinvesting jetzt im Kommen. Im ersten Halbjahr 2015 wurde so viel investiert wie in den beiden Jahren zuvor (Salzburger Wirtschaft, Nr. 40/2015).

### Literatur & Links

*Alternativfinanzierungsgesetz (2015)*: <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/module?genetics.am=Content&p.contentid=10007.163630>

Gabriel, Klaus; Schlagnitweit, Markus (2009): Das gute Geld. Ethisches Investment: Hintergründe und Möglichkeiten. Innsbruck

*Gemeinwohlbank (o. J.)*: <https://www.mitgruenden.at/>

„Mit Crowdfunding die Geldrakete zünden!“, Salzburger Wirtschaft Nr. 40/2015, S. 4-5

*P. S. K. (o. J.)*: <https://www.crowdfunding.at/>

*Staudinger, Heini (2015)*: <http://w4tler.at/fma-vs-gea/pressemitteilungen/vollstreckungsvollzug-pressemitteilung>

*WKÖ (o. J.)*: Crowdfunding.

[https://www.wko.at/Content.Node/Service/Unternehmensfuehrung--Finanzierung-und-Foerderungen/Unternehmensrechnung/Finanzierung/Crowdfunding\\_fuer\\_oesterreichische\\_Unternehmen.html](https://www.wko.at/Content.Node/Service/Unternehmensfuehrung--Finanzierung-und-Foerderungen/Unternehmensrechnung/Finanzierung/Crowdfunding_fuer_oesterreichische_Unternehmen.html)

*Plattformen in Österreich*: [www.1000x1000.at](http://www.1000x1000.at); [www.conda.at](http://www.conda.at); [www.crowdcapital.at](http://www.crowdcapital.at);

[www.regionalfunding.at](http://www.regionalfunding.at); [www.dasertragreich.at](http://www.dasertragreich.at); [www.neurovation.net](http://www.neurovation.net)

## GRUNDEINKOMMEN

Gesellschaften mit hoher Wirtschaftsproduktivität müssen es sich leisten können, dass jeder Bürger und jede Bürgerin ein Existenzminimum unabhängig von Erwerbsarbeit bekommt. So die Begründung für ein Grundeinkommen, das bedingungslos, also ohne Bereitschaft Erwerbsarbeit anzunehmen, gewährt werden soll. Argumentiert wird mit dem „Ende der Vollbeschäftigung“, was eine Entkopplung von Arbeit und Einkommen erfordern würde (Beck 2005, Vobruba 2007) ebenso wie mit dem Umstand, dass ein großer Teil der Arbeit bereits jetzt jenseits der Erwerbsarbeit stattfindet. Um Arbeit zu ermöglichen, müsse es ein Einkommen geben und nicht umgekehrt (exemplarisch Werner 2007, Blascke u. a. 2013). Hervorgehoben werden die kulturellen und gesellschaftlichen Potenziale, die durch ein Grundeinkommen freigesetzt würden, da Menschen sich dem widmen könnten, was sie tatsächlich tun möchten. Zudem wären die Unternehmen angehalten, für alle Tätigkeiten – auch die weniger attraktiven – entsprechende Löhne zu zahlen. Die menschenunwürdige Bedürftigkeitsprüfung bei der Grundsicherung (früher Sozialhilfe) fiel weg, was auch Bürokratieaufwand spare (s. Beiträge in Blaschke/Rätz 2013). Die Höhe des Grundeinkommens wird in der Literatur mit 800 bis 1000 Euro pro Person angegeben. Es soll allen im Staatsgebiet Ansässigen gewährt werden. Mittlerweile existiert auch der Vorschlag eines weltweiten Grundeinkommens, das auf eine Art Weltsozialpolitik hinauslaufen würde (Füllsack 2006). Auf Regierungsebene diskutiert wird das Grundeinkommen in Namibia, wo es eine breite Bewegung gibt.

In Österreich wird das Grundeinkommen seit vielen Jahren von der Katholischen Sozialakademie (Wohlgenannt/Bücheler 1985, Wohlgenannt 1999) gefordert, aber auch von NGOs wie attac. Das „Netzwerk Grundeinkommen“ als Zusammenschluss von WissenschaftlerInnen möchte die Idee des Grundeinkommens vorantreiben und wissenschaftliche Grundlagen erarbeiten. Der „Runde Tisch Grundeinkommen“ lanciert eine Unterschriftenaktion, das Grundeinkommen als „Bürgerrecht“ in Österreich zu verankern. Die Umsetzung würde durch Direktzahlungen an alle BürgerInnen oder durch einen Steuerfreibetrag, der bei niedrigen Einkommen in eine Negativsteuer umschlägt, geschehen (s. Links unter Literatur).

Die Kritik am Grundeinkommen bezieht sich auf die Nicht-Finanzierbarkeit, die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz, was demokratische Mehrheiten dafür erschwere, sowie auf die Gefahr der Spaltung der Gesellschaft. Untersuchungen zur Akzeptanz eines Grundeinkommens zeigen, dass dieses von jenen befürwortet wird, die im derzeitigen Wirtschaftssystem vor allem Aspekte der Entfremdung und Ausgrenzungsgefahr wahrnehmen. Ablehnung kommt jedoch von jenen Bevölkerungsgruppen, die das bestehende Wirtschaftssystem befürworten und sich einem starken Leistungsethos verpflichtet fühlen (Opielka 2009).

Als Alternative zum Grundeinkommen werden großzügigere Karenz-Modelle – wer eine bestimmte Zeit in Erwerbsarbeit stand, hat das Recht auf ein Jahr Auszeit (Felber 2012), dies fordert auch das Grüne Grundsicherungsmodell, flexiblere Arbeitszeitmodelle (Holzinger 2010a) oder nach Einkommenshöhe gestaffelte Transferleistungen, also eine Art „halbiertes Grundeinkommen“ (Zellmann/Mayrhofer 2010: 124ff, Opaschowski 2007). Der besseren Möglichkeit, aufgrund des Zusatzeinkommens Arbeitszeit zu reduzieren, steht hier die Gefahr des Lohndumpings bzw. der indirekten Lohnsubventionierung von Unternehmen entgegen (Holzinger 2010a: 50f), was gesetzliche Mindestlöhne erfordern würde.

Von einem bedingungslos zur Verfügung gestellten Grundeinkommen zu unterscheiden ist das etwa von der **Bayrisch-Sächsischen Zukunftskommission (o. J.)** von Kurt Biedenkopf und Meinard Miegel favorisierte Bürgergeld, welches der Staat für geleistete, ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeben würde. Gehofft wurde, damit Anreize zu Bürgerarbeit in einer Tätigkeitsgesellschaft zu setzen, der Ökonomisierung aller Lebensbereiche entgegenzuwirken und zugleich die →Arbeitslosigkeit zu verringern. Auch Freiwilligendienste im sozialen, ökologischen oder interkulturellen Bereich, die vorwiegend von jungen Erwachsenen als Vorphase zur Berufstätigkeit wahrgenommen werden, stehen manches Mal im Zusammenhang mit der Forderung nach Bürgergeld. Dem Grundeinkommen wird dabei der verpflichtende „Grunddienst“ zur Seite gestellt (Rauch/Schriefl 2014).

### Literatur & Links

- Blaschke, Ronald; Rätz, Werner (Hg., 2013): Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Zürich
- Bayrisch-Sächsische Zukunftskommission (o. J.): <http://www.bayern.de/politik/kommissionen/kommission-fuer-zukunftsfragen/>
- Beck, Ulrich (2005): Was zur Wahl steht. Frankfurt/M.
- Büchtele, Herwig; Wohlgenannt, Lieselotte (1985): Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft. Wien
- Felber, Christian (2012): Gemeinwohlökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien.
- Füllsack, Manfred (Hg., 2006): Globale soziale Sicherheit. Grundeinkommen – weltweit? Berlin.
- Holzinger, Hans (2010a): Zur Zukunft der Arbeit. Befunde und Ausblicke. Wien/Salzburg. Kostenloser Download unter: [www.wachstumimwandel.at](http://www.wachstumimwandel.at).
- Netzwerk Grundeinkommen: [www.grundeinkommen.at](http://www.grundeinkommen.at)
- Opielka, Michael u. a. (2009): Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse. Wiesbaden
- Opaschowski, Horst W. (2007): Minimex. Das Zukunftsbild einer sozialen Gesellschaft. München
- Rauch, Herbert; Schriefl, Ernst (2014): Glocal Balance. Der Umbau der Titanic. Wien
- Runder Tisch Grundeinkommen: [www.pro-grundeinkommen.at](http://www.pro-grundeinkommen.at)
- Vobruba, Georg (2007): Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Das Grundeinkommen in der Arbeitsgesellschaft. Wiesbaden.
- Werner, Götz (2007): Einkommen für alle. Der dm-Chef über die Machbarkeit des bedingungslosen Grundeinkommens. Köln
- Wohlgenannt, Lieselotte (1998): Flexibel Arbeiten - Ökonomisch Wirtschaften- Solidarisch Leben. Zur Notwendigkeit eines Grundeinkommens. In: Bierter, Willy; Wintersfeld, Uta von (Hrsg. 1998): Zukunft der Arbeit - welcher Arbeit. Basel. 247-258
- Zellmann, Peter, Mayrhofer, Sonja (2009): Neues Arbeitszeit/Gehaltsmodell? Weniger Geld für mehr Freizeit für viele Alternative. Ift-Forschungsprogramm 10/2009

## REGIONALWIRTSCHAFT

Dieser Ansatz plädiert für eine andere Logik des Wirtschaftens jenseits kurzfristiger Profitmaximierung nach dem Prinzip des billigsten Preises. Ausgehend von den ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen unserer „Zuvielisation“ (Eigner u.a. 2009) wird ein normatives Konzept einer erneuten Regionalisierung des Wirtschaftens angedacht. Neben einem (kleinen) in den Weltmarkt integrierten High-Tech-Sektor sollten Regionen demnach trachten, wieder bedeutend mehr Wertschöpfung vor Ort zu generieren. Gesprochen wird von einer „Politik der Inwertsetzung“, die über die Steigerung des Bruttosozialprodukts als Wirtschaftsziel hinausweist. „Arbeit vor Ort, Einkommen und Wohlstand vor Ort, Beziehungen und Austausch, genutzte



natürliche bzw. erneuerbare Ressourcen, kulturelle Lebendigkeit“ (Eigner u.a. 2009: 25) gelten als Leitplanken.

Gefördert werden können Ansätze der Regionalwirtschaft durch bewusste KonsumentInnen (→ KonsumentInnen-Demokratie), → Zweitwährungen, neue regionale Finanzierungsformen etwa nach dem Modell des Schweizer Wirtschaftsringes (WIR), „denn Finanzdienstleistungen führen heute in Summe zwischen 20 und 40 Prozent des wirtschaftlichen Ertrags ab“ (Eigner u.a. 2009: 43). Auch die Energie- und Rohstoffwende werde zur Aufwertung des Regionalen beitragen: „Eine Gesellschaft, die das nicht als politischen Grundsatz erkennt, wird in Zukunft zu den Verlierern gehören und keinen Handlungsspielraum zurückgewinnen.“ (ebd. 44) So müsse keineswegs der Zukunftsweg allein in der Dienstleistungsgesellschaft gesehen werden: „In der Regionalwirtschaft können insbesondere produzierende Bereiche wesentlich zur Dynamisierung genutzt werden: Lebensmittel, Energie und Handwerksgüter.“ (ebd. 41) Zahlreiche AutorInnen der → Postwachstumsökonomie setzen auf eine De-Globalisierung bzw. Re-Lokalisierung des Wirtschaftens (exemplarisch Latouche 2015, Skidelsky/Skidelsky 2014). Insbesondere in den Bereichen Ernährung und Energie wird auf den Begriff einer neuen „Souveränität“ der Versorgung (→ Resilienz) verwiesen.

#### Literatur & Links

Eigner, Christian (Hg. 2011): Zukunft: Regionalwirtschaft! Ein Plädoyer. Innsbruck

Latouche, Serge (2015): Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn. München

Skidelsky, Robert; Skidelsky, Edward (2014): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München

## RESILIENZ

Der Begriff stammt aus der Psychologie und kann mit Widerstandskraft übersetzt werden. Untersucht wurden Bedingungen, warum manche Menschen besser mit Krisen umgehen können als andere, etwa mit Arbeitslosigkeit. Die Ursachen liegen im Umgang mit sich selbst ebenso wie im Grad der sozialen Einbettung (Lantermann u.a. 2009). Das Konzept wurde in der Folge auf Organisationen sowie Regionen übertragen. Eine resiliente Region ist etwa krisenfest gegenüber selektiven Markteinbrüchen oder Finanzmarktkrisen, die durch eine Diversifikation der Produkte und Dienstleistungen, die Stärkung der regionalen Nachfrage sowie höhere Eigenkapitalquoten erreicht werden kann (Lukesch u. a. 2010). Gesprochen wird auch von „krisenfesten Marktwirtschaften“ (Martinuzzi u.a. 2009).

#### Literatur & Links

Lantermann, Ernst-Dieter u.a. (2009): Selbstsorge in unsicheren Zeiten. Resignieren oder Gestalten. Weinheim

Lukesch, Robert; Payer, Harald; Winkler-Rieder, Waltraud: Wie gehen Regionen mit Krisen um? Eine explorative Studie über die Resilienz von Regionen. Wien: ÖAR, 2010. 118 S. Download: [www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=39673](http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=39673)

Martinuzzi, André u.a. (2009): Bausteine einer krisenfesten Marktwirtschaft. <http://www.sustainability.eu/pdf/Endbericht%20NH%20WiOrdnung.pdf>

## ZWEITWÄHRUNGEN

Werden vorgeschlagen und auch umgesetzt, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu fördern. AutorInnen wie Margret Kennedy oder [Bernd Lietaer \(2001\)](#) haben theoretische Konzepte hierfür entwickelt. Der Österreicher Tobias Plettenbacher, der selbst ein Zeitgutschein-System aufgebaut hat, beschreibt zahlreiche Modelle ([Plettenbacher 2009](#)). Im Zuge der Finanz- und Eurokrise wurden von mehreren Autoren auch nationale Zweitwährungssysteme etwa für Griechenland ([Fuders/Neef 2012](#), [Gahrman 2013](#)) vorgeschlagen.

Das deutsche [Netzwerk „Regio“ \(o. J.\)](#) sieht im Geld eine Vereinbarung in einer Gemeinschaft etwas als Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Wertmaßstab zu benutzen. Regionalgeld beziehe sich dabei auf ein Wirtschaftsgebiet, in dem die WirtschaftsteilnehmerInnen noch das menschliche Maß empfinden. Um Regionalgeld zu verwenden, bedarf es zunächst einer Gemeinschaft von Nutzern mit einem gemeinsamen Interesse. Anders wie beim Euro erfolgt die Bildung dieser Gemeinschaft durch die Menschen vor Ort und nicht durch einen Akt des Gesetzgebers oder Verwaltungsakt. Die ersten Regio's sind so in Deutschland 2003 in Umlauf gekommen.

Regiogeld ergänzt den Euro um ein regionales Zahlungsmittel. Der Euro und Regio können dabei aufgrund ihrer unterschiedlichen Eigenschaften auch in Wettbewerb treten. Das Regio-Netzwerk sieht folgende Ansätze: „Die Eigenschaften des Regio's, folgen den Bedürfnissen in der Gemeinschaft der NutzerInnen. So kann der Regio z. B. als Unternehmens-Netzwerkgeld Kredite ohne Zinsbelastungen ermöglichen, durch einen Umlaufimpuls die Zirkulation des Geldes aktivieren, ausschließlich zur Realisierung eines Projektes oder einer Problemlösung (Rekonstruktion einer Kirche, Sporthalle, Spielplatz) in Umlauf kommen.“

Die gegenwärtigen Regionalgelder sind entweder mit Euro hinterlegt, basieren auf Zusagen von Unternehmen als Einlösegaranten einzustehen (Leistungsgeld) oder stellen Mischformen zwischen Euro-Hinterlegung und Garantiezusagen von Unternehmen dar. Der Regio kann als Zahlungsmittel in der Form von Papiergeld, Giralgeld oder Kartengeld vorkommen. Das Netzwerk „Regio“ betrachtet Zweitwährungen als „Element des regionalen Wirtschaften und praktisches Bildungsinstrument“.

Weltweit gibt es an die 2000 Regionalwährungen mit unterschiedlichen Konzeptionen und Ausprägungen ([Lietaer 2001](#)). In Deutschland ist der Chiemgauer die größte Regionalwährung mit einer Verbreitung in den Landkreisen Rosenheim und Traunstein. Der Regiogeld-Verband mit Sitz in Magdeburg verzeichnet etwa 30 aktive Regionalwährungen in Deutschland, die in einer Karte fortlaufend aktualisiert werden. Weitere Beispiele sind der Bristol Pound in Großbritannien, der Sardex in Sardinien und der Banco Palmas in Brasilien.

Für Österreich werden auf [Wikipedia \(o. J.\)](#) folgende Regiogeld-Initiativen beschrieben: WIR-Stunde: Regionalwährung in Oberösterreich und Teilen Bayerns, Salzburgs und Niederösterreichs mit über 2.000 Mitgliedern in 24 Regionen. Bezahlt wird mit geld-ähnlichen Zeitscheinen nach dem Motto: „Die Stunde Lebenszeit ist gleich viel wert, egal ob Jurist oder Gärtner“. Seit 2014 werden Wir-Stunden auch von einigen Betrieben akzeptiert. 2015 nimmt die erste Gemeinde Kommunalabgaben auch in Form von Wir Stunden an. Ins Leben gerufen wurde die Regionalwährung mittels des Vereins WIR GEMEINSAM (o. J.).

Waldviertler Regional: Umlaufsicherung von etwa acht Prozent pro Jahr. Alle drei Monate muss eine Gebührenmarke von zwei Prozent des Nennwerts aufgeklebt werden. Gösingtaler: Regionalwährung der Romantikrepublik Gösing. Wird in Gösing, eines Ortes der Gemeinde Puchenstuben und verschiedenen Partnerbetrieben der Region eingelöst. Ein Gösingtaler entspricht wertmäßig einem Euro. Tiroler Stunde: Regionalwährung für Tirol. Maßeinheit ist eine (Arbeits-)Stunde, zur ersten Orientierung bewertet mit 20 Euro. Styrrion: Regionalwährung für die steirische Bucht. Ein Styrrion entspricht wertmäßig einem Euro. Gültig je mindestens ein Jahr nach der Ausgabe. Erhältlich in der Stückelung 1, 2, 5, 10, 20, 30. Gegründet wurde der Styrrion von einem Schülerunternehmen der freien Waldorfschule Graz. „Erzi“, „Zeller“, „Einkaufsgold“, „Ausseer Taler“, „Judenburger Gulden“, „Sass-Taler“ sind weitere lokale Zahlungssysteme in der Steiermark. Blaufrank (ungarisch Kékfrank): Grenzüberschreitende Regionalwährung zwischen Burgenland und Westungarn ([Wikipedia, o. J.](#)).

Als österreichischer Vorreiter gilt Vorarlberg, wo es fünf regionale Währungen gibt: den Klostertaler, den Walsertaler, den Walgauer, die Langenegger Talente und den 2013 für das gesamte Bundesland eingeführten VTaler. Im Januar 2015 waren es schon mehr als 100.000 VTaler, die in Vorarlberg zirkulieren. Mehr als 200 Betriebe nehmen den VTaler mittlerweile an ([Allmenda o. J.](#)).

Einschätzung: Regionalwährungen können regionale Wirtschaftskreisläufe beleben, sie erfassen jedoch nur einen Teil der Güterströme und Geldflüsse. Regionalwährungen sind somit ein wichtiges Experimentfeld für regionales Wirtschaften und dienen auch der Bewusstseinsbildung. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Akzeptanz der Zweitwährungen weiterentwickelt. Spannend wird auch sein, ob in europäischen Krisenländern Zweitwährungen als Ergänzung zum Euro installiert werden, wie von manchen ÖkonomInnen vorgeschlagen wird.

### Literatur & Links

*Allmenda (o. J.):* <http://www.allmenda.com/>

*Chiemgauer (O. J.):* <http://www.chiemgauer.info/>

*Fuders, Felix; Max-Neef, Manfred (2012):* Regionalwährungen gegen eine globale Krise und für eine nachhaltige regionale Entwicklung. In: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie 2012/2013. Green Economy. Marburg, 345-362

*Gahrman, Arno (2013):* Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen. Berlin

*Lietaer, Bernhard (2001):* Das Geld der Zukunft. München

*Plettenbacher, Tobias (2009):* Neues Geld – Neue Welt. Die drohende Wirtschaftskrise – Ursachen und Auswege. Wien

*Wikipedia (o. J.):* Regionalwährungen. [https://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_der\\_Regionalgelder](https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Regionalgelder)

*Regio (o. J.)* <http://regionetzwerk.blogspot.co.at/>

*WIR (o. J.):* WIR Bank <http://www.wir.ch/>

*WIR Gemeinsam (o. J.):* [www.wirgemeinsam.net](http://www.wirgemeinsam.net)

## REGISTER

---

Arbeitslosigkeit .....	17
Beschäftigung.....	15
Bewertungstool für Nachhaltigkeitsberichte .....	52
Bio-Markt in Österreich: Zahlen & Fakten.....	32
Blue Economy .....	41
Corporate Social Responsibility/Corporate Citizenship .....	47
Cradle to Cradle/C2C .....	42
Crowdfinancing .....	61
CSR-Tools von respACT.....	50
Dematerialisierung.....	35
Deutscher Nachhaltigkeitskodex (DNK) .....	48
Fair-Trade: Umsatz in Österreich .....	31
Gemeinwohlökonomie & Gemeinwohlbilanz .....	57
Global Reporting Initiative .....	49
Green Economy/Green Jobs .....	43
Grundeinkommen .....	59
ISO 26000.....	48
Kapitalismus.....	7
Klimabündnis-Betriebe .....	46
KonsumentInnen-Demokratie .....	29
Konsumfallen .....	28
Konsumkapitalismus.....	28
Kritik an der Green Economy .....	45
Marktwirtschaft .....	6
Mehrfachkrise .....	14
Methodenbuch: In 7 Schritten zum Nachhaltigkeitsbericht .....	51
Nachhaltigkeit / nachhaltige Entwicklung .....	34
Neoliberalismus.....	11
Neue Broschüre zum Thema Impact-Messung .....	51
Obsoleszenz, geplante.....	36
Ökologischer Fußabdruck .....	37
Ökologischer Rucksack .....	37
Peak Oil / Peak Everything.....	39
Postwachstumsökonomie.....	52
Reboundeffekte .....	36
Regionalwirtschaft.....	64
Resilienz.....	65
respACT-Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung .....	51
Ressourcenproduktivität.....	35
Selbstständige & Ein-Personen-Unternehmen .....	19
Social Entrepreneurship.....	52
Solidarische Ökonomie .....	60
Steuern & Steueroasen.....	25
Suffizienz/Suffizienzpolitik .....	56
Unternehmensformen .....	9
Vermögen.....	22
Verschuldung .....	22
Verteilungspolitik.....	24
Welterschöpfungstag.....	39
Wirtschaftswachstum .....	12
Wissensgesellschaft .....	20
Wohlstandsmessung .....	53
Zweitwährungen .....	66